Athens neue Tricks S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 21 – 28. Mai 2011

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

Diese Woche





Entschieden über Deutschlands Schicksal: Die Sieger Winston Churchill, Franklin D. Roosevelt und Josef Stalin

Bild: bpk

Pendelschlag der Geschichte

Deutschlandtreffen als Fenster in die preußische und deutsche Vergangenheit

Am letzten Wochenende im Mai ruft die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) die heimatvertriebenen Ostpreußen, deren Nachgeborene sowie Freunde des Landes zum 20. Deutschlandtreffen nach Erfurt. Auch wenn die Massenmedien in der heutigen Zeit nur wenig Notiz nehmen von den großen Heimattreffen der Ostdeutschen, so erhellen diese doch für einen Moment die deutsche Geschichte um die Mitte des 20. Jahrhunderts. Diese Geschichte ist im Gedächtnis der nachwachsenden Generationen nicht mehr oder nur diffus präsent.

Ostpreußen war 1918 eine blühende Provinz ganz im Nordosten des Kaiserreiches. Die Königsberger Albertina Universität war als Wissenschaftsstandort ein Leuchtturm, der weit in das Baltikum und nach Russland hinein strahlte. Auch als Ostpreußen 1919 durch die Schaffung des polnischen Korridors aufgrund des Versailler Diktatfriedens in eine Insellage geriet, erwiesen sich die Ostpreußen als Patrioten und hielten unerschütterlich an der Zugehörigkeit ihrer Provinz zu Deutschland fest. Man gehörte zum Reich. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl hatte Tradition.

> »Bedenke, dass Du ein Deutscher bist«

Es war von Friedrich-Wilhelm, dem großen Kürfürsten von Brandenburg (1640-1688), geschaffen worden, der den Menschen in seinen nicht zusammenhängenden Territorien – vom Niederrhein bis zum Herzogtum Preußen – die Zugehörigkeit zum Kurfürstentum Brandenburg-Preußen bewusst machte. Dies geschah nicht in separatistischer Absicht, sondern immer unter der Prämisse, dass sein Land ein Teil der deutschen Nation sei. „Bedenke, dass Du ein Deutscher bist." Dieser Ausspruch Friedrich-Wilhelms auf einem Gedenkstein in Minden an der Weser, das auch Teil seiner Flickenteppich-Territorien war, zeugt heute noch von seiner Größe.

Unter dem Großen Kurfürsten und seinen Nachfolgern in Brandenburg-Preußen verschob sich der geistige Schwerpunkt Deutschlands nach Osten. Der preußische Pietismus, die Frühaufklärer Thomasius und Wolf an der preußischen Universität Halle, später ihr großer Kollege Kant in Königsberg, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Schulpflicht für alle, Rechtsstaatlichkeit und schließlich die preußischen Reformer von 1808-1810 hatten daran entscheidenden Anteil.

Nicht ohne Einfluss auf diesen Prozess war der Gebietszuwachs Preußens aufgrund der polnischen Teilungen. Bei den ersten beiden Teilungen wurden deutsches Territorium und deutsche Menschen nach 300jähriger Zugehörigkeit zur polnischen Krone wieder Teil der deutschen Nation.

Im 19. Jahrhundert wuchs Deutschland zusammen, Freihandel, Eisenbahnbau und das Zusammengehörigkeitsgefühl waren die entscheidenden Triebfedern, aber die Menschen wollten es auch. Von der Maas bis an die Memel ... Innerhalb von 30 Jahren, 1915–1945, ging viel, zu viel verloren.

Fortsetzung Seite 2

Wilhelm v. Gottberg:

Lagarde? Nein!

Frankreich wünscht, den Chefposten beim IWF nach dem Rücktritt des Franzosen Strauss-Kahn erneut französisch zu besetzen. Als Kandidatin hat Paris seine derzeitige Finanzministerin Christine Lagarde vorgeschlagen. Berlin hat eilfertig zugestimmt und die Französin als deutschen Vorschlag bezeichnet. Sie sei eine gute Europäerin mit exzellenten Verbindungen zu den USA.

Die unterschiedlichen Handlungsweisen lassen erkennen: Frankreich benutzt jede Möglichkeit, französische Interessen durchzusetzen; Deutschland verzichtet auf Einflussnahme und damit auf die Mitgestaltung Europas. Es ist bekannt, dass Paris und Berlin unterschiedliche Auffassungen über die Politik der EU hinsichtlich Wettbewerb, Marktwirtschaft, Währungsstabilität und Sicherheitspolitik haben. Nun soll Christine Lagarde auch aus deutscher Sicht Chefin des IWF werden. Es ist noch nicht lange her, dass diese Dame Deutschland aufforderte, durch Eingriffe in die Tarifautonomie höhere Löhne durchzusetzen, um damit die Exportstärke Deutschlands zu mindern. Sie will ganz im Sinne Sarkozys den IWF zu einer Quasi-Weltwirtschaftsregierung ausbauen. Lagarde will weiterhin Staatshilfen für marode Euro-Staaten, aber die privaten Gläubigerbanken beim Abtragen der Schulden nicht beteiligen. Französische Banken sind erheblich in die griechische Schuldenmisere verstrickt.

Mit der Zustimmung zum Personalvorschlag Lagarde leistet Berlin einen Beitrag zur Durchsetzung nationaler Interessen – französischer Interessen. Die Dame Lagarde ist weniger eine große Europäerin, als eine große Französin, im doppelten Sinne. Steinbrück oder Weber wären besser.

Steinbach auf Heimatbesuch

Situation der deutschen Minderheit in Danzig erkundet

Die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach, ist zu Wochenbeginn mit Spitzenvertretern der deutschen Minderheit in Danzig und Neustadt/Westpreußen zusammengetroffen. In ihrer Eigenschaft als menschenrechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erörterte Steinbach Fragen des Minderheitenstatus und -schutzes der deutschen Volksgruppe in den nördlichen Regionen der Republik Polen. Über den Inhalt der Gespräche wurde auf Bitten der Gastgeber Vertraulichkeit vereinbart.

Am Montag legte Steinbach in der Seemannskirche des Heiligen Petrus in Gdingen vor der Gedenktafel für die Schiffe „Wilhelm Gustloff", „Goya" und „Steuben" Blumen nieder und betete. Die mit Ostflüchtlingen überfüllten Transporter waren im Winter 1945 durch sowjetischen Torpedobeschuss versenkt worden, insgesamt mehr als 10 000 Deutsche starben in der eisigen Ostsee.

> Zum ersten Mal seit 1945 im Geburtsort

Gegenüber der polnischen Tageszeitung „Rzeczpospolita" sagte die Vertriebenenpolitikerin, sie wolle auf diese Weise Gott dafür danken, dass ihre Mutter im Januar 1945 keine Karten mehr für die „Gustloff" bekommen hatte, ein Umstand, der ihnen das Leben rettete.

Steinbach besuchte erstmals seit ihrer Flucht vor der Roten Armee 1945 ihren Geburtsort Rahmel im Landkreis Neustadt in Westpreußen. Auf dem Fliegerhorst der Gemeinde nordöstlich von Gdingen war Steinbach 1943 als Kind eines deutschen Besatzungssoldaten geboren worden. Anschließend ehrte sie am Gedenkort Piasnitz Opfer der SS. In den Wäldern nordwestlich Rahmel waren 1939 nach dem deutschen Einmarsch 12 000 vor allem des Widerstands verdächtigter Polen ermordet worden.

Christian Rudolf

Aufklärung erwünscht

Bundeswehr untersucht Vorfall von Talokan

Erst war nur von Warnschüssen die Rede, doch dann räumte das Bundesverteidigungsministerium ein, dass deutsche Soldaten am 18. Mai in Talokan gezielt auf afghanische Demonstranten geschossen und zwölf von ihnen getötet hätten. Zuvor war es vor dem dortigen Bundeswehr-Camp zu schweren Zusammenstößen zwischen etwa 1500 Demonstranten und der Polizei gekommen, in deren Verlauf die Protestler das Camp mit Handgranaten und Molotovcocktails angegriffen hatten. Für das Ministerium steht fest, dass die deutschen Soldaten „aus einer Selbstverteidigungslage heraus", gehandelt hätten. Dies erscheint allein schon angesichts der zahlenmäßigen Unterlegenheit der Angegriffenen schlüssig.

Trotzdem gibt es Kritik, die Reaktion der Bundeswehr sei willkürlich und unverhältnismäßig gewesen.

> Bedrohung muss berücksichtigt werden

Den Beteiligten drohen deutsche Strafverfahren. In Kabul sorgt man sich um die Sicherheitslage in Talokan. Präsident Hamid Karsai hat eine hochrangig besetzte Kommission dorthin entsandt, um den Vorfall aufzuklären und für eine Beruhigung der Lage zu sorgen. Der Truppe ist selbst an einer schnellen Aufklärung des Vorfalls gelegen. Der deutsche Isaf-Kommandeur Markus Kneip hat sofort eine eigene Untersuchungskommission eingesetzt. Gleichzeitig machte er deutlich, dass er davon überzeugt sei, dass die Soldaten korrekt und angemessen gehandelt hätten. Die Wahrheit, so der General, diene auch deren Schutz, denn sie würden inmitten der Bevölkerung leben und ihren Auftrag erfüllen müssen.

Wer zu einer Demonstration Handgranaten und Brandsätze mitnimmt, will nicht protestieren, sondern töten. Das Verhalten der Bundeswehr muss aufgeklärt werden. Bewerten darf man es aber nur unter Berücksichtigung der Dimension der Bedrohung. *Jan Heitmann*

MELDUNGEN

Ärzte helfen nicht beim Suizid

Berlin – Der Vorstand der Bundesärztekammer (BÄK) hat vor Beginn des 114. Deutschen Ärztetages in Kiel seine Haltung zum ärztlich assistierten Suizid präzisiert. In einer Beschlussvorlage zur Novellierung der Muster-Berufsordnung heißt es eindeutig, Ärzten sei es „verboten, Patienten auf deren Verlangen zu töten. Sie dürfen keine Hilfe zur Selbsttötung leisten“. „Es ist jetzt für jeden klar, dass Ärzte keinen Suizid begleiten dürfen“, sagte BÄK-Vizepräsident Frank Ulrich Montgomery der „FAZ“. Das aber war seit Februar dieses Jahres verunklart worden, als derselbe Vorstand seinen ärztlichen „Grundsätze zur ärztlichen Sterbebegleitung“ vorlegte und die Frage nach dem ärztlich assistierten Suizid an Schwerkranken und Sterbenden offen ließ. *CR*

Ashton unter Beschuss

Straßburg – Sechs Monate nachdem der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) seine Arbeit aufgenommen hat, steht die verantwortliche EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton unter starker Kritik. Anlässlich einer Debatte im EU-Parlament über grundlegende Aspekte der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurde nicht nur Ashtons zögerliche Haltung gegenüber den politischen Führungskräften im arabischen Raum bemängelt, sondern auch fraktionsübergreifend grundsätzliche Kritik an Asthon laut. Bemängelt wurde, dass die EU-Außenbeauftragte nicht nur zu wenig und zu spät, sondern auch führungsschwach und ideenlos agiere. Bereits der Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes war von Kritik durch Vertreter des EU-Parlaments, insbesondere an der Personalpolitik Ashtons, der finanziellen Ausstattung und den Verwaltungskosten des Dienstes begleitet. *N.H.*

Der Politik ist es egal

Wirtschaftsprofessoren warnen vor Pleitedilemma des Euro, doch man hört nicht auf sie

Die Euro-Krise nimmt zusehends an Fahrt auf. Seit Anfang Mai verlor der Kurs gegenüber dem schwachen Dollar zehn Cent. Die Rating-Agentur Fitch stufte die Bonität Griechenlands um drei Stufen herab; am 18. Juli sollen die Helenen zahlungsunfähig sein. Derweil schliddern große Länder wie Italien und Spanien tiefer in die Krise.

Vor einem Jahr schlüpfte Griechenland unter den Rettungsschirm der EU in Höhe von 110 Milliarden Euro. Akt eins der griechischen Tragödie begann. Längst hat offenbar Akt Nummer zwei begonnen und Europas Politiker werden nervös. Viele Milliarden Euro drohen in der Ägäis zu versinken. Für ihre Verhältnisse schrill äußerte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel. Bei einer Rede im Sauerland empfahl sie den Griechen, weniger Urlaub zu nehmen und später in Rente zu gehen. „Deutschland hilft nur dann, wenn sich die anderen anstrengen“, so die Kanzlerin.

Doch der moralische Appel Merkels läuft ins Leere. Die griechische Freude am Demonstrieren und einem gelassenen Lebensstil bringt derzeit den Tourismus zum Erliegen. In Griechenland stieg die Arbeitslosigkeit im letzten Jahr von elf auf 16 Prozent. Von 12 000 Luxusyachten rund um Athen sollen nur für 300 Steuern bezahlt worden sein. Die Privatisierung des großen Staatsvermögens in Höhe von 300 Milliarden Euro kommt nicht voran; dafür steigen die Staatsschulden rapide.

In Brüssel diskutiert man seit dem letzten Finanzministertreffen am 16. Mai über eine sogenannte sanfte Umschuldung, somit über die Verlängerung der Kreditlaufzeiten und eine Senkung der Zinsen für den Pleitestaat. Doch die Griechen tricksen – wie schon bei der Euro-Einführung – wieder mit der Statistik. Das angebliche Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2011 existiert wohl nur auf dem Papier, da das letzte Quartal 2010 herunter gerechnet wurde.

Vor diesem Szenario einer griechischen Pleite-Tragödie hatten Deutschlands Ökonomen in seltener Einmütigkeit gewarnt. Bei einer Abstimmung im Februar votierten namentlich auf dem „Plenum der Ökonomen“ 190 Wirtschaftsprofessoren gegen den von Kanzlerin Merkel angeregten „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“. Nur acht der insgesamt 210 abgegebenen Stimmen sprachen sich für den dauerhaften Euro-Rettungsschirm aus. Über 90 Prozent der deutschen Wirtschaftselite stellten sich damit gegen die Politik.

Vergemeinschaftung von Schulden ist fatal für die Integration

Doch die Politik will anscheinend die ökonomische Binsenweisheit, dass eine gemeinsame Währung nur in einem Wirtschaftsraum mit ähnlicher Leistungsfähigkeit funktionieren kann, nach wie vor nicht hören. Die Vergemeinschaftung von Schulden hätte „fatale Langzeitwirkungen für das gesamte Projekt der europäischen Integration“.

Auswege aus Tragödie und Krise scheinen sich nicht abzuzeichnen. Eine TV-Talkrunde bei Frank Plasberg („Hart aber fair“) über das Debakel an der Ägäis zeigte schwankende und ratlose Beteiligte beziehungsweise „Experten“. Die Finanzjournalistin Susanne Schmidt, Tochter des Altkanzlers, warb für das alte Argument, dass Deutschland wirtschaftlich wie politisch von Europa außerordentlich profitiere und sich nun solidarisch zeigen solle. Der griechische Vertreter Alexandros Stefanidis beklagte sich bitter über die „reine Demagogie“ in deutschen Landen. „Streng genommen seid ihr pleite“ hielt ihm trocken ein Redakteur der „Süddeutschen Zeitung“ entgegen. Der frisch gekürte FDP-Fraktionsvorsitzende Rainer Brüderle räumte freimütig ein: An einem Punkt X müsse ein Schuldenschnitt gemacht werden. Er habe schon immer diese Position vertreten.

So neu wie diese Position den meisten Talk-Gästen war, so interessant ist sie auf dem politischen Feld. Im Bundestag, besonders in den Fraktionen von CDU/CSU und FDP, werden die Euro-Gegner immer lauter. Angela Merkel hat es zunehmend schwerer, die parlamentarische Unterstützung für kommende Milliarden-Transfers zu gewinnen und dafür den deutschen Steuerzahler nicht entlasten zu wollen.

So dürften sich die Probleme auf dem europäischen Parkett weiter verschärfen. Schon jetzt entzweien sich die Euro-Länder zunehmend wegen der anstehenden Milliarden-Zahlungen. Dass sich der deutsche Finanz-Staatssekretär Jörg Asmussen und EU-Währungskommissar Olli Rehn noch freundlich begrüßen, gilt schon als Nachricht. Der dritte Akt der griechischen und europäischen Tragödie rückt also näher.

Die Empfehlung des ehemaligen BDI-Präsidenten Hans-Olaf Henkel, den Euro zu verlassen und eine neue Währungszone nord- und mitteleuropäischer Länder mit ähnlicher wirtschaftlicher Leistungskraft zu gründen, wies dessen Nachfolger Hans-Peter Keitel unlängst zurück. Keitel verteidigte die Griechenland-Hilfe und meinte, die Währungsunion sei schließlich „ein politisches Projekt“. Genau das lässt Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn von einer „tickenden Zeitbombe“ sprechen. *H.E. Bues*



Pleite-Szenario vor Augen: Portugals Finanzminister Fernando Teixera dos Santos (li.) und EZB-Boss Jean-Claude Trichet Bild: photoshot

Die Schulden-Uhr: Unersättlich und unsozial

Die Schulden der Bundesrepublik steigen – und die Linke wird nicht müde zu behaupten, der Staat hätte ein Einnahmeproblem. Dabei zeigt ein unlängst von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlichter Vergleich von 34 Ländern, dass die Bürger in kaum einem Land derart durch Steuern und Abgaben belastet werden. Und dabei sind es nicht primär die Stärksten, die in diesem unseren Lande überdurchschnittlich stark belastet sind, sondern besonders partnerlose Geringverdiener. Während der unterdurchschnittlich verdienende Alleinstehende im OECD-Durchschnitt „nur“ 31,3 Prozent an Steuern und Abgaben zahlt, sind es in der Bundesrepublik stolze 44,9 Prozent. *M.R.*

1.954.299.582.192 €

Vorwoche: 1.952.871.994.183 €
Verschuldung pro Kopf: 23.920 €
Vorwoche: 23.903 €

(Dienstag, 24. Mai 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Stabwechsel bei der PAZ

Am 1. Juli übernimmt Dr. Jan Heitmann die Chefredaktion

Sehr geehrte Abonnentinnen und Abonnenten, liebe Leserinnen, liebe Leser!

Am 1. Juli werde ich die redaktionelle Leitung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* übernehmen. Konrad Badenheuer wird zum gleichen Zeitpunkt aus der Redaktion ausscheiden. Es ist mir eine Freude, das engagierte Redaktionsteam leiten und die Verantwortung für unsere Zeitung übernehmen zu dürfen. Die Zeitung, ihre Herausgeber und Mitarbeiter sind mir seit vielen Jahren bekannt und vertraut. Nach dem Studium der Mittleren- und Neueren Geschichte und Politikwissenschaft sowie der anschließenden Promotion habe ich Mitte der 90er Jahre beim *Ostpreußenblatt* mein journalistisches Volontariat absolviert. Anschließend war ich für die Seiten „Geschichte“, „Landeskunde“, „Ostpreußen heute“ und die Buchseite verantwortlich.

Seit meinem Ausscheiden beim *Ostpreußenblatt* im Jahre 1998 bin ich als Freier Journalist für in- und ausländische Printmedien tätig. Meine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich internationale Politik, Sicherheitspolitik und Streitkräfte sowie der Geschichte. Zu diesen Themenbereichen habe ich regelmäßig auch für das *Ostpreußenblatt* und die *PAZ* geschrieben. In langjähriger Tätigkeit als Pressereferent von Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft habe ich zudem Einblicke in alle Bereiche der Landespolitik erhalten. Parallel zu meiner journalistischen Tätigkeit habe ich für einige Semester Lehraufträge für Zeitgeschichte und Auslandswissenschaften an den Universitäten Lübeck und Erlangen-Nürnberg wahrgenommen. Seit 2003 bin ich als Lehrbeauftragter für Kommunikations- und Medienlehre an der Führungsakademie der Bundeswehr tätig. In den vergangenen Monaten habe ich die Kolleginnen und Kollegen in der *PAZ*-Redaktion unterstützt, so dass ich bestens eingearbeitet und gut auf meine neue Aufgabe vorbereitet bin.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* bleibt, was sie ist: liberal-konservativ, klar und verlässlich

Als Chefredakteur der *PAZ* sehe ich es als meine Aufgabe an, Kontinuität in der redaktionellen Arbeit zu gewährleisten und unsere Zeitung auf ihrem Erfolgskurs zu halten. Die *Preußische Allgemeine Zeitung* hat sich von einer Vertriebenenzeitung zu einer etablierten Wochenzeitung entwickelt. Ihr Alleinstellungsmerkmal ist der werteorientierte, liberal-konservative Standpunkt. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass sie diesen sachlich, klar und verbindlich formuliert und auch Themen aufgreift, die woanders nicht behandelt werden. Die *PAZ* ist patriotisch und im besten Sinne preußisch. Dieser „Markenkern“ spricht eine breite Leserschaft an. Viele unserer Leser halten uns teilweise seit Jahrzehnten die Treue. Zu ihnen sind in den vergangenen Jahren viele aus dem liberal-konservativen Spektrum hinzugekommen. Ihnen allen jede Woche eine interessante und vielseitige Zeitung zu bieten ist uns Auftrag und Ziel. Ich freue mich darauf, zukünftig an verantwortlicher Stelle daran mitwirken zu dürfen. *Jan Heitmann*

Pendelschlag

Fortsetzung von Seite 1

Polen nahm sich nach dem Ersten Weltkrieg zwei preußische Provinzen, die eine – Westpreußen – mit mehrheitlich deutscher Bevölkerung, die andere – Posen – mit einem erheblichen deutschen Bevölkerungsanteil.

Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte Polen sich drei weitere Provinzen mit rein deutscher Bevölkerung einverleiben. Diese gewaltige Annexion war nur durch Zustimmung der Siegermächte möglich und wurde durch die gewaltsame Massenaustreibung der Bewohner unumkehrbar gemacht.

Annexion mit Hilfe der Siegermächte

Namhafte Parteienvertreter Deutschlands haben der Amputation Deutschlands nicht energisch entgegengewirkt. Vom Adenauer-Biografen Theodor Eschenburg wissen wir, dass für den ersten deutschen Nachkriegskanzler hinter der Elbe die „russische Walachei“ begann. Und der CDU-Politiker Joseph-Herrmann Dufhus bezeichnete schon 1948 die Grenze zur SBZ an Elbe und Werra „logisch“, da sie doch fast identisch mit der Ostgrenze des Reiches Karl des Großen sei.

Die Rolle Willy Brandts bei Kriegsende war ganz gewiss kein energischer Einsatz für den territorialen Bestand Deutschlands. Pendelschlag der Geschichte. Als Lothar de Maizière, der letzte Ministerpräsident der DDR, vor der Vereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten äußerte, dass Deutschland nach der Vereinigung protestantischer und östlicher würde, gab es Protest aus dem katholisch dominierten Südwesten und Westen der Altbundesrepublik. Die Entwicklung gab de Maizière Recht. Allerdings war dazu die Hilfe der SED-Erben erforderlich. Erst mit ihren Stimmen wurde Berlin wieder zur Hauptstadt gekürt. Pendelschlag der Geschichte.

Damit bleibt uns ein Fenster, das in die ruhmreiche deutsche und preußische Vergangenheit hineinleuchtet. Die Ostpreußen werden in Erfurt daran erinnern. *Wilhelm v. Gottberg*

Immer an der Panke lang

Von VERA LENGSFELD

Berlin ist eine grüne Stadt, nicht nur was die Umgebung betrifft, die für jeden Berliner einen See bereit zu halten scheint. Seit die Mauer fiel, gibt es Wege quer durch die Stadt, die viel Schönes und Überraschendes bereithalten. Einer davon ist der Panke-Wanderweg. Er beginnt an der Mündung des Flüsschens in das Becken des Nordhafens.

Genau genommen ist die Panke hier der Schönhauser Graben, der den Fluss bis zum Schloss Schönhausen schiffbar machen sollte. Dazu kam es nie, aber die Maschinenfabriken an der unteren Panke, die heute verlassen daliegen und darauf warten, in Lofts umgewandelt zu werden, profitierten vom direkten Zugang zum Hafen.

An der Chaussee-, Ecke Liesenstraße, die nach einem Gastwirt benannt wurde, der auch eine Flussbadeanstalt betrieb, entstand nach der Teilung Berlins der erste Grenzkontrollpunkt. Hinter dem Liesen-Park beginnt der Grünzug, der mit Mitteln aus dem Marshall-Plan hergestellt wurde. Wo einst Mietskasernen die Panke bedrängten, gibt es heute einen Uferpark. Der Weg führt vorbei an der „Wiesenburg“, einem Obdachlosenheim, in dem der Hauptmann von Köpenick und Hans Fallada zeitweilig Zuflucht fanden. In den nahegelegenen „Gerichtshöfen“ haben heute 70 Künstler ihre Ateliers. Wenn man die Müllerstraße erreicht, deren Name an die Windmühlen erinnert, die einst hier standen, lohnt sich ein Abstecher zum Leopoldplatz mit der von Schinkel gebauten Nazarethkirche. Wieder zurück an der Panke kommt man nun in das Gebiet des „Roten Wedding“, einer kommunistischen Hochburg, wo nichts mehr außer einem Gedenkstein an der Weisenbrückenstraße an die erbitterten Straßenschlachten erinnert, die hier geführt wurden.

Heute leben hier vor allem türkische und arabische Familien. Aber langsam wandelt sich das Bild. In die vielen schönen Jugendstil- und Gründerzeithäuser, die in den umliegenden Straßen zu bewundern sind, ziehen Künstler, Journalisten, Bundesbeamte, Dozenten. Eine Bürgerinitiative bemüht sich, das Gelände der ehemaligen Rotaprint-Fabrik in ein Areal für Künstler-Ateliers umzugestalten. Das wäre dann das dritte Domizil für Kreative an der kurzen Panke, neben den Werkstatthallen-Ateliers in der Uferstraße. Besonders abends lohnt sich ein Stopp am Brunnenplatz vor dem Amtsgericht, wo man um diese Jahreszeit den Nachtigallen zuhören kann.

Je näher man Pankow kommt, desto schöner wird der Weg. Er verläuft jetzt rechts und links der Panke. An der Nordbahn überquert man den ehemaligen Todesstreifen und gelangt zum Bürgerpark, wo man sich im Café Rosenstein vom Ausflug erholen kann.

Dem Verfall preisgegeben

Brandenburg streicht Mittel für Notmaßnahmen an gefährdeten Denkmalen auf null



Oft können nur schnelle Notsicherungsmaßnahmen den völligen Verfall verhindern: Kirchenruine in Ortwig im Oderbruch

Bild: H.-J. Reck / dapd

Sparmaßnahmen des Landes Brandenburg drohen dramatische Folgen für den Denkmalschutz zu haben. In diesem Jahr stehen erstmals keine Mittel mehr bereit, um Denkmale mit Nothilfemaßnahmen vor dem endgültigen Verfall zu retten.

Ein interessantes Bild bietet sich in der aktuellen Haushaltsplanung des Landes Brandenburg – ein Haushaltstitel, hinter dem eine Null steht. Betroffen sind die Mittel für Nothilfen im Denkmalschutz. Brandenburg sieht sich derzeit nicht in der Lage, die entsprechenden Gelder für den Etat der neuen parteilose Wissenschaftsministerin Sabine Kunst bereitzustellen.

Ohnehin ist Brandenburg das einzige Bundesland, in dem bisher kein Denkmalfonds existiert, mit dem schnell und unbürokratisch Hilfe gewährt werden kann, falls ein Denkmal akut gegen Verfall gesichert werden muss. Nötig wären für derartige „Katastrophenfälle“ mindestens 300 000 Euro.

Landeskonservator Detlef Karg hat nach vorangegangenen Sparrunden in den letzten Jahren in dieser dramatischen Lage einen Vorstoß für die Einrichtung einer öffentlich-rechtlichen „Landesdenkmalstiftung“ unternommen. Mit einem Grundstock von etwa 20 Millionen Euro könnte eine solche Stiftung langfristig die Denkmalförderung im Land sicherstellen.

Woher der Kapitalstock allerdings kommen soll, ist ungeklärt. Ja, die schwierige Lage für den Denkmalschutz droht sich in der Zukunft sogar noch zu verschärfen: Peter Ramsauer (CSU), Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, plant nämlich ebenfalls massive Kürzungen bei den Mitteln für die Städtebauförderung. Trotz Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, nach denen ein Euro an Städtebaufördermitteln bis zu acht weitere Euro öffentliche und private Investitionen nach sich zieht, will Minister Ramsauer ab dem Jahr 2012 nur noch 265 Millionen Euro für die Städtebauförderung in Deutschland bereitstellen.

> Auf dem Land wurde bislang nur ein Drittel saniert

Noch ist der Etatentwurf nicht beschlossen, sollten die Kürzungen beim Städtebau aber wie angekündigt umgesetzt werden, wird das für Kommunen in ganz Deutschland schwerwiegende Folgen haben. Für Brandenburg würden die geplanten Reduzierungen bedeuten, dass ab 2012 vom Bund nur noch 20 Millionen Euro statt wie derzeit 35 Millionen bereitgestellt werden.

Mit den Eigenmitteln des Landes würden dann nur noch 40 Millionen Euro für Städtebaumaßnahmen zur Verfügung stehen. Gerade genug, um das Stadtumbau-Programm fortzuführen, mit dem langfristig leer stehende Wohnungen abgerissen werden. Für Programme wie „Städtebaulicher Denkmalschutz“ werden die Mittel nicht mehr ausreichen. Wenn es dabei bleibt, dass auch im Landeshaushalt keine Mittel für Notmaßnahmen zur Verfügung stehen, wird dies das Ende für manches vom Verfall bedrohte Denkmal bedeuten.

Der Bedarf ist hoch – Brandenburg hat 12 000 eingetragene Denkmale, von denen in den Städten bisher nur jedes zweite und im ländlichen Raum gar nur ein Drittel saniert wurde. Schätzungen des Landesdenkmalamts gehen von insgesamt rund 25 000 bis 30 000 Denkmalen im Land aus – darunter 1200 Dorfkirchen und rund 500 Schlösser und Herrenhäuser.

Einen neuen Weg zur Finanzierung der Pflege von Schlossgärten und Parks will die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten gehen. Sie überlegt, für den Park Sanssouci in Potsdam einen Pflichteintritt von zwei Euro zu verlangen. Generaldirektor Hartmut Dorgerloh ist sich sicher: „Man kann in Sanssouci so viel Geld verdienen, um die Parkpflege überall zu bezahlen.“

Von Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) und dem Stadtparlament wird der Pflichteintritt indes vehement abgelehnt. Diese Haltung wird zur Folge haben, dass die Stadt zukünftig einspringen muss, um die Pflege der zum Weltkulturerbe zählenden Parks zu sichern.

Eine im Gespräch stehende Hotelabgabe wäre zumindest ein Weg, die kostenträchtige Pflege der Parks zu finanzieren. Bei der Denkmalsicherung bleibt hingegen derzeit nur das Prinzip Hoffnung. Wissenschaftsministerin Kunst will „kreative Wege“ finden – beispielsweise die Fördertöpfe von EU und Stiftungen anzapfen, um Mittel für den Denkmalschutz zu erhalten.

Norman Hanert

Kritik an Auswahlverfahren

Krach um Nachfolge von Berlins Polizeipräsident Glietsch

Von den 22 864 Polizisten der Hauptstadt werden ihm wohl nur wenige eine Träne nachweinen: Berlins Polizeipräsident Dieter Glietsch scheidet aus Altersgründen zum 31. Mai aus seinem Amt aus. Bundesweit bekannt wurde Glietsch mit seinem Vorhaben, Berlins Polizisten mit Namensschildern zu versehen. Die Beamten fürchteten um ihre Sicherheit und die ihrer Familien, weil sie sich zur Zielscheibe linksextremer Racheakte gemacht sahen.

SPD-Innensenator Erhart Körting hat es eilig, den Posten neu zu besetzen. Sechs Bewerber sollen Interesse gezeigt haben. Dem Vernehmen nach hat sich die Auswahlkommission für den 58-jährigen Udo Hansen entschieden. Sein schärfster Konkurrent ist der Leiter der Berliner Polizeidirektion 1, Klaus Keese. Hansen ist bei der Linkspartei wenig geschätzt. Als Chef des Bundesgrenzschutzes am Frankfurter Flughafen ließ er Unterkünfte für Asylbewerber mit Zäunen umgeben, um Fluchtversuche zu verhindern. Es fällt schwer zu glauben, dass Hansen mit Innensenator Körting, einem Anhänger der „weichen Linie“, harmoniert. Doch im September scheidet auch Körting aus. Als

> Favorit Hansen gilt als Vertreter einer härteren Linie

Nachfolger wird auch der Name Heinz Buschkowsky gehandelt. Für ihn könnte der zupackende Hansen ein guter Partner sein.

Derweil läuft nicht nur die Linke gegen Hansen Sturm. Auch die Opposition ist empört. FDP-Innenexperte Sebastian Kluckert fordert gegenüber der *PAZ* die Einhaltung der beamtenrechtlichen Bestimmungen der „Bestenauslese“ ein und kritisiert, dass es offenbar für Keese nicht einmal ein Vorstellungsgespräch gegeben habe. Robbin Juhnke, innenpolitischer Sprecher der CDU, fordert, dass der neue Polizeipräsident die Stadt kennen sollte. Auch Bodo Pfalzgraf von der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) übt Kritik. Ihn stört nicht die Personalie Hansen, sondern die Art und Weise der Personalauswahl. Allerdings könnte es sein, dass das Verwaltungsgericht die Pläne der SPD stoppt. Gerüchten zufolge will Keese gegen die Auswahl rechtlich vorgehen. Da die Bestenauslese in den „hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums“ verankert ist, könnte Körting es schwer haben, die Art und Weise seiner Kandidatenkür zu erklären. Auf die Kritik der Linken braucht Körting allerdings keine Rücksicht zu nehmen – die Linke muss bei einem Bruch nach den Umfragen den Gang in die Opposition fürchten. *Theo Maass*

Stasi und Stolpe

Egon Bahr attackiert Roland Jahn auf Geburtstagsfeier

Das Thema Stasi treibt Brandenburgs Politik um. Selbst der 75. Geburtstag von Manfred Stolpe (SPD), 1990 bis 2002 Ministerpräsident, wurde überschattet von Versäumnissen im Umgang mit der DDR-Vergangenheit. Stolpe-Parteifreund Egon Bahr sprach in seiner Festrede der Stasi-Unterlagenbehörde den Willen zur Versöhnung ab.

„Wir versöhnen uns eher mit unseren Nachbarn als mit uns selbst“, klagte der einstige Berater Willy Brandts mit Blick auf Roland Jahn, den neuen Chef der Stasi-Unterlagenbehörde. Der einstige DDR-Oppositionelle Jahn verkündet seit seinem Amtsantritt im März, die Opfer der SED stärker in den Blick nehmen zu wollen.

Nach wie vor arbeiten Mitarbeiter der Stasi im Landesdienst der Mark. Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) lehnt deren erneute Überprüfung ab – in Kontinuität zu Stolpe. Der schaffte 1995 Regelanfragen ab, neue Staatsdiener werden seither nicht mehr auf eine etwaige Stasi-Vergangenheit geprüft.

Brandenburgs politische Landschaft ist über die Stasi-Frage zerstritten wie selten zuvor. SPD-Innenminister Dietmar Woidke

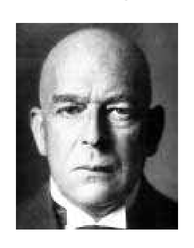
> Ein umstrittenes Erbe: »Noch heute reifen die Früchte«

steht im offenen Gegensatz zu Schöneburg und will sogar rechtliche Schritte gegen im Staatsdienst verbliebene Stasi-Mitarbeiter nicht ausschließen. Die anstehende Polizei- und Justizreform könnte in verschlankten Behörden künftig altgediente Kader nach oben spülen, fürchten Experten. Es ist eine Furcht, die Woidke offenbar teilt. So verwundert es nicht, wenn Stolpe zur Glättung der Wogen viel politische Schützenhilfe für seine ganz persönliche Form der Vergangenheitsbewältigung erhielt.

Ein Gutachten der Stasi-Unterlagenbehörde kam schon 1992 zu dem Ergebnis, dass Stolpe als Leiter des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und späterer Konsistorialpräsident der Berlin-Brandenburgischen Kirche „nach den Maßstäben des Ministeriums für Staatssicherheit über einen Zeitraum von circa 20 Jahren ein wichtiger IM im Bereich der Evangelischen Kirche der DDR war“. Seine Gäste, vor allem die Genossen, stellten Stolpe nun ein ganz anderes Zeugnis aus. Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) lobte, dass Brandenburg „ohne Stolpe nicht existieren würde“, und Berlin Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) bilanzierte: „Noch heute reifen Früchte, die Manfred Stolpe mit gesät hat.“ *SV*

(siehe Kommentar Seite 8)

Zeitzeugen



Oswald Spengler – Sein Buch „Der Untergang des Abendlandes“ (1918) machte den Kulturhistoriker berühmt. Unfreiwillig erinnert er in seinem geschichtsphilosophischen Werk an den Untergang der „Titanic“ und blickt pessimistisch auf die Zukunft und Kultur des Abendlandes. Seine Vorhersagen stießen oft auf harte Kritik.

Metropolit Hilarion Alfejew – Der mit 44 Jahren noch relativ junge Bischof der russisch-orthodoxen Kirche ist ein hochbegabter und renommierter Theologe und Kirchenhistoriker. Für Schlagzeilen sorgte der orthodoxe „Außenminister“ in Deutschland, als er sich 2009 weigerte, mit der damals frisch gewählten EKD-Vorsitzenden Margot Käßmann überhaupt nur zu reden. Eine Frau als Bischöfin, zumal eine Geschiedene, könne er nicht als Gesprächspartner akzeptieren.



Michael E. Porter – Als Ökonomie-Professor aus Harvard hat er den Begriff der „strategischen Allianz“, der ursprünglich nur im militärischen Kontext benutzt wurde, für alle Kooperationen innerhalb des Wirtschaftslebens eingeführt. Porter gilt weltweit als Begründer des „strategischen Managements“. Sein Buch „Competitive Advantage“ (1985) ist ein Klassiker der Wirtschaftsliteratur und beschreibt, wie Unternehmen durch Wettbewerb, Allianzen und Netzwerke erfolgreicher werden können.

Cem Özdemir – Sein Diplom als Sozialpädagoge hat der Gastarbeitersohn, der seit 1983 die deutsche Staatsbürgerschaft hat, ausgerechnet an der Evangelischen Fachhochschule Reutlingen gemacht. Dennoch geht er zu den hartnäckigen Verweigerern der christlichen Kultur. Als Bundestagsabgeordneter über finanzielle Unregelmäßigkeiten gestolpert, zog er zwei Jahre später ins Europaparlament ein.



Kardinal Kurt Koch – Der Schweizer Professor aus dem Fach der Dogmatik gilt als diplomatischer und milder Vertreter der Ökumene. Dass Papst Benedikt XVI. den ehemaligen Bischof von Basel 2010 zum Chef des „Einheitssekretariats“ ernannte, überraschte viele. In seiner Hand liegen nun die vom Papst als sehr aussichtsreich eingeschätzten Beziehungen zu verschiedenen orthodoxen Kirchen in Osteuropa und zur sogenannten „Bekenntnis-Ökumene“.

»Mit zwei Lungenflügeln atmen«

Strategische Allianz zwischen Katholiken und Orthodoxen in Vorbereitung

Ovationen brandeten auf, als sich im März die rund 2000 Zuhörer auf dem Kongress „Kirche in Not“ in Würzburg erhoben und begeistert zwei hohen Kirchenvertretern applaudierten, die sich die Hände reichten. Fast 1000 Jahre sind orthodoxe und katholische Christen getrennte Wege gegangen – nun wollen beide Seiten eine gemeinsame „strategische Allianz“ für die moralische Erneuerung in Europa bilden.

Dem Kongress waren intensive diplomatische Kontakte zwischen dem katholischen Kardinal und vatikanischen „Ökumeneminister“ Kurt Koch sowie dem russisch-orthodoxen Metropoliten und „Außenminister“ Hilarion Alfejew vorausgegangen. Wenige Tage zuvor war Koch persönlich in Moskau bei Patriarch Kyrill I. vorstellig geworden. Bei diesem Besuch wurden grundlegende Gemeinsamkeiten der beiden Kirchen bestätigt, die zusammen rund 50 Prozent der europäischen Bevölkerung vom Ural bis an die Atlantikküste repräsentieren.

Metropolit Hilarion begründete die Notwendigkeit der neuen „strategischen Allianz“ zwischen Orthodoxie und katholischer Kirche mit neuen gesellschaftlichen Herausforderungen im modernen Europa, das seine „religiösen, kulturellen und moralischen Wurzeln eingebüßt“ habe. Die Christen seien zur Verteidigung von Grundwerten wie der Ehe zwischen Mann und Frau, der Unauflöslichkeit der Ehe und der Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens aufgerufen. Angesichts des Wertezerfalls im ehemals christlichen Europa sollten die christlichen Kirchen zusammenstehen.

Schon länger äußert der zweithöchste Vertreter der russischen Orthodoxie scharfe Kritik am westlichen Lebensstil, insbesondere an Wertvorstellungen bestimmter protestantischer Kirchenvertreter wie etwa der ehemaligen EKD-Vorsitzenden Margot Käßmann. Für den christlichen Glauben sei die Segnung von gleichgeschlechtlichen Ehen oder die Abtreibung Ungeborener inakzeptabel. Ein weiterer Anlass zur neuen Allianz sieht Hilarion in der weltweit zunehmenden Christenverfolgung, der man nicht tatenlos zusehen könne. Der Protestantismus falle wegen des Werterelativismus trotz einiger Ausnahmen, etwa bei hochkirchlichen Anglikanern oder deutschen Evangelikalen, als strategischer Partner weitgehend aus. So bleibe die katholische Kirche der wichtigste Partner für die Durchsetzung gemeinsamer Wertvorstellungen in Europa.

> Protestantismus fällt wegen Schwäche als Partner aus

Kardinal Koch äußerte sich im Grundsatz positiv zur der angestrebten „strategischen Allianz“, wies jedoch auf die Schwierigkeit dieses aus dem Militärischen stammenden Begriffes hin. Man solle nach einem besseren Namen für das „neugeborene Kind“ suchen. Auch sei die katholische Kirche, was die Werte anbelange, lange nicht so einig wie die russische Orthodoxie. Zwar vertrete man im katholischen Katechismus weitgehend ähnliche Lehren, aber im deutschsprachigen Raum habe man vielfältige Probleme, diesen Werten unter katholischen Christen zur Akzeptanz zu verhelfen.

Im anschließenden Gespräch zeigten sich beide Kirchenvertreter einig, dass die „innere Zersetzung“ des Christentums eine Gefahr und die Verteidigung von konservativen Werten eine gemeinsame Aufgabe sei. Dazu zähle auch die Auseinandersetzung mit der wachsenden islamischen Bevölkerung: „Nicht ein starker Islam, sondern ein schwaches Christentum“ wäre ein europäisches Problem, so Koch und Hilarion.

Dass die beiden größten Kirchen Europas nun zusammenwirken wollen, sei die Frucht einer historischen Annäherung in den letzten 30 Jahren, betonte Koch. Sie habe das „Gift“ aus der gestörten Beziehung zwischen katholischer Kirche und der orthodoxen Christenheit genommen. Dies sehe auch der russisch-orthodoxe Patriarch Kyrill I. so. Der Patriarch zolle dem Papst große Anerkennung für sein Eintreten für die traditionellen Werte. Die Christenheit Europas müsse nun wieder lernen, mit „zwei Lungenflügeln“ zu atmen – dem östlichen und dem westlichen, nur dann könne Europa wieder zu alten und neuen Stärke finden. *Hinrich E. Bues*



Diskutierten auf dem Kongress „Kirche in Not“: Kardinal Kurt Koch und Metropolit Hilarion Alfejew (von links) Bild: epd



Ein Drittel der Europäer areligiös

Die religiöse Landkarte Europas offenbart schon auf den ersten Blick ein klares Übergewicht des Christentums. Rund 75 Prozent der über 700 Millionen Europäer gehören christlichen Kirchen an, rund 40 Prozent sind katholischen Glaubens, 35 Prozent der Christen verteilen sich auf orthodoxe und evangelische Kirchen oder Konfessionen.

Im Gegensatz zu den Christen, für die exakte Zahlen vorliegen, kann die Zahl der Muslime auf 35 bis 50 Millionen Personen nur geschätzt werden. Fünf bis acht Prozent der Europäer wären damit muslimisch. Die meisten Anhänger des Islam (25 Millionen) leben im europäischen Teil Russlands, dem europäischen Teil der Türkei (sechs Millionen), in Frankreich (5,5 Millionen) und in Deutschland (vier Millionen). Jeweils weniger als ein Prozent der Europäer bezeichnet sich als Juden, Hindus oder Buddhisten.

> Bis zu 50 Millionen Muslime in Europa

Etwa 17 Prozent der Europäer gehören keiner Kirche oder Religion an und bezeichnen sich als atheistisch, areligiös oder konfessionslos. Die tatsächliche Zahl der Religionslosen dürfte aber nach neueren Studien noch erheblich höher sein, denn auch innerhalb der etablierten Kirchen und Religionen gibt es zahlreiche Personen, die nicht an Gott glauben. Rund ein Drittel der europäischen Bevölkerung wird zu dieser Gruppe gerechnet.

In keinem anderen Gebiet Europas (und der Welt!) gibt es so viele Areligiöse wie auf dem Gebiet der Ex-DDR, wo bis zu 70 Prozent der Bevölkerung zu dieser Gruppe gehören. In den alten Kernländern der Reformation blieben nach zwei atheistischen Diktaturen nur noch Reste christlicher Gläubigkeit und Kirchlichkeit übrig. *HEB*

Wo Özdemir irrt

In Athen, Jerusalem und Rom liegen die Wurzeln des Abendlands

Grünen-Chef Cem Özdemir hat behauptet, dass die „christlich-abendländische Kultur nicht existiert“. Damit löste der Mann mit türkischen und tscherkessischen Wurzeln, ein gelernter Erzieher und studierter Sozialpädagoge, Fassungslosigkeit aus. Seine Behauptung widerspricht allem, was in geschichtlichen, philosophischen oder politischen Werken über die Grundlagen Europas zu lesen ist. Seine Bemerkung wird als weiterer Baustein seiner an Skandalen nicht armen Karriere eingeschätzt.

Nach einhelliger Meinung benennt der Begriff „Europa“ nicht nur eine geografische Ländermasse, sondern einen Kulturraum, der gemeinsame historische, religiöse, kulturelle, politische, wirtschaftliche und rechtliche Grundlagen besitzt. Die Bürger, die hier leben, vereint mehr, als sie trennt. Das wird besonders im Vergleich zu Ländern wie der Türkei, dem Irak, Afghanistan, Ägypten, Tunesien oder Libyen deutlich. Hier dürfte das Problem Özdemirs liegen, der mit seiner Behauptung die Nicht-Existenz seiner Bildung klarstellte. In dieser Haltung ist er amerikanischen Politikern nicht unähnlich, die meinten, die von der westlichen Kultur geprägte Demokratie in Ländern Nordafrikas oder im Nahen Osten einführen zu können. Das Scheitern dieser Bemühungen ist gegenwärtig zu beobachten.

Wo aber liegen die Wurzeln der europäischen Kultur? Der damalige Kardinal Joseph Ratzinger ortete sie vor allen Dingen in drei Städten: Athen, Jerusalem und Rom. In Griechenland seien die Grundlagen der Demokratie und der abendländischen Philosophie gelegt worden, in Jerusalem die jüdische und christliche Weltreligion entstanden, in Rom schließlich das römische Recht und Staatswesen gebildet worden.

> Religion ist stärkste Triebfeder kultureller Identität

Alle diese Elemente fließen heute in den europäischen Kulturraum ein. Darüber hinaus würden auch weitere Hauptstädte wie das frühere Konstantinopel und Moskau, um die Zentren der byzantinischen und slawischen Kultur zu nennen, den heutigen Großraum Europa prägen. Städte wie Paris oder London sind Ursprungsorte europäischer Aufklärung; Menschenrechte und Industrialisierung kommen hinzu. Das, was man heute als „westliche Kultur“ bewundernd oder abfällig bezeichnet, hat somit eine Geschichte von etwa 3000 Jahren.

Auch wenn ein bestimmter Kulturraum von einer Vielzahl von Einflüssen, Völkern, Sprachen, Mentalitäten oder Weltanschauungen bestimmt wird, so gilt die Religion als stärkste Triebfeder für die Festlegung und Praktizierung bestimmter Werte. Erst die Verantwortung vor Gott mache den Menschen zu einem ethischen Wesen, so die Auffassung maßgeblicher Kulturphilosophen. So ist nahezu unbestritten, wie stark die Zehn Gebote des christlich-jüdischen Glaubens die europäische Zivilisation formten. Demgegenüber wenden sich Europäer mit Abscheu von den Praktiken des islamischen Gesetzes („Scharia“) ab, wenn dort öffentlich ausgepeitscht oder geköpft wird. Solche Unterschiede sind Cem Özdemir, der sich als „säkularer Moslem“ bezeichnet, offenbar verborgen geblieben. *HEB*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Wilhelm v. Gottberg
(kommissarisch, V. i. S. d. P.)
Konrad Badenheuer (in Elternzeit)

Chef vom Dienst: Dr. Jan Heitmann; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Bücher:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Leserbriefe:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4863**

AKW-Stresstest – Muster ohne Wert

Gegner und Befürworter der Kernkraft finden Argumente, die sie vorher schon kannten

In sechs Wochen haben einhundert Mitarbeiter der Reaktorsicherheitskommission im Auftrag der Bundesregierung die 17 deutschen Kernkraftwerke einem sogenannten Stresstest unterzogen. Das Ergebnis ist wenig hilfreich. Selbstbedienung, Pro und Kontra zur freien Verfügung: Der Stresstest der Reaktorsicherheitskommission beliefert Gegner wie Befürworter der Kernkraftnutzung mit Argumenten. Jeder kann sich bedienen und das heraussuchen, was seiner Position zuträglich scheint.

Nehmen wir die Befürworter, die ja in der gegenwärtigen, emotional aufgeheizten und völlig einseitigen Diskussion kaum zu Wort kommen. Ihnen wird auf den meisten der 116 Seiten des Prüfberichts bescheinigt, dass Deutschlands Atommeiler einen „großen Robustheitsgrad“ haben. Im Klartext heißt das: Sie zählen weltweit zu den sichersten.

Das gilt insbesondere für jene Sicherheitseinrichtungen, die im japanischen Fukushima versagten und dort die katastrophalen Folgen des Erdbebens und Tsunamis erst ermöglichten. Im Gegensatz dazu verfügen alle deutschen Kernkraftwerke, auch die ältesten, über mehrere, voneinander völlig unabhängige (redundante) Kühl- und Notkühlsysteme. Sie verkraften auch einen längeren Stromausfall und können eine Überhitzung der Brennelemente bis hin zur Kernschmelze wirkungsvoll verhindern.

Erdbeben- und Hochwasserschutz erfüllen in Deutschland ebenfalls höchste Ansprüche. Hier ist zu berücksichtigen, dass die Geologen heute sehr genau wissen, welche Regionen der Erde aufgrund globaler tektonischer Vorgänge besonders gefährdet sind – Deutschland gehört eindeutig nicht dazu. Erdbeben wie das vom 11. März in Japan können hierzulande mit Sicherheit ausgeschlossen werden, 15 Meter hohe Tsunamiwellen ebenfalls.

Freilich weist der Prüfbericht auch darauf hin, dass die älteren deutschen AKW trotz aller Nachrüstungen nicht in allen Punkten den gleichen hohen Sicherheitsstandard erreichen wie die neueren. Genannt werden hier die Reaktoren von Biblis A und B, Brunsbüttel und Philippsburg. In diesem Zusammenhang finden sich auch die einzigen Aussagen der Kommission, durch die sich die Verfechter eines sofortigen Ausstiegs bestätigt sehen.

Denn alle 17 deutschen Atomkraftwerke sind, so der Bericht, nicht hundertprozentig gegen Flugzeugabstürze gesichert. Zum Teil könnten die Reaktorgebäude nicht einmal den Aufprall „kleiner“ Maschinen aushalten. Dass damit nicht Sportflugzeuge gemeint sind, sondern schnellfliegende Militärjets mit hohem Zerstörungspotential, verschweigen die auf schnellstmöglichen Ausstieg geeichten Meinungsmacher.

Doch auch der Hinweis auf mögliche Terrorakte wie den am 11. September 2001 in den USA ist letztlich nicht überzeugend. Gegen den Absturz eines vollgetankten Jumbos oder Airbus A 380 kann man sich durch großräumige Flugverbotszonen im Umkreis von Kernkraftwerken schützen. Im Übrigen müsste die gleiche Sicherheitsphilosophie – also der absolute Ausschluss auch des geringsten

> Prüfer verließen sich auf Angaben der Betreiber

Restrisikos – ja auch bei anderen Gefährdungslagen angewandt werden. Wie will man zum Beispiel Fußballspiele oder Open-Air-Konzerte schützen?

Was dieser Stresstest wirklich wert ist, erhellt sich auch aus der Tatsache, dass die Prüfer überhaupt keine Zeit hatten, auch nur eines der 17 Kernkraftwerke vor Ort in Augenschein zu nehmen. Wegen der knapp bemessenen Zeit, aber auch wegen der höchst komplexen Materie, musste die Reaktorsicherheitskommission sich auf reine Schreibtischarbeit beschränken und sich auf die Angaben der Kraftwerksbetreiber verlassen.

Schon aus diesem Grund ist der Stresstest ein Muster ohne Wert. Er listet nur noch einmal auf, was ohnehin seit langem bekannt ist. Zwar lobte Bundesausstiegsminister Norbert Röttgen, die Kommission habe „untersucht, was noch niemals untersucht wurde“, lässt aber offen, was er damit gemeint haben könnte und kommt zu dem etwas überraschenden Schluss, es gebe in dem Bericht „kein Argument, zu sagen, wir müssen Hals über Kopf von heute auf morgen aus der Atomkraft raus“ – so zitiert ihn „Die Welt“ und kommt in ihrem Kommentar zu dem Schluss: „Die Meiler sind so sicher oder unsicher, wie sie schon immer gewesen sind.“ Genau das haben Gegner und Befürworter auch ohne Stresstest schon immer gewusst. Und unsere weniger ausstiegsbeflissenen europäischen Nachbarn haben die Botschaft verstanden: Den vom deutschen EU-Energiekommissar Günther Oettinger energisch betriebenen europäischen AKW-Stresstest lassen sie nach dem bewährten Motto „Durch konsequente Nichtbearbeitung von selbst erledigt“ ins Leere laufen. Genau da gehört er auch hin.

Hans-Jürgen Mahlitz



Deutsche Kernkraftwerke: Weder durch Erdbeben noch durch haushohe Tsunamiwellen gefährdet ild:DIAGENTUR

MELDUNGEN

Deutsche so reich wie nie

Frankfurt am Main – Die Deutschen hatten noch nie so viel Geldvermögen wie heute. Dies ergab eine Berechnung der Frankfurter Bundesbank. Demnach verfügten die Bundesbürger zum Jahresende 2010 über Vermögen in Form von Bargeld, Bankeinlagen oder Aktien im Gesamtwert von 4,933 Billionen Euro. Das entspricht in etwa dem Doppelten des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Immobilienvermögen wird hierbei nicht mitgerechnet, auch nicht geldähnliche Anlagen wie Edelmetalle.

Im Vergleich zum Vorjahresende ist die Summe um 154 Milliarden Euro angewachsen. Damit habe der Vermögenszuwachs ein Niveau erreicht wie zuletzt nur während des Vereinigungsbooms nach 1990, so die Bundesbank-Statistiker. Die Experten der deutschen Notenbank führen den steilen Anstieg des Gesamtvermögens auf die rasante wirtschaftliche Erholung nach der Rezession von 2009 zurück. Einen großen Anteil habe vor allem die äußerst positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die habe die Summe der verfügbaren Einkommen schnell anschwellen lassen, so dass auch die Sparanstrengungen rasch gewachsen seien. *H.H.*

»Junge Freiheit« wird 25 Jahre

Berlin – Die Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ wird am 1. Juni 25 Jahre alt. Als monatliches Blatt junger Studenten 1986 in Freiburg im Breisgau gegründet, etablierte sich die „JF“ seit Mitte der 90er Jahre als unabhängige Wochenzeitung. Der Sitz wurde zunächst nach Potsdam, dann nach Berlin verlegt. Die Zeitung versteht sich als Plattform gegen „politische Korrektheit“ und die Gleichschaltung der Meinungen durch einen linksdominierten Mainstream. *PAZ*

Strategisches Desaster

Merkels Projekt der »modernen Großstadtpartei« erneut gescheitert

Für die CDU ist die Niederlage in Bremen und ihr Abrutschen hinter die Grünen nicht allein eine demütigende Wahlschlappe. Es ist vor allem ein strategisches Desaster: Wie im benachbarten Hamburg wollte sich die Union auch in der Wesermetropole als „moderne Großstadtpartei“ profilieren. Das ging gründlich daneben.

An der Elbe halbierte sich die CDU nach zweieinhalb Jahren schwarz-grüner Koalition auf jene 20 Prozent, auf die sie nach rund fünfeinhalb Prozentpunkten Verlust nun auch im Land Bremen gefallen ist. Für die FDP ist die Lage im kleinsten Bundesland dermaßen desolat, dass der neue Bundesparteichef Philipp Rösler die Niederlage nicht einmal richtig kommentieren wollte. Tenor seiner dürren Reaktion: Das war eh verloren.

Auffallend war die geringe Wahlbeteiligung, welche den Triumph von SPD und Grünen um einiges schmälert. Nur rund 55 Prozent der Wahlberechtigten gingen zu den Urnen. Rechnet man die Stimmen für die einzelnen Parteien nicht auf alle tatsächlichen Wähler, sondern auf alle zur Wahl berechtigten Bremer hoch, so ergibt sich ein ganz anderes Bild vom Rückhalt der Parteien im Volk: Nur knapp 21 Prozent der Wahlberechtigten gaben der SPD ihre Stimme, die am Ende nur wegen der geringen Beteiligung auf über 38 Prozent kam. Für die CDU haben bloß elf Prozent der Wahlberechtigten votiert, für die siegreichen Grünen 12,5 und für die FDP kaum anderthalb Prozent. Die Linke, ohnehin eine

> Auch die »Bürger in Wut« hatten sich mehr erhofft

der großen Verlierer, erlangte so gerechnet noch 3,2 Prozent.

Enttäuschung herrscht indes auch bei der Wählervereinigung „Bürger in Wut“ (BIW). BIW-Chef Jan Timke hatte mit einem spürbar besseren Resultat gerechnet, gerade weil Union und FDP derzeit eine schwache Figur machen. Zwar konnte sich BIW nach dem ersten Gehversuch bei der letzten Wahl von damals 0,8 auf nunmehr 3,7 Prozent vervielfachen. Gemessen an allen Wahlberechtigten aber sind auch dies nur gut zwei Prozent und damit weit weniger, als Timke und seine Mitstreiter erwartet hatten. Wegen des Bremer Wahlrechts, das getrennte Fünf-Prozent-Hürden in Bremen und Bremerhaven vorsieht, zieht Timke dennoch (als einziger BIW-Mandatar) ins Landesparlament ein, weil seine Partei im kleineren Bremerhaven gut sieben Prozent holte.

In der CDU hat nach dem Schlag von der Weser eine muntere Strategiedebatte eingesetzt, die allerdings nach bekannten Mustern verläuft: Wirtschaftsflügel und Konservative fordern eine bessere Abgrenzung von Sozialdemokraten und vor allem Grünen. Der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung der Union, Josef Schlarmann, urteilt scharf: „Die Öffnung nach links in der Großen Koalition hat nicht funktioniert. Die Öffnung zu den Grünen funktioniert auch nicht.“ Er empfiehlt daher: „Vielleicht versuchen wir es mal mit uns selbst.“ Die Führung um Parteichefin Angela Merkel reagiert wie üblich ausbremsend. Ihr sind inhaltliche Debatten offenbar grundsätzlich unangenehm. Merkel setzt nur darauf, die jeweils aktuellen Themen möglichst publikumswirksam aufzugreifen. Bei der Kernkraft ist ihr das allerdings missglückt. *Hans Heckel*

Aus für deutsches System

EU will 22-stellige Kontonummern zur Pflicht machen

Die Bundesregierung sieht kaum noch Chancen, die Pläne der EU zur Vereinheitlichung des europäischen Zahlungsverkehrs zu stoppen. Deutsche Politiker fürchten bereits einen Proteststurm der Bürger bei der Einführung des von Brüssel geforderten europaweiten Zahlungssystems.

Bereits im Jahr 2008 wurde von der EU ein System für grenzüberschreitende Überweisungen auf den Weg gebracht – das SEPA-System (Single Euro Payments Area) ist bisher nur eine Empfehlung und alles andere als ein Erfolg. Im Jahr 2010 wurde es europaweit lediglich für 15 Prozent der Überweisungen und bei weniger als einem Prozent der Lastschriftverfahren eingesetzt.

Voraussichtlich noch im Jahr 2011 wird der Beschluss fallen, das SEPA-Verfahren zum Pflichtstandard auch bei Inlandsüberweisungen zu machen. Die bisherigen Kontonummern und Bankleitzahlen werden langfristig dadurch wegfallen und durch international gültige, 22-stellige IBAN-Kontonummern („International Bank Account Number“) ersetzt werden. Die deutschen Versuche, das Vorhaben zu stoppen, kann man als gescheitert betrachten – Handlungsspielraum wird lediglich noch beim Aushandeln von nationalen Übergangsregelungen gesehen.

Als Erfolg kann man schon deuten, dass sich zunächst ein Erhalt des in Deutschland entwickelten kartengestützten elektronischen Lastschriftverfahrens (Bezahlung per EC-Karte) abzeichnet. Das deutsche Verfahren gilt als sehr funktionsfähig, kostengünstig und

> »Größter Schwachsinn aller Zeiten«

bisher als konkurrenzlos. Deutschland, mit dem größten Zahlungsverkehrsmarkt aller Mitgliedsstaaten, ist ohnehin von den Plänen zur Zwangsharmonisierung der Zahlungssysteme am stärksten betroffen. Jährlich werden hier acht Milliarden Lastschrifttransaktionen ausgeführt. Auch Verbraucherschützer befürchten durch die EU-Pläne Nachteile.

Durch die langen Banknummern droht eine drastische Zunahme falscher Überweisungen. Bereits im Oktober 2009 ist die Pflicht der Banken zur Prüfung, ob Kontonummern zu Empfängernamen passen, entfallen. Das Widerspruchsrecht für Verbraucher bei Lastschriften steht nach EU-Plänen ebenfalls vor dem Aus.

Allerdings werden sich nicht nur deutsche Bankkunden an umständliche Kontonummern und weniger Verbraucherrechte gewöhnen müssen. Auf die Kreditinstitute kommen immense Kosten bei der Umstellung der EDV-Systeme zu. Die Nachteile für Verbraucher und Banken werden auch von deutschen Politikern klar erkannt. Deren Einschätzungen der EU-Pläne sind ungewohnt unverblümt: „Das ist der größte Schwachsinn aller Zeiten“ heißt es zum Beispiel vom Vorsitzenden des Europaausschusses im Bundestag, Gunther Krichbaum (CDU). Seine Prophezeiung: „Die E-10-Debatte war nur ein laues Lüftchen im Vergleich zu dem, was an Bürgerwut mit der SEPA-Umstellung auf uns zukommt“.

Über die Gründe für die Harmonisierungspläne kann nur spekuliert werden. Deutlich wurde während der bisherigen Verhandlungen aber ein starkes Interesse einiger EU-Länder an der Abschaffung des deutschen elektronischen Lastschriftverfahrens und dessen Ersetzung durch ein noch zu entwickelndes europäisches System. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Währungsverfall in Weißrussland

Minsk – Die Inflation des weißrussischen Rubels ist nach Angaben der Weltbank die weltweit größte der vergangenen 20 Jahre. Am Montag wertete die Nationalbank in Minsk die Landeswährung im Verhältnis zum Währungskorb um 54,4 Prozent ab, berichtete die belarussische Zeitung „Nascha Niwa“. Damit hat der Rubel seit Jahresbeginn 71,6 Prozent seines Wertes verloren. Die Währungskrise hat die Arbeitslosigkeit bereits massiv vergrößert. *CR*

Krise in der Südsee

Wellington – Zwischen dem pazifischen Königreich Tonga und der Militärdiktatur in Fidschi kriselt es. Ein Patrouillenboot Tongas drang in die Hoheitsgewässer des rund 800 Kilometer entfernten Nachbarn ein und nahm einen Verwandten von König George Topou V. an Bord mit dem Ziel Nukualofa, der Hauptstadt des Inselreiches. Colonel-Leutnant Tevita Mara, früher Armeekommandant unter Fidschis Diktator Voreqe Bainimarama und dessen Steigbügelhalter beim Putsch im Jahr 2006, befand sich auf der Flucht und hatte eine Anklage wegen Volksaufwiegelung zu befürchten. Tongas Regierung behauptet, das Boot habe einen Hilferuf von der Fidschi-Insel Ono-i-lau aufgefangen und eingegriffen, um „eine Person zu retten“. Nach Einschätzung offizieller Stellen in Neuseeland könnte der Vorgang ein mögliches Ende der jetzigen Militärregierung anzeigen. In dem Land, das offiziell aus dem Commonwealth ausgeschlossen wurde und wegen zahlreicher Menschenrechtsverletzungen nicht mehr in den pazifischen Gremien mitarbeiten darf, brodelt es schon länger. Fidschi wird immer wieder von Militärputschen erschüttert. *J.F.*

Die Wut der Ausweglosen

Spaniens Jugend protestiert gegen ihre katastrophale Lage: Die Fesseln des Euro ersticken das Land

Von den unter 25-Jährigen Spaniern sind 45 Prozent ohne Arbeit. Ihre Aussichten sind so düster wie ihre Lage. Spanien bekommt die Folgen des Euro in niederschmetternder Härte zu spüren. Eine ganze Generation blickt in einen Abgrund von Hoffnungslosigkeit, nun verliert sie die Geduld.

Das war ein schwarzer Tag für Spaniens regierende Sozialisten. Selbst in ihren Hochburgen verlor die Partei von Ministerpräsident José Luis Rodgríguez Zapatero, PSOE, die Mehrheit an die oppositionellen Konservativen der Volkspartei PP. Bei aller Freude über ihren Sieg dürften die Konservativen aber ahnen, dass es ihnen ähnlich schlecht ergangen wäre, wenn sie als Regierungspartei die schmerzhaften Sparbeschlüsse und Schrekken erregenden Arbeitslosenzahlen zu verantworten hätten.

Die Bilder der meist jungen Protestierer auf dem Madrider Platz „Puerta del Sol“ gehen um die Welt. Der gewöhnlich einfach „Sol“ genannte Platz ist weder der größte noch der prächtigste der spanischen Metropole. Indes ist er ein symbolträchtiger Ort: Hier liegt, unscheinbar, der „Kilometerstein Null“, an dem alle Landstraßen, die sternförmig von der Hauptstadt ins Land streben, ihren Anfang nehmen. Hier also ist der definitive Mittelpunkt Spaniens, von dem aus Madrid in alle Winkel des Königreichs strahlt, seit Jahrhunderten.

So hat sich auch die Botschaft der Demonstranten vom „Sol“ aus in Windeseile im ganzen Land verbreitet. Die „Bewegung des 15. Mai“, benannt nach dem Tag, an dem die Proteste begannnen, hat überall in Spanien Zigtausende Nachahmer gefunden. Ihre Forderungen spiegeln die Misere ihres 2008 jäh aus einem Dauerboom erwachten Landes wider. Aber auch das fatale Dilemma, in dem Spanien gefangen ist. Die Demonstranten fordern Arbeit, bezahlbare Wohnungen und Löhne, von denen man wenigstens das Existenzminimum bestreiten kann. Von den nur noch 55 Prozent unter 25-Jährigen, die sich glücklich schätzen, eine Arbeit zu haben, verdingt sich nämlich ein beträchtlicher Teil zu Hungerlöhnen etwa im Tourismus oder der Gastronomie. Bei den wenig Älteren sieht es kaum besser aus, so dass viele Mitte 30-Jährige noch immer bei ihren Eltern leben müssen.

Denn bezahlbarer Wohnraum ist knapp, obwohl von den im Bauboom errichteten Unterkünften mehr als eine Million leerstehen. Kaum jemand kann sich die mehr oder weniger schmucken Neubauten noch leisten. Manch stolzer Hauskäufer findet sich heute in einer Geisterstadt wieder, weil außer seinem kaum ein weiteres Gebäude in dem Neubaugebiet verkauft werden konnte nach dem Platzen der Blase 2008. Bankkredite an Privatleute im Gesamtvolumen von 112 Milliarden Euro sind notleidend. Beim Anflug auf Madrid kann der Besucher zudem eigenartige Straßennetze mit Laternen, Gehwegen und Zebrastreifen, aber ohne Häuser, bestaunen – Bauprojekte, die über Nacht von der Krise erstickt wurden.

Früher hätte Madrid längst die Währung abgewertet

Höhere Löhne und mehr Arbeit könnten die Kaufkraft wiederbeleben. Doch schon jetzt produziert Spanien zu teuer, an Gehaltserhöhungen ist kaum zu denken. VW hat seiner spanischen Tochter Seat bis 2013 Zeit gegeben, aus den chronisch roten Zahlen zu kommen. Dann könnten dort die Lichter ausgehen. Ein Desaster für das ganze Land. Um mehr Arbeitsplätze zu schaffen, müssten die Gehälter also eher noch weiter gekürzt werden, doch da ist bei vielen kaum noch etwas zu machen. Andererseits leidet das Land unter einem geteilten Arbeitsmarkt. Millionen dürfen sich trotz der Krise über eine nahezu unkündbare Stelle freuen, vor allem viele Jüngere haben kaum eine Chance, jemals einen Posten zu ergattern.

Politiker und Experten rätseln über Auswege. In vergangenen Zeiten hätte Spanien längst seine Währung abgewertet. Doch Dank dem Euro ist dieser Ausweg, die eigene Wettbewerbsfähigkeit wieder herzustellen, ohne die Löhne im Land drastisch senken zu müssen, verbaut.

Angela Merkels Auslassungen über Renteneintrittsalter und Urlaubsdauer wurden in Spanien als verletzend empfunden, zumal sie sachlich falsch waren. Viele Iberer wissen (wie aus Internet-Debatten hervorgeht) viel besser als Merkel über den eigentlichen Grund ihrer Wettbewerbsschwäche Bescheid: Nicht längere Arbeitszeit, sondern gute Organisation und Arbeitsethos sowie bessere Ausbildung machten die Deutschen so viel wettbewerbsfähiger als die Spanier, vermuten dort die allermeisten Diskussionsteilnehmer. Die spanischen Netz-Debattierer geißeln die „Siesta“-Mentalität ihrer Landsleute aufs Härteste. Demnach sind es tief verwurzelte Unterschiede in der Mentalität, der Wirtschafts- und Arbeitskultur, die einen kaum durch „EU-Harmonisierung“ bei Urlaubstagen zu behebenden Unterschied ausmachen. Früher konnten die Währungsgrenzen solche Unterschiede abpuffern. Die aber hat man eingerissen, so dass Spanien nun nackt im Wind der internationalen Wettbewerber steht.

Die Verzweiflung über die Folgen drückt sich – noch – friedlich, ja sogar humorvoll aus. Doch es mehren sich Zeichen für eine aggressivere Gangart. Am „Sol“ prangt zwischen etlichen Plakaten auch ein großes Porträt von Heinrich Himmler mit Euro-Symbol an der Uniformmütze, Unterschrift: „No nos representan“, frei übersetzt: Diese Leute sprechen nicht für uns. Scheint hier schon eine antieuropäische, ja antideutsche Wut über die „teutonische Knute“ hindurch? Im spanischen Internet kursieren bereits wüste Verschwörungstheorien, der Euro sei die Falle deutscher Welteroberer, welche auf diesem Weg die übrigen Länder Europas durch einen Scheinboom angelockt haben, um sie nun zu zerschmettern. Noch sind das vereinzelte Stimmen, die kaum Widerhall finden. Das könnte sich ändern. Davor fürchteten sich die deutschen Gegner der Gemeinschaftswährung von Anfang an am meisten: Dass der Euro die Europäer nicht näher zusammen bringt, sondern dass er die Völker im Hass auseinandersprengt. *Hans Heckel*

(siehe Kommentar Seite 8)



Das Maß ist voll: Der Protest spanischer Jugendlicher könnte die Spaltung der EU initiieren. Bild: pa

Potentaten geht es ans Geld

Schweiz friert Vermögen von Diktatoren ein

Für Potentaten, Diktatoren und nur dem Schein nach demokratische Staatsoberhäupter wird die Luft zur persönlichen Bereicherung immer dünner. Mehr und mehr einst als sicher geltende Schlupflöcher wie die Schweiz und Liechtenstein gehen dazu über, die außerhalb der Landesgrenzen angelegten Flucht- und Schwarzgelder nicht mehr als unantastbar zu betrachten und nach dem Sturz der Amtsinhaber den Nachfolgeregierungen zurückzugeben. Die Weltbank schätzt, dass jährlich 1,8 Prozent des Bruttoinlandprodukts der jeweiligen Volkswirtschaften den Weg in private Taschen antreten.

Es war eine brisante Delegation aus den Alpen, die in der ersten Maiwoche in Kairo einreiste: Eine hochkarätige Gruppe aus dem eidgenössischen Bundesamt für Justiz und der Direktion für Völkerrecht diskutierten mit den ägyptischen Behörden über deren Rechtshilfegesuch für die Rückführung von Geldern aus dem Umfeld des gestürzten Hosni Mubarak und seiner Sippe. Es ging um 410 Millionen Schweizer Franken. Ein Rechtshilfeersuchen war als nicht ausreichend abgelehnt worden. Die Gelder stammen durchweg aus Waffengeschäften, erzwungenen Gewinnbeteiligungen bei Unternehmen, zweifelhaften Immobiliendeals und illegalem Abkassieren in Touristenhotels. Ermittlungen spezialisierter Institute schätzen, dass aus Ägypten zwischen 2000 und 2008 insgesamt 57 Milliarden Dollar illegal erworbenen Geldes ins Ausland transferiert wurden.

Bereits im Februar hatte der Berner Bundesrat kraft einer Pauschalkompetenz der Verfassung („zur Wahrung der Interessen des Landes“) die Mubarak-Gelder für drei Jahre gesperrt, ebenso wie im Fall Ben Ali aus Tunesien 60 Millionen Franken; 360 Millionen aus Libyen liegen ebenfalls auf Eis wie auch rund 70 Millionen des abgewählten Regenten Laurent Gbagbo der Elfenbeinküste. Er ist inzwischen der Geldwäsche angeklagt. Insgesamt sollen in der Schweiz seit Anfang des Jahres eine Milliarde zweifelhafter Guthaben eingefroren worden sein.

Schweizer Bankiers nicht begeistert

Natürlich ist die Schweizer Bankiers-Vereinigung über solche Tendenzen nicht erfreut, da der Ruf des Landes als sicherer Hafen durch die Publizität leidet. Dessen ungeachtet sind die genannten Summen im Vergleich zu den insgesamt in der Alpenrepublik angelegten internationalen Geldern marginal.

Die sogenannte „Lex Duvalier“ soll dafür sorgen, dass Potentaten für die Zerstörung staatlicher Strukturen nicht noch mit Sicherung ihrer Vermögen belohnt werden. Gelder solcher Machthaber gelten ohne Nachweis des Gegenteils als unrechtmäßig erworben, wenn das Vermögen während der Amtszeit überdurchschnittlich stark angewachsen ist und der Korruptionsgrad des Herkunftslandes als hoch eingestuft wird. Ägypten und Tunesien allerdings können erst nach einem entsprechenden Ersuchen bedacht werden.

Der Europäischen Union liegen derzeit aktuelle Verfügungen gegen Hunderte von Personen vor, darunter führende Vertreter der Regime in Belarus, Burma, Kongo, Eritrea, Iran, Irak, Libanon, Syrien, Liberia, Nordkorea, Guinea, Somalia, Sudan und Zimbabwe. Als Fluchtorte tauchen dabei immer wieder auch Macao, die Virgin Islands und Singapur auf. Die Schweiz reklamiert für sich, dass sie in den vergangenen 15 Jahren etwa 1,7 Milliarden Franken solcher Diktatoren-Gelder rückgeführt hat. Das entspreche einem Drittel der weltweit zurückerstatten Mittel. *Joachim Feyerabend*

Abkehr unmöglich?

EU will Kroatien trotz fehlender Standards aufnehmen

Während vielerorts von einer „Überdehnung“ der Europäischen Union (EU) der 27 Länder die Rede ist, bereitet sich Kroatien auf den Beitritt im Jahr 2013 vor. In den nächsten Tagen will die EU-Kommission der Regierung in Zagreb offiziell bestätigen, dass alle 35 Kriterien für die Aufnahme erfüllt sind.

Das schwierigste dieser Kriterien trägt die Nummer 23 und behandelt Justiz und Grundrechte. Bisher bemängelte Brüssel, dass beide Felder nicht den europäischen Standards entsprechen würden. Weil die Staatsanwaltschaft nicht unabhängig sei, gäbe es Interessenkonflikte mit dem Staatsapparat. Zudem seien vor den Gerichten noch mindestens 13 000 Fälle anhängig, die mehr als zehn Jahre alt sind. Doch Kroatien habe nun „alle Bedingungen“ erfüllt, verlautet aus EU-Kreisen. Die Reformen im kroatischen Justizsystem reichten so tief, dass eine Abkehr unmöglich wäre. Die zuständige EU-Justizministerin Viviane Redding empfiehlt nach einem Bericht der „Welt“, das umstrittene 23. Kapitel der Beitrittsverhandlungen abzuschließen.

Die gegenwärtige ungarische Ratspräsidentschaft strebt an, die Beitrittsverhandlungen noch bis Ende Juni abzuschließen. Zwar bestünden noch offene Fragen in den Bereichen „Wettbewerb“ und „Fischerei“; dennoch ist Ungarns Europaminister Eniko Gyori optimistisch und will die Chance für den Beitritt Kroatiens jetzt nutzen, wie er bei einem Besuch in Dubrovnik in der vorletzten Woche sagte.

Dass der Beitritt tatsächlich zum 1. Januar 2013 vollzogen werden kann, erscheint aus mehreren Gründen fraglich. Zum einen müssen alle 27 EU-Regierungschefs entscheiden. Die anhaltende Krise um den Euro und der Streit um die Schengen-Grenzen machen Regierungen und Bevölkerung immer skeptischer, was die Zukunft Europas angeht. Nicht eine Vergrößerung, sondern eine Verkleinerung der Union steht bereits für eine Reihe von konservativen Parteien in Europa auf der Agenda.

Nur die Hälfte der Kroaten will zur EU

Lange Zeit war es das Nachbarland Slowenien, das die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen wegen eines Streits um die Seegrenzen blockierte. Nun droht Rumänien mit einem Veto und will im Gegenzug zusammen mit Bulgarien die beim Beitritt 2007 auferlegten strengen Regeln der EU gegen die organisierte Kriminalität und Korruption gelockert sehen.

In Deutschland besteht zwar eine positive Grundstimmung gegenüber einem Beitritt Kroatiens, doch schon jetzt verlautet, dass dann „Schluss sein“ müsse mit weiteren Beitritten, wie der CSU-Europaparlamentarier Manfred Weber forderte. Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte sich positiv zum Beitritt: „Deutschland ist sehr offen und freut sich auf einen Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union“, sagte die Kanzlerin Anfang Mai in Berlin. Angesichts der Euro-Krise und Problemen mit der Schengen-Vereinbarung über die offenen Grenzübergänge scheint es Merkel jedoch nicht allzu eilig mit einem neuen Kandidaten aus dem Süd-Osteuropäischen (Problem-)Raum zu haben. Zudem steht noch die Forderung Frankreichs im Raum, das gleichzeitig mit Kroatien auch Serbien in den EU-Club holen will.

Derweil schlägt die Stimmung in Kroatien um. Umfragen zeigen, dass gegenwärtig nur noch 50 Prozent einen EU-Beitritt befürworten würden. Da die Bevölkerung des Balkan-Landes in einem Referendum dem Beitritt zustimmen muss, diskutiert man derzeit wohl über die berühmten „ungelegten Eier“. *Hinrich E. Bues*

Statistik statt Wirtschaftswunder

Griechische Zahlen sind unzuverlässig und fördern Wunschdenken der EU – Von Wachstum keine Spur

Unerwartet meldet Griechenland für das erste Quartal 2011 ein Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent. An der Aussagekraft der Zahlen der griechischen Statistikbehörde ELSTAT sind allerdings Zweifel angebracht. Obwohl das Amt selbst zur Vorsicht bei der Bewertung der Daten auffordert, feiern Medien und Politiker die Nachricht als Vorboten einer wirtschaftlichen Wende.



Notorisch unzuverlässig: Die griechischen Angaben zur Wirtschaftslage geben nicht die Realität wieder. Bild: mauritius

Fast euphorisch kann man die Reaktion von EU-Währungskommissar Olli Rehn auf die Meldung eines Wirtschaftswachstums in Griechenland im ersten Quartal 2011 nennen. „Was die Wirtschaftsentwicklung in Griechenland anbelangt, ist es ermutigend“, kommentierte er die Nachricht. Die EU-Kommission sieht die vorgelegten Zahlen als Teil einer Entwicklung, bei der sich die Kluft zwischen Deutschland und anderen exportorientierten Ländern auf der einen Seite und den hoch verschuldeten Krisenstaaten der Währungsunion auf der anderen Seite langsam schließt.

Im Gegensatz zu derartigem Wunschdenken beim Führungspersonal der Europäischen Union muss man der griechischen Statistik-Behörde sogar anrechnen, dass sie sich neuerdings um Ehrlichkeit bemüht. So teilt ELSTAT in einer Pressemitteilung ausdrücklich mit, dass die veröffentlichten Daten zunächst mit Vorsicht beurteilt werden müssen. In den letzten Jahren stand der Begriff „greek statistics“ als Synonym für notorisch unzuverlässige Statistiken und „kreative Buchhaltung“. Teil des von der Europäischen Union und dem Internationalen Währungsfonds verordneten Reformprogramms ist die Verbesserung der Arbeit der griechischen Statistikbehörden, in deren Folge auch statistische Verfahren geändert werden. So sind denn auch die neuerdings veröffentlichten Daten im Gegensatz zu früheren Datensätzen saisonbereinigt. Dieses Verfahren wird rückwirkend bis auf den Zeitraum 2009 bis 2010 angewendet. Eine realistische Beurteilung der Daten wird erst möglich, wenn längere Zeitreihen mit neuerstellten saisonbereinigten Daten bereitstehen, so die, von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommene, Pressemitteilung der Statistikbehörde ELSTAT.

Die neue Offenheit der Statistiker in Athen hat allerdings auch ihre Grenzen. Nicht mitgeteilt wurde zum Beispiel, dass die Daten für die Wirtschaftsentwicklung des vierten Quartals 2010 nachträglich nach unten revidiert wurden. Statt der ursprünglich gemeldeten -1,4 Prozent wurde der Wert auf -2,8 Prozent geändert. Diese niedrige Ausgangsbasis im letzten Quartal 2010 ist dann auch, neben geringen Exporterfolgen, der Hauptgrund für das unerwartete „Wirtschaftswachstum“ Griechenlands im ersten Quartal 2011. Mit der Praxis der nachträglichen Revision von Daten befindet sich ELSTAT allerdings in guter Gesellschaft. Vor allem im angelsächsischen Raum ist diese Methode inzwischen häufiger anzutreffen. Öffentlichkeitswirksam werden zunächst eindrucksvolle Daten präsentiert, die später, wenig beachtet, revidiert werden. Im griechischen Fall hätte die Schlagzeile demzufolge eigentlich lauten müssen: „Wirtschaft im vierten Quartal 2010 noch stärker eingebrochen als bisher gemeldet“ – statt der in einigen Medien gemeldeten Nachricht „Wirtschaftsaufschwung erreicht Griechenland“.

Bis belastbare Datenreihen für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung nach dem neuen saisonbereinigten Verfahren vorliegen, lohnt ein Blick auf andere veröffentlichte Werte. die einen ungefähren Einblick geben, was sich derzeit in der griechischen Wirtschaft abspielt. So sind zum Beispiel die erteilten Baugenehmigungen im Januar im Vergleich zum Vormonat um 62 Prozent gesunken. Der Neuwagenverkauf hat sich im ersten Quartal im Vergleich zum Vorjahr halbiert.

> Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich nochmals verschlechtert

Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich nochmals verschlechtert. So erreichte die gemeldete Arbeitslosigkeit im Februar 2011 die Marke von 15,9 Prozent. (15,1 Prozent im Januar 2011). In diesen Daten sind Langzeitarbeitslose und Selbständige ohne Einkommen nicht einmal berücksichtigt. Nahezu dramatisch sind die gemeldeten Zahlen im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit, diese beträgt in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen 40 Prozent.

Ebenso deprimierend sind auch die Neuigkeiten des Athener Finanzministeriums. Die Bruttoschulden des griechischen Staates haben im ersten Quartal 2011 die Höhe von 354 Milliarden Euro erreicht. Im Vergleich zum Vorquartal sind die Schulden damit um über 14 Milliarden Euro gestiegen, innerhalb eines Jahres betrug der Zuwachs der Bruttoschulden sogar über 44 Milliarden Euro (+14,23 Prozent). Angesichts des binnen Jahresfrist um 4,9 Prozent gesunkenen Bruttoinlandsprodukts kann die bisherige Sanierungspolitik von Europäischer Union, Internationalem Währungsfonds und griechischer Regierung als gescheitert betrachtet werden.

Norman Hanert

KURZ NOTIERT

Überholt Deutschland die Japaner? Im Jahre 2000 brachte die japanische Wirtschaft ein mehr als doppelt so hohes Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf die Waage wie die deutsche. Derzeit erreicht Japan jedoch nicht einmal mehr das Anderthalbfache des deutschen BIP. Hält die Entwicklung an, wird Deutschland den asiatischen Konkurrenten bis Ende des Jahrzehnts überholt haben. 1968 hatte Japan die Bundesrepublik als zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt abgelöst. Bis 2020 wird jedoch nach China wohl auch Indien an Japanern wie Deutschen vorbeigezogen sein, weshalb die Bundesrepublik ihren derzeitigen vierten Platz lediglich halten dürfte, wenn sie Japan wieder übertrumpft. *H.H.*

Platzende Melonen auf Chinas Feldern: Einem Bericht des staatlichen chinesischen Fernsehsenders CCTV zufolge sind in der östlichen Provinz Jiangsu hektarweise Felder mit geplatzten Wassermelonen übersät. Ursache soll der Einsatz des Wachstumsbeschleunigers Forchlorfenuron sein, den die Bauern unsachgemäß während der Regenzeit und zu spät in der Saison versprüht hätten. Allein in der Stadt Danyang wird mit dem Ausfall der Ernte auf einer Fläche von etwa 45 Hektar gerechnet. *N.H.*

Panzerbauer verliert ein Viertel des Umsatzes: Der Panzerhersteller Krauss-Maffei Wegmann hatte im Jahr 2010 den größten Umsatzrückgang in seiner Firmengeschichte hinzunehmen. Aufgrund eines schwierigen Marktumfeldes gingen die Einnahmen von 1,22 Milliarden Euro auf rund 900 Millionen Euro zurück. Mitverantwortlich für die Schrumpfung war das Auslaufen eines Großauftrags aus Griechenland für Leopard-Panzer. Der Leopard 2 gehört zu den wichtigsten Produkten von Krauss-Maffei Wegmann und ist bereits 3000-mal hergestellt worden. Durch Kooperationen und die Erschließung neuer Märkte in Indien, Brasilien und der Türkei will das Unternehmen zukünftig das Umsatz- und Wachstumsniveau stabilisieren. *N.H.*

DSK wird zum medialen Hit

Berichterstattung über den ehemaligen IWF-Chef unverhältnismäßig

Seit wann ist die Welt nicht mehr, wie sie vorher war? Nach dem Getöse in der Medienwelt zu urteilen, nicht seit der Tötung des Topterroristen Osama bin Laden, sondern allem Anschein nach seit der Vorführung des Weltökonomen Dominique Strauss-Kahn (DSK) in Handschellen in New York. Gewiss, sein Tun war, mit vom Staatsanwalt gelieferten prickelnden Details, ein Verstoß gegen die Moral, brutal und ekelerregend. Gar nicht im Stil eines französischen Charmeurs.

Wenn es stimmt, denn Beweise für einen sexuellen Akt sind da, aber nicht für die Anwendung von Gewalt. Französische Freunde versuchten, es als Kavaliersdelikt zu verharmlosen. Die rigorose amerikanische Moral und der Wertewandel in Europa lassen das nicht zu. Aber das mediale Echo war unverhältnismäßig. Über eine Woche lang bestand der Seitenumfang der französischen Zeitungen fast bis zur Hälfte aus Texten und Fotos zu DSK. Weltweit war es „das“ Thema. Angesichts der Erwartungen, die DSK verkörperte, wurde sein Fall zum Unikum gemacht. Für die Genossen in der Sozialistischen Partei (PS) Frankreichs war es ein Blitz aus heiterem Himmel. Die Karten für die Präsidentschaftswahlen im Mai 2012 sind jetzt neu gemischt. Die Linken machten den Fehler, alles auf DSK zu setzen. Sein Prozess wird als medialer Hit im kommenden Oktober auf die sozialistischen Vorwahlen und wohl noch im Frühjahr 2012 auf den linken Wahlkampf einen Schatten werfen. Sarkozy hat daher eine geringe Chance erhalten, wiedergewählt zu werden.

> Sarkozys Wahlchancen sind gestiegen

Angesichts der bekannten Sexsucht des Missetäters geht man davon aus, dass er sich die Sache selbst eingebrockt hat. Aber die mediale Resonanzkiste löste wie gerufen einen Tsunami von Berichten über den französischen Frevler, den „uggly Frenchman“ aus. Ob das Spektakel „DSK am Pranger“ bewusst inszeniert wurde, um frustrierte Reporter und ihr Klientel aus Voyeuren zufriedenzustellen, lässt sich nicht beurteilen. In Frankreich waren seriöse linke Zeitungen wie „Libération“ und „Le Monde“ bemüht, sachlich zu bleiben. Bloß keine Komplotttheorien! Aber 57 Prozent der Franzosen dachten laut Umfragen, ihr Landsmann sei in eine Falle hineingetappt. Es half, Schock und Enttäuschung zu verkraften.

Möglicherweise ist der Tathergang wie dargestellt abgelaufen. Aber Zweifel bestehen weiter. Selbst aus amerikanischer Sicht ist manches sehr dick aufgetragen und einiges kurios gestrickt. „Le Monde“ publizierte die Karikatur eines stolzen Onkel Sam, der einen dicken Fisch mit Strauss-Kahns Gesicht am Angelhaken hält. So etwas zu angeln muss gelernt sein. Washington schwieg, aber wünscht sicher, dass der Amerikafreund Sarkozy bis 2017 im Amt bleibt. Im Juni sollte DSK bei seiner Partei seine Bewerbung um das höchste Amt in Frankreich einreichen. Viele Linke betrachteten seinen Lebenswandel als unsozial und schädlich. Warum denn Sarkozy Luxus kritisieren, wenn DSK es noch schlimmer trieb? DSKs Ehefrau, die steinreiche Erbin und ehemalige Starjournalistin Anne Sinclair, benahm sich in Paris bereits wie eine zukünftige First Lady. Das passte vielen nicht.

Jean-Paul Picaper

Chemische Keulen gefragt

EU behindert Anwendung traditioneller Naturheilmittel

THMPD (Traditional Herbal Medical Product Directive) heißt die Formel, mit deren Hilfe seit dem 1. Mai 2011 die europäische Pharmalobby in Brüssel über die traditionellen Heiler und ihre Pflanzenmedizin einen Sieg errungen hat. Er wird viele bestehende und manchmal Jahrtausende alte Rezepturen zugunsten der oft mit Nebenwirkungen versehenen chemischen Keulen vom Markt fegen. Denn Heilpflanzen unterliegen in Zukunft denselben Bestimmungen wie chemisch hergestellte Arzneimittel. Der Verbraucher wurde darüber so gut wie nicht aufgeklärt.

Wegen der Anwendung einiger Bestimmungen seit Ende Oktober 2005 sind ohnehin bereits viele preiswerte und wirksame Naturheilmittel aus den Regalen der Apotheken verschwunden, sogenannte Kräuterläden kommen ebenfalls in Gefahr. Knoblauchkapseln und Thymianaufgüsse zum Beispiel fallen unter die neuen rigiden Regeln. In Kanada, wo sich die Pharmalobby schon früher durchsetzte, ist gar der private Anbau von Heilkräutern per Gesetz verboten.

Die neuen Regeln in Europa betreffen auch die Anwendung chinesischer Medizin mit ihren 17 000 Natursubstanzen, das indische Ayurveda, afrikanische Rezepturen und indianische Heilmethoden aus Südamerika (Amazonasbecken), die in Europa bereits angewendet werden. Das komplizierte und teure Zulassungsverfahren überfordert die finanziellen Spielräume der meist kleinen und mittleren Hersteller solcher Rezepturen. Zwischen 105 000 und 180 000 Euro je Pflanze sind dafür aufzuwenden. Ein Medikament aus einem Pflanzenmix wird dann entsprechend teurer, wobei Experten davon ausgehen, dass etwa 90 Prozent der therapeutischen Zubereitungen vor der Europäischen Behörde EFSA ohnehin keine Gnade finden.

> EU-Verordnung ist ein Sieg der Pharmalobby

Wissenschaftler aus 27 Ländern sind mit den entsprechenden Verfahren und Prüfungen beschäftigt. Sie brauchen oft Jahre bis zu einem Bescheid. Im Fall der krampflösenden Wirkung von Fenchel etwa dauerte das Verfahren zwei Jahre, beim roten Weinrebblatt drei Jahre. Eine Lockerung der Bestimmungen gibt es für Naturheilmittel, die bisher mindestens 30 Jahre, davon 15 Jahre in der EU, verwendet worden sind, also in einer Zeit, als sich breite Bevölkerungskreise noch kaum traditionellen Heilmethoden zugewendet hatten und sich die Schulmedizin ohnehin dagegen sperrte. Erst einige Medikamentenskandale und das Auftreten schwerwiegender Nebenwirkungen schärften das Bewusstsein der Patienten und öffneten einen größeren Markt. Immerhin werden, so der französische Pflanzenkundler Thierry Thévenan, weltweit etwa 20 000 Pflanzen und Wirkstoffe aus der Natur verwendet, in Mitteleuropa sind es dagegen nur 1700.

Mit der ANH, der Allianz für Natürliche Gesundheit, hat sich inzwischen eine Organisation gebildet, die mit einer europaweiten Unterschriftenaktion auf rechtlichem Weg gegen die Brüsseler Kommission vorgehen und die Richtlinie kippen will. In nur 14 Tagen sammelte sie in Frankreich 100 000 Unterschriften.

Joachim Feyerabend

Merkels Perfidie

Von Hans Heckel

Da kann man der versammelten Opposition nur zustimmen: Angela Merkels Mäkelei an den Urlaubszeiten und Renteneintrittsaltern der Südeuropäer waren innenpolitisch populistisch und außenpolitisch schädlich. Die Absicht der CDU-Chefin war leicht durchschaubar: Während es ihre Politik (und die aller anderen Bundestagsparteien) ist, das Geld der Deutschen in gescheiterten Rettungsschirmen zu versenken, wollte sie sich daheim als die energische Sachwalterin deutscher Interessen inszenieren.

Das ist perfide. Bei der Gelegenheit überführte sich die Kanzlerin indes auch als eine jener EU-Technokraten, die immer noch glauben, dass man nur ein paar Rahmenbedingungen vereinheitlichen muss, und schon passen Portugiesen und Deutsche zusammen wie Westfalen und Niedersachsen.

Genau darin lag von Anfang an der grundlegende Irrtum des gesamten Projekts Euro. Man mag die Währungsgrenzen einreißen, die unterschiedlichen Völker und ihre Wirtschaftskulturen aber bleiben – nur eben ohne den Schutz einer eigenen Währung, mit welcher man globale Wettbewerbsnachteile per Abwertung abpuffern könnte.

Chancenlos

Von Wilhelm v. Gottberg

Erneutes Desaster für die CDU in Bremen. Nur noch ein Fünftel aller Wähler (20,1Prozent) machten ihr Kreuz bei der Kanzlerpartei. Der Verlust der Schwarzen in Höhe von 5,5 Prozent signalisiert zweierlei. Erstens: Die CDU-Opposition in der Bremer Bürgerschaft konnte politisch keine Akzente setzen. Zweitens: Offensichtlich gibt es in Bundesland Bremen im bürgerlichen Spektrum keine charismatische Führungspersönlichkeit, die das in Bremen vorhandene Wählerpotenzial rechts von der Mitte einigen und überzeugen kann. Aus der geringen Wahlbeteiligung von nur noch 56,5 Prozent kann geschlussfolgert werden, dass aus dem bürgerlichen Lager besonders häufig Wahlverweigerung praktiziert wird. Das Wahlergebnis für die Parteien von der Mitte bis Linksaußen belegt die vorstehende Aussage. SPD, Grüne und Linke konnten zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Aus dem Wahlergebnis in Bremen schussfolgern die Granden der CDU, dass die Partei ihre Großstadtkompetenz verbessern müsse und man als CDU vermehrt dem Lebensgefühl der Menschen in den Städten Rechnung tragen müsse. Das sind Worthülsen.

Was ist zu raten? Nach der Wahl ist vor der Wahl. Die CDU in Bremen braucht eine charismatische Führungspersönlichkeit. Diese muss das rechte Lager einigen und durch kluge Themensetzung sowie eine umfassende politische Bildungsarbeit für junge Menschen eine Aufbruchstimmung entfachen. Daraus ergibt sich Begeisterung und Sinnstiftung. Beides ist für Wahlsiege Voraussetzung.

Kalter Empfang

Von Christian Rudolf

Als einer der wenigen deutschen Politiker, die Interesse am Leben unserer heimatverbliebenen Landsleute jenseits der bundesrepublikanischen Grenzen zeigen, reiste die menschenrechtspolitische Sprecherin der Unions-Bundestagsfraktion Erika Steinbach zu Gesprächen mit der deutschen Minderheit nach Danzig und Westpreußen. Ihr zweitägiger Besuch zu Wochenbeginn ereignete sich am Vorabend der Jubiläums-Feierlichkeiten zum deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag, dessen Abschluss sich im Juni zum 20. Mal jährt.

Doch wie unfreundlich und gutnachbarlicher Beziehungen nicht würdig fiel ihr Empfang aus. Dass die nationalkonservative Opposition und deren Presse Stimmung machen würde – geschenkt. Die Senatorin der Kaczynski-Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), Dorota Arciszewska-Mielewczyk, bezeichnete die Bundestagsabgeordnete gar als „unerwünschte Person". Zweifellos ein verbaler Schlag ins Gesicht für die gebürtige Westpreußin Steinbach. Übrigens wurde der väterliche Teil ihrer Familie 1946 in Viehwaggons gesteckt und aus Glatz und Neurode vertrieben.

> Deutsche Minderheit in Polen ohne muttersprachliche Schulen

Schwerwiegender war die unchristliche Weigerung der Kirche, Steinbach an die Gedenktafel für den Untergang der „Gustloff" zu lassen. Nur auf gutes Zureden des deutschen Generalkonsuls war der Redemptoristenorden am Ende bereit, Steinbach „als Privatperson" Einlass in seine Gdingener Kirche zu gewähren.

Und über das Verhalten der Bürgermeisterin von Steinbachs Geburtsort Rahmel schüttelt man am besten nur den Kopf. Gemeinsam mit dem Gast aus Deutschland einen Stadtspaziergang zu unternehmen und zum Hinrichtungsort polnischer NS-Opfer zu fahren, hatte diese brüsk abgelehnt – Steinbach gehe es „nur um Publicity". Nur – wer die BdV-Vorsitzende kennt weiß, dass es in der deutschen Politik so integre, aufrichtige Persönlichkeiten wie sie wenige gibt. Berechnung ist ihr fremd.

Steinbachs Arbeitsbesuch galt der deutschen Volksgruppe. Unsere Landsleute in der Republik Polen sind mit dem Nachbarschaftsvertrag als nationale Minderheit anerkannt. Doch die Lebenswirklichkeit ist weit entfernt von europäischer Normalität. Immer wieder fordern nationalistische Politiker der deutschen Minderheit ihre Rechte abzuerkennen.

Die polnische Bildungsverordnung von 2007 garantiert muttersprachlichen Schulunterricht. Aber um ein deutschsprachiges Schulwesen jenseits von Oder und Neiße ist es in der Praxis schlecht bestellt: ein solches existiert nicht, deutschen Kindern in polnischen Schulen droht die völlige Polonisierung. Dass Steinbachs Gesprächspartner ihren Besuch bewusst tief hängten, spricht Bände.

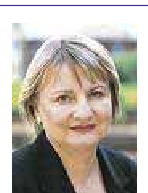


In Polen allenfalls als „Privatperson" willkommen: Die Bundestagsabgeordnete und BdV-Präsidentin Erika Steinbach

Bild: pa

Wer hat Angst vor Roland Jahn?

Von Vera Lengsfeld



Wer sich den Medienrummel um den neuen Chef der Stasiunterlagenbehörde Roland Jahn näher anschaut, fragt sich, warum die Aufregung?

Nach seiner Wahl hatte Jahn in seiner Dankesrede angekündigt, einen jahrzehntelangen Missstand zu beseitigen, gegen den die Verfolgten des SED-Regimes bisher vergeblich Sturm gelaufen sind: die Beschäftigung von ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeitern der Staatsicherheit der DDR in der Behörde, die sich mit der Aufarbeitung der Verbrechen eben jener Stasi beschäftigt.

Eingestellt wurden die Geheimdienstkader kurz nach Gründung der Bundeszentrale. Die Argumentation war, ohne ihre Hilfe könne man die Aktenbestände nicht erschließen. Nachdem sie ihre Aktenöffner-Funktion erfüllt hatten, wurden sie keineswegs entlassen oder umgesetzt, sondern verbeamtet. Zur Beruhigung der Öffentlichkeit wurde immer wieder betont, die ehemaligen Stasi-Leute seien hauptsächlich im Wachschutz beschäftigt. Das stimmte nicht. Einige hatten Zugang zu ungesichtetem Aktenmaterial, andere saßen sogar im Empfang. Ehemalige politisch Verfolgte waren gezwungen, sich an frühere Stasi-Mitarbeiter zu wenden, um ihr Anliegen in der Behörde vortragen zu können. Selbst der Personalrat der Behörde war von Stasileuten durchsetzt. Der Skandal war so groß, dass Kulturstaatsminister Bernd Neumann eine Studie anfertigen ließ, um endlich Klarheit in die Angelegenheit zu bringen. Die Personalvertretung brach auseinander, es wurden ein paar Umsetzungen vorgenommen, alle weiteren Schritte lehnte die damalige Chefin Marianne Birthler ab.

Man sollte meinen, dass Roland Jahn jetzt jede Unterstützung bekommen müsste, wenn er diese unhaltbaren, für die Verfolgten der Stasi verletzenden Zustände beenden will. Den Beamten wird nichts Schlimmeres zugemutet, als bei gleichen Bezügen an einer weniger sensiblen Stelle zu arbeiten. Stattdessen wirft der SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz Jahn „Menschenjagd" vor, „mit Schaum vor dem Mund". Kaum hatte sich Wiefelspütz entschuldigt, legte Professor Richard Schröder, der für die SPD den Vorsitz des Beirats der Behörde innehat, mit einem Brief nach, der letzte Woche im „Spiegel" auszugsweise veröffentlicht wurde. Jahn schade mit seinem Vorhaben der Aufklärung. Den Nachweis bleibt der Professor allerdings schuldig.

> SPD will, dass Behörde »in der Mitte« zwischen Tätern und Opfern steht

Dafür formuliert er überraschende neue Vorgaben für die Behörde. Die „Perspektive der Opfer" dürfe „nicht das letzte Wort" haben. Die Aufarbeitung müsse in der „Mitte zwischen Tätern und Opfern" erfolgen. Das widerspricht dem politischen Auftrag der Behörde, der vorsieht, dass der Unterdrückungsapparat der Staatssicherheit aus dem Blickwinkel der Verfolgten zu betrachten sei. Schröders Forderung ist eine Begünstigung der Täter.

Trotz der Öffnung der Stasiakten vor fast 20 Jahren und der damit verbundenen Offenlegung der kriminellen Dimension der Maßnahme- und Zersetzungspläne, mit deren Hilfe die Stasi Oppositionelle, Andersdenkende oder Unbequeme mundtot gemacht hat und an deren Folgen viele Betroffene heute noch leiden, fokussierte sich die öffentliche Diskussion nicht auf die Machenschaften der Stasi-Offiziere, sondern auf die Inoffiziellen Mitarbeiter. Dass es IM in der Familie, im engsten Freundeskreis, in jedem Betrieb, in jeder Institution, sogar in den Schulen gab, war eine schockierende Entdeckung. Auch die schiere Anzahl – 174 000 – überraschte. Aber letztlich hat die intensive Beschäftigung mit den IM den Blick darauf verstellt, dass die Stasi weit mehr war als ihre Spione. Sie war ein höchst aktives Unterdrückungsinstrument, eben „Schild und Schwert" der Partei.

Die 91 000 Stasioffiziere haben, ausgehend von „Ideenkonferenzen", in denen psychologisch geschulte Kader die Schwachstellen der zu „zersetzenden" Personen analysierten, die systematische Zerstörung von Persönlichkeiten, Familien, Berufskarrieren und Freundeskreisen geplant und durchgeführt. Die Ignoranz dieser verbrecherischen Dimension geht so weit, dass heute das „Neue Deutschland", das ehemalige „Zentralorgan der SED", dem frisch gewählten Bundesbeauftragten in einem Interview vorhalten kann, die Stasikader hätten geglaubt, einer guten und gerechten Sache zu dienen, ohne dass sich hörbarer Widerspruch erhebt. Man stelle sich vor, ein Journalist hätte in Bezug auf die Gestapo im „Dritten Reich" eine ähnliche Bemerkung gemacht! Er wäre binnen Stunden seinen Job los geworden. Da jedem einleuchten müsste, dass Stasioffiziere in einer Stasiunterlagenbehörde etwa so nützlich sind wie Füchse in der Hühnerfarm, muss der inszenierte Skandal um die Umsetzung der Altkader tiefere Ursachen haben. Tatsächlich bergen die Stasiakten noch jede Menge brisantes Material. In der Zeit der Bundesbeauftragten Birthler kamen die so genannten Rosenholz-Akten aus den USA zurück, umfangreiches Material, das im Dezember 1989 aus der Stasi-Hauptzentrale in der Berliner Normannenstraße verschwand und bei der CIA wieder auftauchte. Es diente den USA zur Enttarnung von Spionen. Bürgerrechtler der ehemaligen DDR hatten sich in einem Brief an den damaligen US-Präsidenten Bill Clinton dafür eingesetzt, dass diese Akten zurückgeführt werden. Mit ihrer Hilfe könnte endlich Licht in das Dunkel des Kapitels „Stasi im Westen" gebracht werden.

> Seine Gegner fürchten vor allem neue unliebsame Entdeckungen

Bisher ist nur bruchstückhaft bekannt, wie stark die Stasi Einfluss auf die Entwicklung in der BRD nahm. Als die CDU einen Misstrauensantrag gegen Kanzler Willy Brandt stellte, sorgte die Stasi per Kauf zweier CDU-MdB dafür, dass der Antrag scheiterte. Nur ein Kollaborateur ist bisher namentlich bekannt, der zweite noch nicht.

Bekannt wurde, dass RAF-Terroristen in der DDR Unterschlupf und eine zweite Identität geboten wurde. Die Tat der Terroristin Susanne Albrecht, die den Mördern von Jürgen Ponto den Zutritt zum Haus ermöglichte, wird, wie die Tochter von Ponto, Corinna, herausfand, in einer Stasi-Akte als „Einsatz" bezeichnet.

Der Mörder des Studenten Benno Ohnesorg, dessen Tod die Studentenunruhen 1968 auslöste, war IM. Auch wenn in den Akten bisher keine Tötungsanweisung aufgetaucht ist, ist der bloße Fakt, dass ein Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit der DDR an entscheidender Stelle die Geschichte der Bundesrepublik mitbestimmt hat, brisant genug, um das Kapitel „Stasi im Westen" endlich aufzuklären.

Wie die Rosenholz-Akten lagen die Kurras-Akten jahrelang unbeachtet in den Tiefen der Archive der Stasiunterlagen-Behörde. Marianne Birthler hatte keinerlei Interesse an ihrer Aufklärung gezeigt. Im Gegenteil, als eine Mitarbeiterin 2009 die 17 Bände einer „Geheimablage" Kurras entdeckte und ein anderer Mitarbeiter die Entdeckung veröffentlichte, bekam er ein Arbeitsrechts-Verfahren, obwohl er die Publikation seinem Vorgesetzten vorschriftsmäßig angezeigt hatte.

Mit Roland Jahn ist neuer Aufklärungswille eingezogen. Man darf erwarten, dass bisher liegengebliebene Themen endlich angepackt werden. Das gefällt vor allem jenen nicht, die Angst vor unliebsamen Entdeckungen haben müssen. Daher die scharfen Attacken, die gegen Jahn geführt werden.

Die Anmut der Frauen gemalt

Den Namen des Malers Franz Xaver Winterhalter kennt man kaum, dafür aber seine Bildnisse

Mit Musik, Liedern und Arien von Mendelssohn-Bartholdy, Brahms und Meyerbeer sowie mit Texten von Goethe, Heine und Kaiser Wilhelm I. feiert die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) in einer Veranstaltung der Höfischen Festspiele Potsdam e. V. den 200. Geburtstag von Kaiserin Augusta im Park vor dem Schloss Babelsberg.

Marie Luise Augusta Katharina wurde am 30. September 1811 in Weimar als zweite Tochter des Herzogs Karl Friedrich von Sachsen-Weimar und der Großfürstin Maria Pawlowna, einer Schwester des russischen Zaren Alexanders I.,

In Adelskreisen war er ein gefragter Porträtmaler

geboren. Am 11. Juni 1829 heiratete sie den 14 Jahre älteren Wilhelm Prinz von Preußen. 1831 gebar sie ihm den Sohn Friedrich Wilhelm und sieben Jahre später die Tochter Luise. In dem nach Plänen von Karl Friedrich Schinkel errichteten Schloss Babelsberg verbrachte Augusta als preußische Königin, ab 1871 Kaiserin, viele Sommermonate. Die überzeugte Pazifistin, von Kanzler Bismarck aus der Politik verdrängt, wirkte karitativ, gründete Pflege- und Krankenheime und unterhielt als kunstsinnige Monarchin enge Kontakte zur Berliner Musikwelt. Wegen ihrer Leidenschaft für den von Lenné gestalteten Park nannte sie der Volksmund auch die „Königin von Babylon“.

Augusta war eine schöne Frau mit dunklen Locken. Zu dem Schluss kommt man beim Betrachten eines Porträts, das der damals berühmte Maler Franz Xaver Winterhalter schuf. Winterhalter hatte 1859 den Auftrag erhalten, König Wilhelm und seine Gemahlin zu porträtieren. Das Bild gefiel bei Hofe so gut, dass der Künstler dafür den Roten Adlerorden 3. Klasse erhielt. Zwei Jahre später wurde er in Berlin engagiert das Kronprinzenpaar zu malen. Die Princess Royal Vicky, Tochter der englischen Königin Victoria, hatte den preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm geheiratet. Eine Ehe, die von Augusta arrangiert worden war, nicht zuletzt um Preußens Beziehungen zu dem liberalen England zu stabilisieren.

Winterhalter, der Maler aus dem kleinen Dorf Menzenschwand im südlichen Schwarzwald, hatte zu der Zeit bereits eine beachtliche Karriere hinter sich. Der 1805 geborene Sohn eines einfachen Harzers (Harzgewinnung an lebenden Bäumen) und Küblers (Küfers) machte zunächst eine Ausbildung als Kupferstecher und Lithograf. Bereits während dieser Zeit fertigte er Porträts seiner Menzenschwander Landsleute an. Seinen ersten Auftrag aus Adelskreisen erhielt er 1831: ein Bildnis der Großherzogin Sophie Guillemette, das sich heute in einem Museum in Cleveland befindet. Überhaupt sind Winterhalters Gemälde in vielen bedeutenden Sammlungen zu finden, so in Schloss Windsor, im Buckingham Palast, im Nationalmuseum Warschau, im Musée d'Orsay, Paris, im Getty Museum, in Versailles und in Compiègne. Allein diese Namen machen deutlich, dass Winterhalter, der Bub aus dem Schwarzwald, es in höchste Kreise geschafft hatte. Er malte Königin Victoria und Prinz Albert, König Louis Philippe, Kaiser Napoleon III. und Kaiserin Eugénie. Sein Bildnis der Königin der Herzen im 19. Jahrhundert, Kaiserin Sisi mit Diamantsternen im Haar, ist sein heute bekanntestes Werk. Den Schöpfer aber hat man vergessen. Um sein Andenken zu wahren und seine Werke in die Erinnerung der Kunstfreunde zurückzurufen, hat Ingeborg Eismann im Imhof Verlag eine Monographie herausgegeben. Neben einem Lebensbild des Künstlers aus dem Schwarzwald findet der Leser Wissenswertes über seine Arbeit bei Hofe, seine Aufenthalte in Frankreich und England sowie sein Geschick, die Schönsten der Schönen auf die Leinwand zu bannen. Sie waren berühmt für ihre Schönheit und Anmut, manche aber auch für Skandälchen, in die sie verwickelt waren. So entstand ein buntes Bild des Lebens im 19. Jahrhundert. Winterhalter, der mit seinen 1,54 Meter Körpermaß nicht sehr viel größer war als sein preußischer Kollege Adolph von Menzel, gelang es mit sicherer Hand, die besondere Anmut der Frauen darzustellen, und manche, so auch Queen Victoria, war begeistert, als sie ihr Bildnis sah, so dass er sogar zu den Festen der höfischen Gesellschaft eingeladen wurde. Heute erinnert ein kleines Museum in Menzenschwand unweit seines Geburtshauses an den Fürstenmaler aus dem Schwarzwald. *Silke Osman*


Franz Xaver Winterhalter: Königin Augusta von Preußen (Öl, 1859) Bild: Archiv

Der musikalisch-literarische Spaziergang durch Park Babelsberg auf den Spuren der Kaiserin Augusta findet am Donnerstag, 2. Juni (Himmelfahrt) sowie an den Sonntagen 17. Juli, 21. August und 9. Oktober, jeweils 14 Uhr, statt. Gespielt werden Kompositionen von Johann Nepomuk Hummel, Felix Mendelssohn-Bartholdy, Johannes Brahms und Giacomo Meyerbeer sowie von Kaiserin Augusta.

***Ingeborg Eisenmann: „Franz Xaver Winterhalter – Der Fürstenmaler Europas“**, Michael Imhof Verlag, Petersberg, 80 Seiten, 54 Farbabbildungen, gebunden, 29,95 Euro*

IN KÜRZE

Nationalpreis für Gottfried Kiesow

Ohne ihn wäre der Denkmalschutz in den Köpfen der Deutschen nicht so fest verankert wie heute. Nun wird der oberste Denkmalschützer Gottfried Kiesow mit dem deutschen Nationalpreis 2011 ausgezeichnet. Der Preis, der am 27. Juni in der alten Aula der Universität Heidelberg überreicht wird, wurde von der Deutschen Nationalstiftung ins Leben gerufen. Kiesow, der 1985 die Deutsche Stiftung Denkmalschutz gründete, erhält ihn für sein Lebenswerk. „Sein Engagement hat der kulturellen Identität der Deutschen in Ost und West als Nation und Bestandteil eines vereinten Europas sichtbaren Ausdruck gegeben“, erklärte Dirk Reimers, Geschäftsführer der Nationalstiftung. „Mit seiner Begeisterung hat er die Herzen der Menschen erreicht und die Liebe zu unserem kulturellen Erbe geweckt.“ Kiesow, der 1931 in Alt Gennin, Kreis Landsberg an der Warthe geboren wurde und in Liebwalde, Kreis Mohrungen aufwuchs, liegt nicht zuletzt auch die Bausubstanz in Ostpreußen am Herzen. „Je weiter wir nach Osten sehen, desto problematischer wird die Situation“, sagte er einmal in einem Interview mit der *PAZ*. Er sehe aber mit Zuversicht in die Zukunft, da die Kollegen im Osten viel Einsatz zeigten. So will er einen Teil des Preisgeldes in Höhe von 50000 Euro in das deutsch-polnische Projekt zur Rettung des Schlosses Steinort stecken. *os*


Gottfried Kiesow Bild: Archiv

»Das muss ein Stück vom Himmel sein«

Vor 50 Jahren starb der Komponist Werner Richard Heymann – Er schrieb Melodien, die man nicht vergisst

Unterschiedlicher können Brüder wohl kaum sein, zumindest in ihrem künstlerischen Schaffen. Der eine, Walther, geboren 1892 in Königsberg, gefallen im Ersten Weltkrieg 1915 vor Soisson, ein einfühlsamer Dichter von hohen Graden, der andere, Werner Richard, geboren 1896 ebenfalls in Königsberg, ein geschätzter Komponist von Film- und Unterhaltungsmusik. Die Heymanns entstammten einer großbürgerlichen, wohlhabenden Kaufmannsfamilie; vielleicht war ihnen die Neigung zur Muse bereits in die Wiege gelegt worden, schließlich war der Vater Richard selbst dichterisch begabt, und auch Mutter Pauline galt als eine „außergewöhnlich geistreiche Frau, die Lust am Fabulieren hatte“.

Eine Pauke zum dritten Geburtstag

„Als ich drei Jahre alt wurde, bekam ich zum Geburtstag eine Pauke geschenkt“, erinnerte sich Werner Richard Heymann. „Meine Mutter spielte auf dem Klavier rhythmische Stücke, Militärmärsche oder Tanzmusik, und ich schlug den Takt. Ich war dabei so exakt, dass man das als Beweis meiner Musikalität ansah. Außerdem zog mich das Klavier mehr und mehr an. Ich spielte mit einem Finger alle Melodien nach, die ich gehört hatte.“ Und weiter: „Als ich sechs Jahre alt war, änderten sich in meinem Leben zwei Dinge, die von außerordentlicher Bedeutung werden sollten: Ich bekam eine Mademoiselle und erhielt die ersten Musikstunden.“ Diese allerdings auf der Geige, was den jungen Musikus schließlich nicht daran hinderte, das Klavier zu seinem eigentlichen Instrument zu machen.

„Vor meinem geistigen Auge sehe ich mich weder fleißig sein noch mit irgendetwas Mühe haben. Mir ist so, als ob ich immer nur gelesen hätte oder am Klavier saß, phantasierte und sehr bald auch komponierte.“

Nachdem Werner Richard sich das Klavierspiel selbst beigebracht hatte, ließen ihn die Eltern in der Violine unterweisen. Bereits mit zwölf Jahren wurde er daraufhin in das Philharmonische Orchester aufgenommen und erhielt Unterricht bei Paul Scheinpflug, der auch Verse des Bruders Walther vertonte.

Zunächst war es sogenannte E-Musik, also ernste Musik, die Werner Richard Heymann, der Königsberger aus musikalischem Elternhaus, komponierte. Bruder Walther, der sich als Dichter einen Namen machte, war begeistert von der Vertonung eines Gedichtes von Richard Dehmel: „Mir geht das Lied vom ersten Mai durch und durch.“

Nach dem Tod des Vaters zog er mit der Mutter nach Berlin. Dort begann die eigentliche Karriere Werner Richards beim Kabarett. Er wurde musikalischer Leiter der „Wilden Bühne“ von Trude Hesterberg und schrieb dort mittlerweile zu Klassikern gewordene Chansons wie „Die kleine Stadt“ oder das „Berliner Wiegenlied“. Doch auch der „ernsten“ Musik blieb der Königsberger treu: so schuf er ein Frühlingsnotturno und eine Rhapsodische Symphonie für Bariton und Orchester. Auch Bühnenmusiken entstanden in dieser Zeit, etwa für das Große Schauspielhaus und die Tribüne in Berlin. Für Max Reinhardts Kabarett „Schall und Rauch“ schrieb Heymann zusammen mit Friedrich Hollaender schließlich auch Chansons für Gussi Holl und Paul Graetz.


Werner Richard Heymann Bild: Archiv

Als dann die große Zeit des Kinos begann, war Heymann mit von der Partie. Er wird „Stimmungsmusiker“ – seine Aufgabe: den Schauspielern während der Dreharbeiten stimmungsvoll, sprich musikalisch beizustehen. Zunächst als Assistent, später als Orchesterleiter der großen Ufa-Kinos schrieb Heymann Musik für Stummfilme (Faust, 1926; Spione, 1928).

Nach einem Zwischenspiel bei der Tobis ging er wieder zur Ufa (1929) – seine große Zeit begann. Wer kennt sie nicht, die Evergreens, die, obwohl schon vor Jahrzehnten geschrieben, immer noch ein breites Publikum finden? – „Ein Freund, ein guter Freund“, „Das muss ein Stück vom Himmel sein“, „Irgendwo auf der Welt“, „Das gibt's nur einmal“, „Das ist die Liebe der Matrosen“ (als „Voilà, les gars de la marine“ so etwas wie der inoffizielle Marsch der französischen Marine), „Du bist das süßeste Mädel der Welt“, „Hoppla, jetzt komm ich“ (nach einem Text des Königsbergers Max Colpet für Hans Albers geschrieben).

Endlos ließe sich die Reihe der Hits fortführen, die Werner Richard Heymann (meist mit dem Textdichter Robert Gilbert) schuf. Interpreten wie Lilian Harvey machten sie unsterblich. „Das gibt's nur einmal“ wurde von ihr 1931 in dem Film „Der Kongress tanzt“ gesungen. Die Harvey: „Mir war schon beim ersten Lesen (der Szene) klar geworden, dass dieser Märchentraum nur zu gestalten ist in unendlich tänzerischer Bewegtheit. Und wie kam mir diese Auffassung entgegen! Ich war hingerissen im wahrsten Sinne des Wortes. Ich tanzte nicht, es tanzte in mir. Ich sang nicht, es sang in mir …“ Seine Lieder interpretierten so große Stars wie Willy Fritsch und Hans Albers.

Ein Angebot der Ufa, trotz seiner jüdischen Abstammung zu bleiben, lehnte Heymann ab und emigrierte zunächst nach Paris, dann nach Hollywood. Dort schrieb er die Musik zu 44 Filmen und wurde viermal für den Oscar nominiert. 1951 kehrte er nach Deutschland zurück und arbeitete wieder für den Film und für das Theater.

Heymann starb am 30. Mai 1961 in München. Der Nachlass ist von seiner Tochter Elisabeth Trautwein als Dauerleihgabe ins Archiv der Akademie der Künste in Berlin gegeben worden. Dort sollen die Noten, Fotos, Verträge, Briefe und eine begonnene Autobiographie wissenschaftlich ausgewertet werden. *os*

Ehrungen für Werner Richard Heymann

Zum 50. Todestag des berühmtesten Film-Komponisten der 30er-Jahre lädt Annette Postel zu einer musikalischen Lesung: Elisabeth Trautwein-Heymann, Tochter des Komponisten, liest aus den Memoiren ihres Vaters, Susanne Klar begleitet Annette Postel am Klavier bei den – zum Teil unbekannten – klassischen Liedern Heymanns und das Salon Orchester Schwanen lässt seine weltberühmten Schlager nicht zu kurz kommen. Sonnabend, 28. Mai, 19.30 Uhr, Schauspielhaus Karlsruhe.

Hommage auf Werner Richard Heymann mit einer Filmvorführung „Ein blonder Traum“ und anschließendem Gespräch sowie Musik: Krista Posch singt begleitet von Peter Ludwig am Klavier, Empfang. Sonntag, 29. Mai, 17 Uhr, Schloss Seefeld, 82229 Seefeld-Hechendorf, Eintritt 9 Euro.

Zum 50. Todestag Werner Richard Heymanns wird die restaurierte Grabanlage auf dem Waldfriedhof München feierlich übergeben. Es erklingen Lieder von Werner Richard Heymann, gespielt vom Posaunisten Toni Matheis, dem Trompeter Denis Werb und einer Klarinette. Wolfgang Trautwein wird eine kurze Ansprache halten. Montag, 30. Mai, 15 Uhr, Waldfriedhof München. *PAZ*

Revision des Burenkrieges

Vor 50 Jahren wurde aus der Südafrikanischen Union mit der Queen als Staatsoberhaupt eine souveräne Republik

Als am 31. Mai 1961 aus der 1910 gegründeten Südafrikanischen Union die Republik Südafrika wurde, sah sich die seinerzeit regierende Nationale Partei am Ziel ihrer Träume, nämlich der Errichtung eines völlig unabhängigen Staates, der in der Nachfolge der einstigen Burenrepubliken stehen sollte.

Mehr als ein halbes Jahrhundert lang waren die afrikaanssprachigen Weißen des Landes mit der ungeliebten Tatsache konfrontiert gewesen, dass Südafrika einen Teil des Britischen Weltreiches bildete – als Dominion (neben Kanada, Australien und Neuseeland), zwar gleichberechtigt mit dem Mutterland, aber mit diesem eben immer noch durch die Personalunion unter der Krone verbunden. Nach der Regierungsübernahme der Nationalen Partei 1948 erfolgte dann der schrittweise Loslösungsprozess von London, der mit der Ausrufung der Republik und dem Ausscheiden aus dem Commonwealth seinen Abschluss fand. Damit, so wurde seinerzeit argumentiert, knüpfe man bewusst an die republikanische Tradition der Burenstaaten an, die nach dem verlorenen Burenkrieg (1899–1902) vom Britischen Empire annektiert worden waren.

Bereits im Wahlkampf des Jahres 1948 hatte die Nationale Partei erklärt, auf lange Sicht die Südafrikanische Union in eine Republik umzuwandeln. Doch weder Premierminister Daniel François Malan (1948–1954) noch sein Nachfolger Johannes Gerhardus Strijdom (1954–1958) rührten ernsthaft an dieser Frage. Stattdessen wurde die Selbständigkeit des Landes gegenüber Großbritannien immer offener betont. So besaßen die Bürger der Union ab 1949 nicht mehr automatisch die britische Staatsangehörigkeit. Ein Jahr später wurde das Recht auf Appellation an den Britischen Kronrat abgeschafft, und seit 1957 galt als Staatsflagge ausschließlich die Flagge der Südafrikanischen Union und nicht mehr – wie vorher – zusätzlich der britische „Union Jack“. Ebenso wurde „God Save the Queen“ als zweite Nationalhymne gestrichen.

Erst Premierminister Hendrik Frensch Verwoerd (1958–1966) griff das Thema „Republik“ wieder auf. Sein Bestreben bestand darin, endlich eine Einheit zwischen den beiden weißen Volksgruppen des Landes, den Buren auf der einen Seite und den Englischstämmigen auf der anderen, herbeizuführen, was seiner Ansicht nach nur im Rahmen einer vollständigen Unabhängigkeit gelingen konnte. Nach einem halben Jahrhundert staatlicher Einheit, so seine Einschätzung, sei die Zeit reif dafür. Insgeheim glaubte er dadurch aber auch die Bindung der englischsprachigen Südafrikaner an Großbritannien weiter lockern oder sogar loslösen zu können. Am 20. Januar 1960 kündigte er einen Volksentscheid (ausschließlich der weißen Südafrikaner) über die Republikfrage an, der dann am 5. Oktober desselben Jahres stattfand. Das Ergebnis war eine knappe Mehrheit für die Republik.

An einen Austritt aus dem Commonwealth of Nations hatte Verwoerd eigentlich nicht gedacht. Zur Fortsetzung der Mitgliedschaft in dem Bündnis musste er jedoch einen Antrag an die Konferenz der Premierminister des Commonwealth stellen, die im März 1961 in London tagte. Da der südafrikanische Regierungschef dort wegen der Apartheid-Politik schweren Angriffen von Seiten anderer, vor allem afroasiatischer Mitglieder des Staatenbundes ausgesetzt war, zog er schließlich seinen Antrag zurück. Folglich schied Südafrika aus dem Britischen Commonwealth aus. Seit dem 1. Juni 1994 – nach den ersten freien Wahlen – gehört es ihm wieder an.

Nachdem das Parlament der Verfassungsreform zugestimmt hatte, bat der Generalgouverneur und Vertreter der britischen Krone, Charles Robberts Swart, Königin Elisabeth II., ihn von seinem Amt zu entbinden. Die Monarchin entsprach dem Wunsch, und so endete Swarts Amtszeit mit dem 30. April 1961. Weil aber die Proklamation der Republik erst für den 31. Mai vorgesehen war und das Amt des Generalgouverneurs nicht vakant bleiben konnte, übte, wie es in der Verfassung vorgesehen war, der oberste Richter des Landes, Lucas C. Steyn, bis dahin diese Funktion aus.



Vom Vertreter zum Nachfolger der Königin Elisabeth II. in Südafrka: Charles Robberts Swart (rechts) mit Premierminister Hendrik Frensch Verwoerd (links) bei der Amtseinführung des ersten Präsidenten der neugegründeten Republik am Nationalfeiertag.

Foto: getty images

Am 10. Mai wählte das Parlament den letzten Generalgouverneur, Charles R. Swart, zum ersten Staatspräsidenten der neuen Republik Südafrika, die am 31. Mai 1961, dem Nationalfeiertag, ausgerufen wurde. Natürlich war der Tag nicht zufällig ausgewählt worden, hatte er doch für die afrikaanssprachige Bevölkerungsgruppe einen hohen symbolischen Wert: Am 31. Mai 1902 endete der dreijährige Burenkrieg, am selben Tag des Jahres 1910 erfolgte die Gründung der Südafrikanischen Union, und am 31. Mai 1928 wurde erstmals die neue eigenständige südafrikanische Flagge gehisst. Vereidigt wurde Swart durch den schon genannten obersten Richter, Lucas C. Steyn, der bis zu diesem Moment ja auch die Geschäfte des Generalgouverneurs ausübte und der Swart bereits im Januar 1960 als Generalgouverneur eingeschworen hatte, nachdem der Vorgänger, Ernest G. Jansen, im November 1959 verstorben war und Steyn in der Zwischenzeit ebenfalls ad interim das Amt bekleidet hatte.

Abgesehen vom Wechsel der Staatsform wurde weitgehende Kontinuität gewahrt. Die aus dem Unabhängigkeitsjahr 1910 stammende Verfassung Südafrikas blieb in Kraft. Mit der Wahl des vormaligen Gouverneurs zum Staatspräsidenten wurde auch ein Stück personelle Kontinuität an der Spitze gewahrt. Wie das Gouverneurs- war auch das Präsidentenamt vornehmlich auf Repräsentationspflichten beschränkt. Erst mit der Verfassung von 1984, in der man die Funktionen des Staatsoberhauptes und des Regierungschefs zusammenlegte, erhielt der Staatspräsident exekutive Vollmachten nach US-amerikanischem Vorbild. Das gilt ebenso für die seit 1996 gültige Verfassung, in der allerdings die Bezeichnung „Staatspräsident“ durch „Präsident der Republik Südafrika“ ersetzt wurde.

Wolfgang Reith

Relativ kleine Mehrheit für die Republik und gegen die Queen

Vergleicht man das Ergebnis der Volksabstimmung über die Staatsform Südafrikas vom 5. Oktober 1960 mit der damaligen Zusammensetzung der Bevölkerung, fällt die Knappheit der Mehrheit für die Umwandlung in eine Republik auf. Dabei kann man bei stattlichen 90,73 Prozent Wahlbeteiligung durchaus vom Abstimmungsergebnis auf den Willen des Volkes schließen.

52,3 Prozent (850 458 Wähler) stimmten für die Republik, während 47,7 Prozent (775 878 Stimmen) für die Beibehaltung der Monarchie votierten. Wenn man bedenkt, dass der Anteil der afrikaanssprachigen und damit der eigentlich in der Tradition der Burenrepubliken verwurzelten Bevölkerung mit etwa 57 Prozent gegenüber 39 Prozent Englischsprachigen und vier Prozent mit anderen europäischen Muttersprachen weitaus größer war, so darf daraus geschlossen werden, dass eine stattliche Zahl von Angehörigen dieser weißen Volksgruppe mit der Staatsform der Monarchie durchaus zufrieden gewesen sein muss und folglich für den Status quo stimmte.

Selbst in der vormaligen Burenrepublik Transvaal sprachen sich nur 406 632 Wahlberechtigte (55,6 Prozent) für die Republik aus, 325 041 (44,4 Prozent) waren dagegen. Ganz knapp war es in der Kapprovinz mit 271 418 Stimmen (50,15 Prozent) für die Republik und 269 784 (49,85 Prozent) dagegen – ein Unterschied von gerade einmal 1634 Stimmen. Während im Oranjefreistaat 110 171 Personen (76,7 Prozent) für die Republik votierten und mit 23,3 Prozent (33 438 Personen) nicht einmal ein Viertel dagegen, war das Verhältnis in der britisch geprägten Provinz Natal genau umgekehrt: 135 598 Personen (76,2 Prozent) für die Beibehaltung der Monarchie und nur 42 299 (23,8 Prozent) dagegen.

Auch im Mandatsgebiet Südwestafrika, dem vormaligen Deutsch-Südwestafrika, das de facto wie eine fünfte Provinz verwaltet wurde, durften die Weißen wählen. Hier entschieden sich 19 938 Stimmberechtigte (62,4 Prozent) für die Republik, während 12 017 (37,6 Prozent) dagegen waren. Da zu dem Zeitpunkt 66,3 Prozent der afrikaanssprachigen Bevölkerungsgruppe und 23,9 Prozent der deutschsprachigen, aber nur 8,3 Prozent der weißen Bevölkerung englischsprachig waren, müssen auch hier etliche Nichtenglischsprachige offensichtlich für die Queen gestimmt haben, die dieses Jahr 85 Jahre alt geworden ist.

W. R.

Zwölf goldene Sterne auf blauem Grund

Vor 25 Jahren wurde die Europaflagge erstmals als EG-Symbol vor dem Gebäude der Europäischen Kommission gehisst

Das Emblem besteht aus einer blauen rechteckigen Flagge, deren Breite das Anderthalbfache der Höhe misst. Auf einem unsichtbaren Kreis … sind in gleichmäßigem Abstand zwölf goldene Sterne angeordnet … Jeder Stern hat fünf Zacken, deren Spitzen einen unsichtbaren Umkreis mit dem Radius von jeweils 1/18 der Rechteckhöhe berühren. Alle Sterne stehen senkrecht, das heißt, ein Zacken weist nach oben, während zwei weitere auf einer unsichtbaren Geraden ruhen, die die Senkrechte zum Fahnenschaft bildet. Die Sterne sind wie die Stunden auf dem Zifferblatt einer Uhr angeordnet. Ihre Zahl ist unveränderlich.“

Dieses Emblem werden vor allem die Jüngeren als Symbol der Europäischen Union kennen. Ursprünglich war es jedoch – und das ist es auch noch heute – die Flagge des Europarates.

Ursprünglich waren 15 Sterne vorgesehen

Vier Jahre war der Europarat bereits alt, als seine Beratende Versammlung 1953 eine Flagge mit 15 goldenen Sternen auf blauem Grund beschloss. Analog zur Flagge der USA, die zumindest damals von Westeuropa als Vorbild bewundert wurden, sollte auch bei diesem Sternenbanner jedes Mitglied durch einen Stern repräsentiert sein. Ein 15-Sterne-Banner symbolisierte jedoch neben den zehn Gründungsmitgliedsstaaten Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen und Schweden sowie Türkei, Griechenland, Deutschland und Island auch das Saarland als eigenständiges Glied der Gemeinschaft. Eine Präjudizierung der dauerhaften Abspaltung des Saarlandes wollte jedoch Deutschland verhindern. Aus analogem Grund lehnte Frankreich nur 14 Sterne ab.

Bild: mauritius

Vor aufziehenden Gewitterwolken am Horizont: Die Europäische Union, seit 1986 symbolisiert durch die Europaflagge

Um dem deutsch-französischen Streit um die Behandlung des Saarlands zu beenden, wurde auf einen Zusammenhang zwischen Stern- und Mitgliederanzahl verzichtet. Statt dessen entschied sich das Ministerkomitee des Europarates für zwölf Sterne. Der entsprechende Beschluss des Ministerkomitees aus dem Jahre 1955 wurde wie folgt begründet: „Gegen den blauen Himmel der westlichen Welt stellen die Sterne die Völker Europas in einem Kreis, dem Zeichen der Einheit, dar. Die Zahl der Sterne ist unveränderlich auf zwölf festgesetzt, diese Zahl versinnbildlicht die Vollkommenheit und die Vollständigkeit … Wie die zwölf Zeichen des Tierkreises das gesamte Universum verkörpern, so stellen die zwölf goldenen Sterne alle Völker Europas dar, auch diejenigen, welche an dem Aufbau Europas in Einheit und Frieden noch nicht teilnehmen können.“

Ursprünglich nur ein Europarats-Symbol

Während andere peinlich darauf bedacht sind, dass nur sie ihr Zeichen benutzen, forderte der Europarat die anderen europäischen Institutionen auf, seine Flagge zu übernehmen. Jahrzehnte später griff das Europaparlament die Anregung auf. 1983 stimmte es mit überwältigender Mehrheit für die Übernahme des Sternenbanners. 1985 schlug der im Vorjahr vom Europäischen Rat zur Überwindung von Brüssels Bürgerferne eingesetzte Ausschuss für das „Europa der Bürger“ in seinem Abschlussbericht unter anderem die Einführung der Europaflagge als EG-Symbol vor. Dem Vorschlag wurde „zur Stärkung des Bildes und der Identität der Gemeinschaft“ nachgekommen. Am 21. April 1986 wurde das neue EG-Symbol erstmals feierlich vor dem Gebäude der Europäischen Kommission zu den Klängen der Europahymne gehisst.

Manuel Ruoff

»Kunst braucht Gunst«

Willy Stöwer: Der populärste Vertreter der kaiserlich-deutschen Marinemalerei starb in Armut

In Deutschland entwickelte sich die Marinemalerei erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zu einem eigenständigen Genre. Während der Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. stellten sich bedeutende Vertreter der maritimen Kunst in den Dienst des Flottengedankens. Einer von ihnen starb vor 80 Jahren: Willy Stöwer.

Heute wird die Marinemalerei der deutschen Kaiserzeit als ein komplexes kulturhistorisches Thema behandelt. Ihr populärster Vertreter war der Maler, Zeichner und Illustrator Willy Stöwer, ein Autodidakt, geboren am 22. Mai 1864 in Wolgast als Sohn eines Kapitäns. Fast jeder hat seine Illustration vom Untergang der „Titanic" schon einmal gesehen, doch kaum jemand kennt noch seinen Namen. Kurz nach der Schiffskatastrophe vom 14./15. April 1912 wurde Stöwers Schwarzweißmalerei in der Wochenzeitschrift „Gartenlaube" erstmals abgedruckt. Obwohl mit einigen Fehlern behaftet, wurde das „Titanic"-Bild in den 1950er Jahren nachträglich koloriert und seitdem immer wieder verwendet.

Willy Stöwer war noch als Techniker im Maschinenbau bei der Stettiner Vulcan Werft angestellt, als er sich in den 1880er Jahren bereits nebenberuflich mit der künstlerischen Abbildung von Kriegsschiffen beschäftigte, was ihm Aufträge aus Marinekreisen eintrug. Seinen Durchbruch als Maler und Reproduktionskünstler und den damit verbundenen gesellschaftlichen Aufstieg hatte er nächst seiner Begabung der Tatsache zu verdanken, dass er mit seinen lebensnahen Kompositionen und ausdrucksvollen Farben den Geschmack des Kaisers traf. Dessen Begeisterung für alles Maritime umschreibt sein Ausspruch „Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser". Für Willy Stöwer öffneten sich die Türen beim Reichsmarineamt und bei Hofe. 1893 erwarb der Kaiser erstmals eines seiner Gemälde, eine Darstellung der noch im Bau befindlichen Yacht „Hohenzollern" auf hoher See.

Fortan verlief sein Leben gemäß dem von ihm in seiner 1929 erschienenen Autobiografie zitierten Motto „Kunst braucht Gunst": Die Kriegsmarine, die stark expandierende Handelsflotte, die immer größeren Dampfschiffe für den Transport der Passagiere und Auswanderer über die Ozeane eröffneten Willy Stöwer als anerkanntem Seemaler dauerhaft ein großes Tätigkeitsfeld. Als engagierter Unterstützer der von der Reichsregierung vertretenen Flottenpolitik gehörte er zu den Gründern und Vorstandsmitgliedern des Deutschen Flottenvereins von 1898. Seit 1899 nahm er mehrmals an Flottenmanövern teil, um Skizzen und Eindrücke zu sammeln.

Regelmäßig nahm der Marinemaler als Zuschauer an der Kieler Woche teil, um den sportlichen Wettkampf der Yachten ins Bild zu setzen. Ab 1904 begleitete Willy Stöwer Wilhelm II. mehrmals auf dessen Schiffsreisen im Mittelmeer und in die Welt der norwegischen Fjorde. Dabei hatte er die Gelegenheit, den Monarchen persönlich näher kennen zu lernen. 1907 wurde ihm der Professorentitel verliehen, was er als Krönung seiner Laufbahn empfand. Als Privatmann blieb Willy Stöwer leutselig und freundlich im Umgang mit jedermann, war im alten Tegeler Vereinshaus und anderen Lokalen ein häufig gesehener Gast.

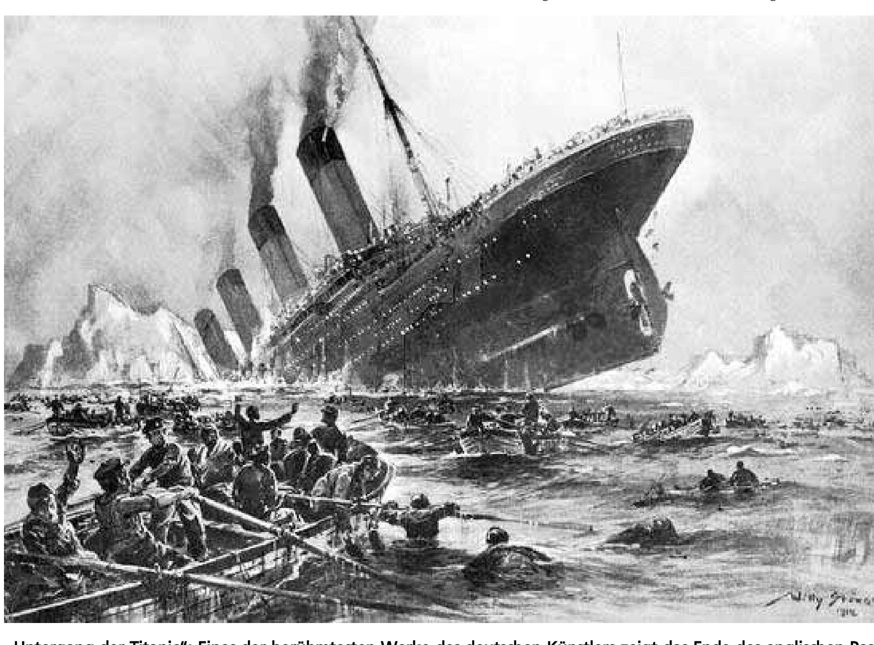
Zweifellos war der erfolgreiche Marinemaler ein begnadeter Repräsentant seines Fachs. Kritiker warfen ihm jedoch, durchaus zu Recht, einen trivialisierenden Plakatstil vor – wenn sie ihn denn überhaupt zur Kenntnis nahmen. Dieser kritisierte Plakatstil dürfte bis zu einem gewissen Grad den Stilvorstellungen seines Publikums und seinem hohen Arbeitstempo geschuldet gewesen sein: Als gefragter Reproduktionskünstler arbeitete Stöwer wie am Fließband. Sein Werk hatte eine große Wirkung. In 45 Berufsjahren schuf er weit über 1000 Motive zum Thema Schifffahrt, erhielt Illustrationsaufträge von in- und ausländischen Zeitschriften, von Werften, Reedereien und Verlagen. Mit seinen Zeichnungen, Aquarellen, Gouachen und Vorlagen in Mischtechnik wurden 57 Bücher ausgestattet; hinzu kommen Bildbände und Sammelmappen. Man findet die Stöwerschen Motive auf Prospekten, Schiffsspeisekarten, Stollwerck-Sammelbildchen, Zigarrenkisten, Postkarten, Etiketten und Plakaten. Sein Schaffen lässt sich heute vor allem durch die Reproduktionen der Vorlagen erschließen, während die Originale infolge der Zeitumstände zum größten Teil verloren gegangen sind. Weniger als zehn seiner Ölgemälde sind im Besitz deutscher Museen.

Im Ersten Weltkrieg schuf Willy Stöwer Propagandabilder wie so mancher seiner Malerkollegen. Weiterhin durfte er sich der Förderung des Kaisers und dessen Gemahlin Auguste Viktoria erfreuen.

Nach dem Ende der Abdankung des Kaisers, dem Ende der Monarchie im Reich sowie dem Verlust der Kriegs- und Handelsflotte blieb für ihn ebenso wie für die meisten deutschen Maler seiner Zunft nur noch ein kleines Betätigungsfeld übrig. Seine große Schaffensperiode war vorbei. Nichtsdestoweniger gelang ihm 1922 mit dem Gemälde „Ankunft der ‚Cap Polonio' im Hamburger Hafen", das sich im Besitz des Internationalen Maritimen Museums Hamburg befindet, noch ein grandioses Spätwerk, das erweist, welche Ausdruckskraft der Künstler seinen Kompositionen zu verleihen vermochte.

Seinem Kaiser blieb Willy Stöwer auch in der Weimarer Zeit treu. Jedes Jahr übersandte er ihm „untertänig" zum Geburtstag eine illustrierte Grußkarte. Vor 80 Jahren, am 31. Mai 1931, starb der Künstler verarmt in Berlin-Tegel. Wenig später starb auch seine Witwe, die aus wohlhabender Familie stammende Berlinerin Henriette Dettmann. In dem Schreckensjahr der deutschen Volkswirtschaft veräußerten die Erben den Nachlass im Eilverfahren. 45 Originale wurden in alle Richtungen verstreut.

Dagmar Jestrzemski



„Untergang der Titanic": Eines der berühmtesten Werke des deutschen Künstlers zeigt das Ende des englischen Passagierschiffes, das vor 100 Jahren, am 31. Mai 1911, vom Stapel lief. Bild: Archiv

»Feind der Weisheit«

Jean Henri Samuel Formey wurde von Friedrich dem Großen erst gefördert und dann ausgebremst

Jean Henri Samuel Formey gehörte bereits zur dritten Generation der in Berlin ansässigen Réfugiés. Der Prediger im Brandenburgischen kam 1737 als Lehrer an das französische Gymnasium in Berlin und wurde dort zwei Jahre später Professor. In eben jenem Jahr lernte der damalige preußische Kronprinz Friedrich auf Vermittlung seines Freundes Charles Etienne Jordan Formey während einer von dessen Vorlesungen vor dem „Collège française" in Berlin kennen. Gleich nach seinem Regierungsantritt vom 31. Mai 1740 bestimmte Friedrich der Große Formey zum Redakteur des von ihm selbst projektierten „Journal de Berlin", dessen erste Ausgabe am 2. Juli 1740 erschien. Als die Akademie der Wissenschaften neu gegründet wurde, zog Charles Etienne Jordan, der seit 1740 die Aufsicht über die Universitäten, die Akademien und die Gymnasien führte, Formey als Historiographen heran. Anfang 1748 ernannte ihn der erste Präsident der Akademie, Pierre-Louis Moreau de Maupertuis, zum „secrétaire perpétuelle".

Formey war umfassend gebildet und verfügte über ein außerordentliches Gedächtnis, verbunden mit einer erstaunlichen Arbeitskraft. Nach seinem Tode sollen über 600 Titel und 40000 Briefe an 1800 Korrespondenten gezählt worden sein. Neben der Arbeit für die Akademie war er auch journalistisch tätig und verfasste zahlreiche Artikel für das „Journal encyclopédique". In seinem umfangreichen Schrifttum, in dem er auch Modeströmungen, wie die Darstellung wesentlicher Erkenntnisse der Wissenschaften für Damen, aufnahm, vertrat er den Ansatz des Philosophen Christian Wolff, den der junge König gleich nach seiner Thronbesteigung nach Brandenburg zurückgerufen hatte.

> Friedrich der Große war ihm nicht religiös genug

Formey kam dann in seinen Beiträgen für die Encyclopädie in weltanschaulichen Gegensatz zu deren antireligiösen Konzeption – eine Position, die ihn in ihrer Verbindung von Wissenschaft und Glauben unweigerlich auch in Konfrontation zu Friedrich dem Großen brachte. Daher war das Verhältnis des Königs zu Formey nicht unkompliziert. Seine religiös determinierte Lebensphilosophie kollidierte auch mit den aufklärerischen Bestrebungen der Akademie, der Formey aber uneingeschränkt diente.



Bild: Archiv

Jean Henri Samuel Formey

Im Jahre 1751 lud Friedrich den Sekretär seiner Akademie zweimal zu sich ein, aber dieser drückte sich beide Male mit Ausflüchten. 1760 wurde der Name Formeys mit einem antifriderizianischen Pamphlet unter dem Titel „Antisanssouci" in Verbindung gebracht. Der König konnte sich mitten im Siebenjährigen Krieg aber nicht weiter um die Angelegenheit kümmern. Formey erregte allerdings den Unmut des Monarchen, als er nach dem Siebenjährigen Krieg in zwei öffentlichen Festsitzungen der Akademie in den Jahren 1769 und 1771 die antireligiöse Ausrichtung der Akademie beklagte und eine Rückkehr zu der Leibniz'schen Konzeption anmahnte sowie seine Ausführungen auch noch in den Abhandlungen der Akademie in den Jahren 1769 und 1771 erscheinen ließ. Friedrich der Große machte daraufhin in einer Epistel, die er einem Brief an Jean-Baptiste le Rond d'Alembert vom 27. April 1773 beilegte, abträgliche Bemerkungen über Formey, den er unter anderem als „Feind der Weisheit" apostrophierte.

> Erst unter Friedrich Wilhelm II. wurde er Klassen-Direktor

Die erste Begegnung Formeys mit dem König fand denn auch erst nach 30 Jahren Sekretärs-Tätigkeit statt: Im Jahre 1780 bat der König die wichtigen Repräsentanten seiner Akademie zu sich – diesmal konnte sich Formey der Einladung nicht entziehen. Über das Treffen gibt es keinen Bericht des Landesherren. Fest steht, dass Friedrich entgegen einem entsprechenden Vorschlag der Mitglieder Formey nicht zum Direktor der philosophischen Klasse der Akademie ernannte, als der bisherige Amtsinhaber Johann Georg Sulzer am 25. Februar 1779 verstarb. Dieses Amt erhielt er erst neun Jahre später nach dem Tode Friedrichs von dessen weniger aufklärerisch und stärker religiös geprägten Nachfolger Friedrich Wilhelm II. Mit der Berufung in das neue Amt im Jahre 1788 ging die Ernennung zum Geheimen Rat einher. Weitere neun Jahre später, am 8. März 1797, starb Jean Henri Samuel Formey in Berlin. *Jürgen Ziechmann*

Siegessäule saniert

Die Siegessäule auf dem Großen Stern inmitten des Großen Tiergartens in Berlin ist nach einer umfassenden Renovierung von 17 Monaten Dauer durch den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) offiziell wieder der Öffentlichkeit übergeben worden. Seit vergangenen Sonnabend sind der Turm und das dazugehörige Café wieder für Besucher geöffnet. Von der Aussichtsplattform der Säule aus können sie wieder den Panoramablick über das Zentrum der Hauptstadt genießen. Das Wahrzeichen der Hauptstadt, gekrönt von der vergoldeten Viktoria – im Volksmund „Goldelse" genannt – erhielt eine Grundsanierung, die eine Instandsetzung der Gesamtanlage Großer Stern mit Siegessäule, Tunnelhäuser, Tunnelanlage und Umfassungsmauern beinhaltete.

Im Zentrum der Baumaßnahmen stand die Restaurierung der Viktoria: Entfernung des Farbschichtenaufbaus auf der Bronzefigur, Überprüfung und Korrosionsschutz der Verbindungsmittel im Innern, Sanierung der Fugen, Öffnen der rückwärtigen Flügelbleche und Reparatur der Unterkonstruktion sowie schließlich Erneuerung des Farbschichtenaufbaus als Untergrund für die Vergoldung. Neben diesen Sanierungsmaßnahmen erhielt die 40 Tonnen schwere Bronzefigur eine Neuvergoldung der Figur mit 24-karätigem Blattgold auf einer Gesamtoberfläche von 200 Quadratmetern.

Des weiteren erfolgte im Rahmen der Grundsanierung eine Rundumerneuerung der Infrastruktur und Haustechnik, die Elektroinstallationen, Brand- und Einbruchmeldeanlage, Videoüberwachung ebenso wie Anschlüsse für Wasser, Abwasser und Strom umfasst. Außerdem wurden Maßnahmen zur Restaurierung der Natursteinelemente, des Bronzereliefs, des Wandmosaiks aus Glas und der Kanonen vorgenommen. Dort fand ebenfalls Neuvergoldung mit 24-karätigem Blattgold statt. Darüber hinaus wurden die Ausstellungsräume im Sockel modifiziert, Treppenaufgang und Dächer grundsaniert, Beleuchtung und Außenanlagen repariert, Tunnelhäuser und -anlagen renoviert und die Umfassungsmauer gründlich instandgesetzt.



Bild: Pella

Viktoria auf der Siegessäule

Für all diese Instandsetzungs- und Restaurierungsmaßnahmen an der Gesamtanlage Großer Stern standen insgesamt 4344130 Euro aus Landes-, Bundes- und Mitteln der Europäischen Union zur Verfügung.

Dagegen nehmen sich die 1,8 Millionen Goldmark, welche die Erbauung der Siegessäule kostete, nominell bescheiden aus. Nichtsdestotrotz gilt das von 1864 bis 1873 nach einem Entwurf von Heinrich Strack erbaute Nationaldenkmal der Einigungskriege als eines der größten Nationaldenkmalprojekte des 19. Jahrhunderts. Seine Bedeutung war derart immens, dass die Franzosen es nach dem Zweiten Weltkrieg sprengen wollten. Dass es dazu nicht kam, verdanken Stadt und Nation dem Einspruch der anderen Alliierten.

Sebastian Pella/PAZ

Bürger sollten über Zeitumstellung abstimmen

Zu: Leserbrief „Petition gegen die Zeitumstellung des Jahres 2010"

Im Leserbrief der *PAZ* Nr.16 wurde um Mitarbeit an einer Petition gegen die Zeitumstellung gebeten. Bis aus Spanien und quer durch Deutschland haben sich Interessierte gemeldet. Es kamen 57 Unterschriften zusammen. Am 21. März wurde die Petition an den Petitionsausschuss des Bundestages mit folgendem Inhalt geschickt: „Die Unterzeichner der Petition bitten die Bundesregierung um einen Beschlussantrag beim EU-Parlament mit dem Ziel, dass über die Zeitumstellung Sommerzeit in allen Staaten der EU durch Volksentscheide entschieden wird."

Trotz Zeitumstellung ist der Energieverbrauch nicht zurückgegangen, sondern gestiegen. In einem Merkblatt zur Eingangsbestätigung der Petition steht der Hinweis: „Die Regierung ist nicht verpflichtet, dem Beschluss des Deutschen Bundestages zu folgen." Das heißt, mit „rechtmäßig" geregelten Pflichtverletzungen sollte eine kleine Gruppe von Parteimitgliedern über den Willen eines Volkes nicht hinweg regieren. Am Beispiel der Zeitumstellung können die von Angela Merkel und Willy Brandt erhobenen Forderungen gemessen werden, „lasst uns mehr Demokratie wagen". Es ist kaum vorstellbar, dass außer Volksentscheiden etwas anderes damit gemeint ist.

In einigen Ländern konnten damit zu vielen wichtigen Fragen die besten Lösungen erreicht werden. Zeitumstellungen, sogar die Verwicklung von Deutschen durch eine Partei in den Zweiten Weltkrieg oder den jetzigen Afghanistankrieg hätte es nach Volksentscheiden nicht gegeben. Die Vertreibung der Deutschen wäre undenkbar. Dieses Verbrechen haben sich hauptsächlich drei Parteiführer der Siegermächte in Geheimabsprachen gegen den Willen ihrer eigenen Völker ausgedacht.

Ich möchte mich hiermit bei allen bedanken, die mich bei der Petition zur Zeitumstellung unterstützten.

Siegfried Neckritz, Osnabrück

Russland kann nicht anders handeln

Zu: „Milliardenverträge in Gefah" (Nr. 19)

Wir sollten hinsichtlich der russischen Verhaltensweise zum Thema Libyen Nachsicht mit der russischen Regierung üben. Wie hätte die russische Regierung sich denn anders verhalten sollen? Ein „Ja" zur Uno-Resolution hätte eine Parteinahme in dieser innerstaatlichen (libyschen) Auseinandersetzung bedeutet. Ein „Nein" wiederum wäre das falsche Signal an den Westen gewesen. Russland kämpft derzeit, wie der Westen auch, an mehreren Fronten. Da sind die neuen Abfangraketen der USA in Polen, welche Russland aktuell mit einem neuartigen Radar in der Nähe von Kaliningrad (Königsberg) beantwortet. Da gibt es die Kooperationsgespräche der Nato mit Russland. Da kommen sich Chinas und Russlands Interessen zunehmend in die Quere. Und da sollte, wie Wolf Oschlies in seinem Beitrag schrieb, Russland sich in dieser Frage derartig positionieren? Sollte sich Russland so positionieren wie Venezuela und Kuba? Oder wie Polen, welches seine Meinung aus der „Washington Post" bezieht? Wie hat sich denn Deutschland positioniert und ... China? Wirtschaftliche Interessen in Gefahr? Wenn nicht nur Gaddafi stürzt, sondern auch die „libysche Revolution", ist dann der politische Schaden (sollte dieser den wirtschaftlichen Schaden bestimmen) größer oder geringer? Wenn zwar Gaddafi abtritt, aber das „System" weiterarbeiten kann, ist dann der möglicherweise eintretende Vorteil oder Nachteil größer oder geringer?

Ich glaube, Russland und China hatten ausschließlich politische Erwägungen beim Abstimmungsverhalten in der Uno im Blick. Es war zu erwarten, beide Staaten haben einschlägige Erfahrungen mit dem Westen, dass die Angriffe früher oder später nicht mehr von der Resolution 1973 gedeckt sein würden. Genau das ist eingetreten und ein Zurückrudern ist manchen Staaten unmöglich, zum Beispiel Frankreich.

Jürgen Kunz, Buchen

Horizont erweitert

Zu: *PAZ informiert*

Erst seit etwa 15 Jahren fühle ich mich mit Ostpreußen sehr verbunden und lese immer wieder die gelungenen Aufzeichnungen aus Ihrer Heimat.

Als Schwäbin war Ostpreußen immer sehr weit weg und mir wenig bekannt. Nachdem ich jetzt sogar den Namen des Stammes der Prussen trage, will ich so viel wie möglich aus dem verlorenen Teil unseres Landes wissen. Möge vielleicht doch noch ein Wunder geschehen, wie es 1989 für die DDR geschehen ist. Nicht zuletzt aus Ihrer Zeitung erfuhr ich von manchem Buch, das mir meinen Horizont erweitert hat. Auch freue ich mich jede Woche auf die neue Ausgabe des Ostpreußenblattes.

Meine Hochachtung an all die fleißigen Autoren und Gestalter der Zeitung.

Ilse Pruß, Ulm



Sommerzeit: Mechaniker stellt eine Turmuhr vor. Bild: Waigel/dapd

Nur noch Profiteure auf Zeit

Zu: „Schwindende Legitimation" (Nr. 14)

Als der Arzt Rudolf Virchow 1861 die liberale Fortschrittspartei gründete, gab er das Signal zur Schaffung eines modernen deutschen Staates, den zehn Jahre später Fürst Otto v. Bismarck gründete.

Deutschland war damit eine „verspätete Nation" gegenüber Frankreich, England und anderen Ländern, die längst den arrondierten Nationalstaat hatten. Deutschland entwickelte sich dennoch schnell zum europaweiten Vorbild des Rechts-, Sozial- und Bürgerstaates, mit gleichem Wahlrecht. Parteien dienten damals dem Volk.

Dieses alles, ja ganze Staaten lösen sich heute auf, unter den neuen Modewörtern „europäisch" und „global".

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* zitiert den Verfassungsrechtler und Parteienkritiker Professor von Arnim.

Er zeigt Schäden am Staat auf, wie Korruption, Selbstbedienungsmentalität und Machtmissbrauch, und wörtlich:

„Das Volk hat fast nichts zu sagen. Wir haben weder Herrschaft · für das Volk noch durch das Volk."

Dass hundertfünfzig Jahre nach Gründung der Fortschrittspartei die Ordnung von Staatsrecht und Rechtsstaat zur Disposition steht, ja, der Staat selbst, mit allen kommenden Konsequenzen, das hätte Rudolf Virchow nie gedacht.

Auch die politischen Parteien sind offensichtlich nur noch die Profiteure auf Zeit.

Karl-Hermann Dittmar, Bad Arolsen

Vertrag setzte Reparationsleistungen außer Kraft

Zu: Leserbrief „Parallelen zum Irak: Saddam Hussein war auch erst US-Verbündeter" (Nr. 17)

In dem oben erwähnten Leserbrief wird Folgendes behauptet: „Abgesehen von den großenteils verwischten Spuren dieser Wahlkampfzuwendungen besteht ja eine offensichtliche und unabweisbare historische Tatsache in dem finanziellen Spielraum bei den Reparationslasten des Reiches, der Hitler (im Gegensatz zur demokratischen Weimarer Regierung) von den Alliierten des Ersten Weltkrieges gleich nach der Machtergreifung eingeräumt wurde und der ihm seine popularitätsträchtigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erst möglich machte!"

Dem Leserbriefschreiber scheint die Konferenz von Lausanne am 9. Juli 1932 und das dabei erzielte Ergebnis nicht bekannt zu sein. An dieser Konferenz haben Großbritannien, Kanada, Neuseeland, Südafrika, Belgien, Jugoslawien, Frankreich, Japan, Polen, Portugal, Rumänien, Tschechoslowakei und Deutschland teilgenommen. Das Ergebnis konnte sich aus deutscher Sicht sehen lassen. Durch die Lausanner Vereinbarungen wurden die in anderen Verträgen geregelten Reparationsverpflichtungen außer Kraft gesetzt und alle darin enthaltenen Zahlungsmodalitäten für beendet erklärt. Deutschland verpflichtete sich in Lausanne nur noch, eine Abschlusszahlung in Höhe von drei Milliarden Goldmark in Form von Schuldverschreibungen über die BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich) an die Gläubigerländer zu zahlen. Frühestens drei Jahre nach Ratifizierung des Vertrages sollte Deutschland mit den Zahlungen beginnen. Den so gewonnenen finanziellen Spielraum konnte die NS-Regierung nach dem 30. Januar 1933 für Notstandsarbeiten, Aufrüstung und die XI. Olympiade 1936 nutzen. Die Vergabe der olympischen Spiele an Deutschland war den langjährigen Bemühungen des deutschen Sportes vor 1933 durch Dr. Theodor Lewald und Carl Diem zu verdanken. Mit der Ausrichtung der Spiele hatte das Ansehen Deutschlands im In- und Ausland sehr an Bedeutung gewonnen. Die Konferenz von Lausanne am 9. Juli 1932 ist für uns auch heute noch in anderer Hinsicht lehrreich. Griechenland, Portugal und Irland werden ohne einen Forderungsverzicht in Verbindung mit einem langjährigen Zahlungsaufschub ihre finanziellen Probleme nicht in den Griff bekommen. Unruhen in diesen Ländern werden nicht ausbleiben, wenn auch die Ursachen der Finanzkrise andere sind als in Deutschland vor 1933.

Kurt-Werner Sadowski, Bremen

Angegriffene dürfen sich nicht wehren

Zu: Der verweigerte Warnschuss (Nr. 18)

Ein Fachschüler – angeblich „bester Freund" des nordrhein-westfälischen-Bildungsministers – griff mich während der Dienstzeit auf dem Dienstgelände tätlich an. Ein Abwehrschlag zwang den Rotfröntler zu Boden. Noch am selben Tage sprach ich bei der Regierung vor und wurde mit dem Vorwurf empfangen, der von mir Angegriffene habe bereits telefonisch Anzeige erstattet. Man müsse gegen mich ein Disziplinarverfahren eröffnen.

Der gesetzliche Schutz wurde mir verweigert mit dem Hinweis, ich könne dies ja bei der Staatsanwaltschaft direkt versuchen. Diese stellte fest, ich sei vollkommen im Recht; zuständig sei in diesem Falle aber allein die Regierung. Sie sei sogar dazu verpflichtet. Die in Kenntnis gesetzte SPD-FDP-Regierung legte nunmehr einen Vordruck vor mit der Aufforderung zur Unterschriftsleistung:

„Ich verpflichte mich, mich in Zukunft nicht mehr zu wehren, wenn ich in der Schule von Schülern angegriffen werde." Der Beamte: „Wo kämen wir hin, wenn sich jeder Lehrer, der von den Schülern angegriffen wird, wehren würde. Dann hätten wir täglich Schlägereien in unseren Schulen in Nordrhein-Westfalen."

Empört wurde die Unterschriftsleistung abgelehnt. Die verlangte Begründung protokollierte man: „Nach der bei der Fallschirmtruppe genossenen Nahkampfausbildung werden bei mir in solchen Situationen Reflexbewegungen ausgelöst." Der äußerst gereizte Beamte: „Wenn Sie sich nicht beherrschen können, müssen wir Sie beim Amtsarzt auf Dienstfähigkeit untersuchen lassen und in Pension schicken." Mit 45 Jahren!

Der Vordruck wurde einem Stapel gleicher Art entnommen. Man hatte sich auf solche Fälle nicht grundlos vorbereitet. Die Regierung: „Wenn Sie über diese Dinge die Öffentlichkeit informieren, gehe ich wegen Preisgabe von Dienstgeheimnissen disziplinarisch und auch strafrechtlich gegen Sie vor." Sie drohte auch noch nach dem Ausscheiden aus dem Staatsdienst mit dem Greifen der Paragraphen 64 Lnandesbeamtengesetz (LBG) und 353b Strafgesetzbuch (StGB).

Begründung: Bei Bekanntwerden käme „Unruhe in der Bevölkerung" auf. Die CDU-Landtagsfraktion lehnte ein Einschreiten ab. Für solche Dinge bestünde „kein öffentliches Interesse". Das Aufgezeichnete stellt nur die Spitze eines abschmelzenden rot-schwarz-gelben Eisberges dar.

Helmut Panzer (Schweiz)

Deutschen Soldaten gebührt ehrendes Andenken – Sie verhielten sich grundsätzlich anständig

Zu: „Nun haben wir den Salat" (Nr. 19)

Es ist erfreulich, dass die *Preußische Allgemeine Zeitung* immer mal wieder der ehemaligen Soldaten der Wehrmacht gedenkt, nachdem heutzutage jeder Schreiberling Kübel voll Schmutz über sie ausschütten kann.

Faktum bleibt – wie Wilhelm v. Gottberg es gesagt hat –, grundsätzlich haben sich unsere Soldaten im Zweiten Weltkrieg anständig verhalten. Mein ganzes Leben lang habe ich mich mit der Jagdfliegerei beschäftigt und möchte aufgrund meiner Quellen über den Jagdflieger Josef Priller einiges ergänzen, beziehungsweise richtigstellen.

Anfang 1945 wurde Oberst Priller zum Inspekteur der Jagdflieger West ernannt, nicht Jagdflieger Ost. Priller wurde von seinen Kameraden „Pips" genannt, er war gerade mal 1,60 Meter groß, aber in der Kanzel eines Jägers ein Riese.

Als Jagdflieger verkörperte er einen der markantesten und dynamischsten Jagdflieger der Luftwaffe. Sein Führungsstil kennzeichnete einen scharfen, fröhlichen Humor.

Mit seiner schnellen, durchdringenden Intelligenz stach er bei jeder Zusammenkunft von Piloten hervor. Priller war einer der Handvoll deutscher Jagdflieger, die eine solche hohe Abschusszahl nur gegen westliche Gegner erreichen konnte.

Der Luftkampf im Westen mit der RAF und der USAAF war in der Regel schwieriger als mit dem Gegner im Osten. Die Jagdflugzeuge der Gegner im Westen wie Spitfire, Hurricane, Thunderbolt, Mustang und Lightning waren den deutschen Maschinen gegenüber ebenbürtig, wenn nicht sogar teilweise besser. Ausnahme auf deutscher Seite: Me 262 und Me 163. Darauf komme ich noch zu sprechen.

Anfangs flog Priller eine Me 109, später den Typ FW 190-D, den offensichtlich besten Jäger der Deutschen. Nur mit einer solchen Maschine konnte er den amerikanischen Jägern Mustang und Thunderbolt Paroli bieten.

Der Düsenjäger Me 262 hatte beim Einsatz 1944 „Kinderkrankheiten", die Maschine war beim Fliegen unberechenbar, das Landen mit ihr war ein Glücksspiel. Viele Piloten verunglückten dabei oder kamen um. So wurde der spätere General der Bundesluftwaffe Steinhoff dabei schwer verwundet. Fliegen konnten diese Maschine nur die Könner.

Der Raketen-Jäger Me 163 war noch gefährlicher zu fliegen, sein Einsatz war letztlich nicht von Bedeutung. Dass bei Prillers 101 Abschüssen zirka 85 Maschinen Jäger waren, ist ein Beweis seines Könnens als Jagdflieger. Anfang des Krieges flog er im JG 51 an der Kanal-Front und im Westen (Staffelkapitän). Später wurde er Kommandeur im G 26 „Schlageter", im selben Verband 1943 Kommodore.

Es ist richtig, dass am 6. Juni 1944 in der Normandie Josef Prillers Staffeln auf weit entfernten Flugplätzen lagen. Priller, der ahnte, was kam, lag mit seiner Maschine und der seines Katschmareks vorn. Sie warfen sich der Invasionsfront entgegen. Es ist ein Wunder, dass er und sein Kamerad heil aus diesem Inferno herausgekommen sind.

Anfang Januar 1945 führte Priller das JG 26 mit einer II. Gruppe des JG 54 „Grünherz" im Zuge der Operation „Bodenplatte" gegen westalliierte Flugplätze. Insgesamt standen rund 800 Maschinen für den größten Angriff seit Beginn des Krieges bereit. Aber der anfängliche Erfolg wurde durch unvorstellbare Irrtümer zu einem schweren Opfergang. Auf dem Rückflug gerieten die deutschen Jäger in das eigene Feuer eines ihnen vorher nicht bekannten Flaksperrgebietes. Rund 300 deutsche Jägerpiloten gingen verloren.

Josef Prillers Verhalten Göring gegenüber war gespannt, stand er doch auf Seiten der „Meuterer" mit Lützow, Trautloft, Steinhoff, Graf und anderen.

Nach dem Krieg engagierte sich Priller in der „Gemeinschaft der Jagdflieger" und war Autor des Buches „Geschichte eines Jagdgeschwaders – JG 26 (Schlageter) von 1937 bis 1945". Ehre seinem Andenken.

Bernd Dauskardt, Hollenstedt

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 21 – 28. Mai 2011

MELDUNGEN

Gedenken an Tote

Heiligenbeil/Frauenburg – Die Stadtgemeinschaft Zinten gedachte bei ihrer diesjährigen Reise in die Heimat sowohl in dem unter russischer Souveränität stehenden Heiligenbeil als auch in dem zur Republik Polen gehörenden Frauenburg der unzähligen Toten, die als Soldaten während des letzten Krieges gekämpft haben und gefallen sind, aber auch der Zivilisten, die durch Flucht und Vertreibung ihre Heimat verloren und die unmenschlichen Verhältnisse während dieser Flucht nicht überlebt haben. In Heiligenbeil wurde auf dem Ehrenfriedhof namens der Kreisgemeinschaft ein Kranz niedergelegt im Andenken an die vielen Soldaten, die in diesem Krieg ihr Leben lassen mussten und trotzdem nicht verhindern konnten, dass die Heimat in die Hände der Roten Armee fiel. Siegfried Schulz, Stadtvertreter von Heiligenbeil-Nord, trug passende Worte Siegfried Drehers, Ehrenvorsitzender der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, vor. In Frauenburg wurde ein Blumengesteck am Gedenkstein für die 450000 ostpreußischen Flüchtlinge niederlegt, welche die Flucht nicht überlebten. Die kleine Gedenkfeier wurde gestaltet von Dreher, der auch die Ansprache hielt, sowie von Anke Kirschnick, die ein Gedicht von Agnes Miegel vortrug. *B.S.*

Instrumente gesucht

Passenheim – Siegfried Taday, ostpreußischer Reiseunternehmer mit Wohnsitz und Arbeitsplatz in Düsseldorf und Scheufelsdorf bei Passenheim, Kreis Ortelsburg, möchte den Posaunenchor der evangelischen Kirchengemeinde in Passenheim wiederbeleben. In den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts hatte ein solcher Chor noch bestanden. In der damaligen Zeit wanderten beziehungsweise siedelten jedoch viele protestantische Ostpreußen aus und mit ihnen auch die Kirchenmusiker. So verstummte der Chor. Aber möglicherweise nicht für immer. Unterstützt wird Tadays Vorhaben einer Neugründung vom Pastor der Gemeinde, Witold Twardzik. Wer mitmachen will und mindestens zwölf Jahre alt ist, ist aufgerufen, sich bei Pastor Witold Twardzik, ul. Jednosci-Slowianskiej 3 (PL) 12-122 Pasym, Telefon 0048 (89) 6212018, zu melden. Um den Chor mit ausreichend Instrumenten ausstatten zu können, bittet Taday, der in Passenheims evangelischer Kirche nicht nur seine heutige Ehefrau Brigitte kennenlernte, sondern einst auch die Orgel spielte, um Sachspenden. Gebraucht werden Trompeten, Fliegenhorne, Waldhörner, Posaunen, Tenöre, Bariton und Tuba. Wer derartige Blasinstrumente besitzt und diese nicht mehr nutzt, wird gebeten, sich bei Siegfried Taday, Carlo-Schmid-Straße 108, 40595 Düsseldorf, zu melden. Von dort aus gehen dann die gespendeten Instrumente per Sammeltransport zur Gemeinde nach Passenheim. *M.R.*

Ostsee hoch im Kurs

Ostpreußens Badeorte erfreuen sich bei russischen Touristen wachsender Beliebtheit

Offizielle Zahlen belegen, dass der Tourismus von Russen in der Russischen Föderation keine nennenswerte Rolle spielt. Föderationsbewohner, die es sich leisten können, zieht es in die beliebten Urlaubsorte des Auslands. Ausnahmen sind lediglich Sotschi und in diesem Jahr die Badeorte an der Küste des Königsberger Gebietes.

In nur wenigen Wochen beginnt die diesjährige Badesaison. Zwar ist das Wetter im Königsberger Gebiet im Augenblick noch wechselhaft und zu kühl für die Jahreszeit, weshalb bislang nur wenige Urlauber an den Stränden zu sehen sind, doch das ist nur die Ruhe vor dem Sturm.

Im vergangenen Jahr war die Zahl der russischen Touristen im Königsberger Gebiet rückläufig, was mit dem krisenbedingten Einkommensrückgang vieler erklärt wurde. In diesem Jahr zeichnet sich eine andere Entwicklung ab: Schon zu Beginn des Jahres verbuchten die Reiseunternehmen einen Anstieg der Buchungswünsche für die Badeorte des Königsberger Gebietes.

Vor allem aus Moskau kommen viele Buchungswünsche. Die Erinnerung an den giftigen Smog im vergangenen Sommer, der durch die verheerenden Torfbrände in Zentralrussland verursacht worden war und die Hauptstadt wochenlang in eine Dunstglocke einhüllte, zeigt ihre Wirkung. Weil viele mit einer Wiederholung rechnen – erste Berichte über Waldbrände in Sibirien wurden bereits veröffentlicht –, war schon Anfang Mai ein Großteil der Ferienunterkünfte an der Ostsee ausgebucht. Reisebüros werden mit Telefonaten bombardiert, ihre Internetseiten sind mit Anfragen nach Ferienwohnungen oder -häusern für zwei bis drei Wochen überfüllt. Die Königsberger beklagen, dass es für sie schon jetzt äußerst schwierig ist, noch etwas für den Sommer zu buchen.

Die Moskauer sind ihnen zuvor gekommen: Schon zu Beginn des Frühjahrs buchten immer mehr Moskauer Ferienunterkünfte in den strandnahen Straßen von Cranz und Rauschen. Wie andernorts ist auch im Königsberger Gebiet Urlaub in Ferienhäusern und -wohnungen wesentlich günstiger als in Hotels. Dennoch gibt es zahlreiche Gäste, die sich gleich für einen ganzen Monat in Hotels einmieten. Und das sind nicht nur die reichen Hauptstädter, wie Pjotr Grischin, Vermittler für Ferienunterkünfte, berichten kann. Viele Erholungssuchende kommen aus Tjumen, Nowosibirsk, Kemerowo und anderen sibirischen Städten, wo die Einkommen über dem Landesdurchschnitt liegen. Größte Beliebtheit genießt Rauschen bei den Touristen, was sich auch bei den Preisen niederschlägt. Eine möblierte Zweizimmerwohnung kostet umgerechnet 50 Euro pro Tag, Ferienhäuser liegen bei 250 Euro. In den Hauptsaison-Monaten Juli und August können die Preise sogar noch höher sein. In Rauschen sind die Preise etwas niedriger. Die Wohnungen des Kurorts werden oft von langjährigen Kunden im Voraus gebucht.

Vor allem von Moskauer Touristen für sich entdeckt: Ostpreußens Ostseeküste Bild: Tschernyschew

Auf der Kurischen Nehrung kann man bislang nur Zimmer mieten. Sie kosten zwischen umgerechnet 15 bis 20 Euro pro Nacht für ein Drei- bis Vier-Bett-Zimmer. Der Standard ist dort allerdings nicht auf dem neuesten Stand, denn Toiletten und Duschen befinden sich meist im Hof des Hauses. Ungeachtet dessen nimmt die Zahl der am „einfachen“ Urlaub Interessierten auf der Kurischen Nehrung nicht ab.

Jurij Tschernyschew

Steinerner Gast aus dem Weltall

Meteorit schlug in Masuren ein – Ausstellung in Breslau oder Allenstein geplant

Ein Meteorit ist in das kleine masurische Dorf Soltmahnen bei Lötzen eingeschlagen. Er flog beinahe senkrecht und durchschlug das Dach eines Gebäudes einer der dortigen Bauerngehöfte. Für dieses Jahr handelt es sich um eine weltweite Premiere. Nach einer ersten Begutachtung stellte der Professor Tadeusz Przylibski von der Technischen Hochschule in Breslau fest, dass es sich um ein gemeines Chondrit-Gestein handelt.

Der Meteorit stürzte mit großer Wucht auf eine Betonstufe des Wirtschaftsgebäudes auf dem Hof der Familie Lewandowski. Die Folge der unweichen Landung war, dass er zumindest teilweise zerbrach. Zum Glück für die Wissenschaft traf er vorher auf die Eternitbedachung, wodurch er abgebremst wurde. Sonst wäre er in mehrere Bruchstücke und Splitter auseinander gefallen und hätte dadurch seinen einmaligen Wert verloren.

Die rechtliche Besitzerin des Meteoriten, Alfreda Lewandowska, beschreibt den entscheidenden Moment des Einschlags folgendermaßen: „Ich machte das Fenster auf, um die Küche nicht mit dem Zigarettenrauch zu verqualmen. Da vernahm ich ein Pfeifen, dann ein Getöse, als ob gerade eine Bombe gefallen wäre, dann ließ sich ein langes Krachen hören. Mein Sohn war im Badezimmer und konnte es ebenfalls vernehmen. Beide liefen wir hinaus und stellten ein klaffendes Loch fest. Wir schauten in den Himmel, da über uns hin und wieder Flugzeuge vorbeiziehen, und dachten dabei, vielleicht warf eines etwas hinunter. Doch es gab keine Maschinen, der Himmel war wolkenlos und die Sonne schien noch nicht so stark“. Nach einem Austausch mit ihrer Tochter wurde Lewandowska klar, dass sie in Besitz eines seltenen, steinernen Gastes aus dem Weltall gelangt war. Aus diesem Grunde benachrichtigte sie dann einen Journalisten der örtlichen Zeitung, der „Gazeta Gizycka“. Daraufhin wurden auch die zuständigen wissenschaftlichen Einrichtungen und die Sternwarten in Allenstein und in Frauenburg kontaktiert. Deren begeisterten Mitarbeiter fingen an, dafür zu werben, dass dieser Fund in der Woiwodschaft Ermland-Masuren als Schaustück bleibt und schnellstens naturwissenschaftlichen Untersuchungen unterzogen wird. Gemäß polnischem Recht kann die jetzige Inhaberin über den Meteorit frei verfügen. Sie kann ihn zum Beispiel sehr günstig an einen der vielen privaten Anbieter, die sich schon jetzt in großer Zahl melden, veräußern. Zurzeit wird sogar um dessen potenziellen Verkaufspreis gefeilscht, und so erinnert der Stein ein bisschen an den Goldklumpen aus dem bekannten Märchen der Brüder Grimm „Hans im Glück“.

> Der Meteorit ist nach polnischem Recht Privateigentum

> Zurzeit wird um den potenziellen Preis gefeilscht

Der Markt der Meteoriten gleicht dem Handel mit Kunstwerken. Vor diesem Hintergrund appellieren sowohl die Astronomen aus Frauenburg und Allenstein als auch die Vertreter der Polnischen Meteoritengesellschaft, dass der Fund aus Soltmahnen nicht ins Ausland beziehungsweise eine andere Region verkauft wird. Trotz des von Tag zu Tag wachsenden Interesses am Meteoriten beteuert Lewandowska, der Stein werde entweder in einem Breslauer oder in einem Allensteiner Museum ausgestellt. Ein kleines Bruchstück wolle sie aber in eine Wand ihres Hauses einmauern, damit auch die Einheimischen ihn künftig an seinem Fundort bewundern können. Denn sie empfindet die unerwartete Schenkung nahezu als eine Himmelsgabe und eine Botschaft ihres vor einem Jahr verstorbenen Mannes und ihres ein Jahr zuvor verschiedenen Vaters.

Grzegorz Supady

MELDUNGEN

Ausschreitungen in Allenstein

Allenstein – Zu Ausschreitungen von Fans kam es beim letzten Aufeinandertreffen der beiden Zweitligafussballvereine „OKS 1945“ aus dem gastgebenden Allenstein und „Olimpia“ aus Elbing. Anna Fic, Sprecherin der lokalen Polizeidirektion, berichtete: „An der Allensteiner Ausfahrtsstraße Sielska hielten zwei Wagen aus Elbing an. Zwei Männer stiegen dann aus und wollten einen BMW, mit dem zwei ‚OKS 1945‘-Fans unterwegs waren, zum Anhalten bringen. Die Polizeibeamten nahmen anschließend die sieben „Olimpia“-Fans fest. Inzwischen versuchte einer von ihnen, gegen einen der Polizisten handgreiflich zu werden, so dass er verhaftet werden musste. Die anderen sechs wies man dagegen aus. Es wurde auch beantragt, sie vor Gericht zu stellen wegen einer Ordnungswidrigkeit im Straßenverkehr.“ Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, welche Vorsicht bei der Veranstaltung der künftigen Fußballspiele mit der Beteiligung der Sportsfreunde geboten ist. Die letzten Ereignisse in der Republik Polen veranlassten den Bürgermeister von Osterode, Olgierd Dabrowski, die Bewerbung seiner Stadt um den Austragungsort des Superpokals der „Ekstraklasa“, der höchsten polnischen Spielklasse, zurückzuziehen. Er wolle nämlich die Bewohner Osterodes seitens der potenziellen Rowdys keiner Gefahr aussetzen und in der Folge auch das dortige, gerade vor der Fertigstellung stehende Fußballstadion vor einer Verwüstung schonen. *G.S.*

Mittelalterliche Bestien

Königsberg – Im Königsberger Museum „Friedländer Tor“ ist eine Marzipanausstellung zum Thema „Mittelalterliche Bestien“ zu sehen, die vom Marzipanmuseum zusammengestellt wurde. Marzipan, die köstliche Süßigkeit aus Mandeln, dem Symbol für Familienglück, einst die kulinarische Spezialität Königsbergs, begeistert auch die heutigen Bewohner der Stadt. Der russische Künstler Pjotr Toporow stellt Kunstwerke aus Marzipan her. Er hat sich mittelalterliche Allegorien von Fabelwesen zum Vorbild für seine essbaren Reliefs genommen. So entstanden Drachen, Einhörner, Schlangen, Löwen und teufelsähnliche Marzipanwesen in der Interpretation des Künstlers. *MRK*



Marzipanbestie

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

„Auf Wiedersehen!“ haben wir vor drei Jahren in Berlin gesagt, und nun ist es da, das große Deutschlandtreffen in Erfurt. Und es wird wieder ein Suchen und Finden geben, alte Verbindungen werden gefestigt, neue geknüpft. Und auch Enttäuschungen müssen verkraftet werden, wenn das erhoffte Wiedersehen nicht zustande kommt, weil die erwarteten Partner nicht teilnehmen können, die Zeit verlangt eben ihren Tribut. Aber es wird neue oft überraschende Begegnungen geben, dafür ist unser Ostpreußentreffen immer gut, denn nichts verbindet so stark wie die gemeinsame Liebe und Treue zur Heimat, die auch in unserer Sprache ihren Ausdruck findet. Mal so richtig plachandern zu können, das ist nach alter ostpreußischer Weisheit „Ölke oppet Seelke“. Und das pflegen wir ja in jeder Folge unserer „Ostpreußischen Familie“ zu tun, die Woche für Woche für alle Fragen und Wünsche bereit steht, die sonst keine Plattform finden. Was einmal vor über 40 Jahren als kleine Spalte im *Ostpreußenblatt* begann, hat sich zu einer fast ganzseitigen Kolumne entwickelt, die Neuleser durch ihre Vielfalt überraschen wird. Wir können hier nicht die ganze Palette der Fragen und Wünsche, der kleinen und großen Erfolge auffächern, die unsere Ostpreußische Familie zu einem weit bekannten und anerkannten Forum machen. Aber wir wollen in unserer heutigen Kolumne einen Einblick in diese, von unseren Leserinnen und Lesern mitgetragene Arbeit geben, die trotz oder gerade wegen der fortgeschrittenen Zeit immer stärker an Bedeutung gewinnt, weil sie die Vergangenheit transparent macht.

Es ist vor allem die Familienforschung, die immer mehr an Stellenwert gewinnt und dies bei allen Generationen. Die Älteren, die noch in der Heimat einen Teil ihrer Kindheit und Jugend verbracht haben, wollen ihre Erinnerungen für die Nachwelt bewahren. Die Jüngeren suchen, unbehindert von Erlebnissen und Emotionen, die Wurzeln ihrer Familie. Über die manchmal Eltern und Großeltern geschwiegen haben, weil sie nicht darüber sprechen wollten oder konnten. Das ist für die Spurensuche erschwerend, weil es manchmal kaum verwertbare Dokumente und andere brauchbare Unterlagen gibt. Hinzu kommen die Schwierigkeiten durch die vielfache Änderung der Orts- und Familiennamen im vergangenen Jahrhundert. Hier versucht die Ostpreußische Familie zu helfen – obgleich wir über keine vollständige Namenskartei der ostpreußischen Bevölkerung verfügen, wie manche Anfragenden glauben – durch Prüfung der Angaben, wobei manche schon nach der ersten Durchsicht direkt berichtigt werden, ehe sie durch Veröffentlichung in unserer Kolumne die Leserschaft erreichen. Aus der dann manchmal überraschende Hinweise oder sogar konkrete Angaben kommen, die bis zum Auffinden von Verwandten führen können.

In diesem Sektor ist unsere heutige Suchfrage einzuordnen, die Frau **Christel Thielker** aus Bochum stellt. Sie beschäftigt sich seit Jahren mit der Erforschung ihrer ostpreußischen Vorfahren und ist da schon gut vorangekommen. Es gibt aber doch Lücken, und die finden sich in der Linie Joswig (Johswig) aus Sokollken, Kreis Treuburg. Ihr Großvater **Gustav Michael Joswig**, *1874 in Sokollken, war der Sohn von **Johann Johswig**, Losmann in Sokollken. Bei Namen und Herkunft von dessen Ehefrau driften die Urkunden auseinander, in einer wird der Name seiner Ehefrau mit **Marie** geborene **Grell** angegeben, in einer anderen mit **Wilhelmine** geborene **Gröll**, Tochter des Wirtssohnes **Friedrich** Groell und **Caroline Zakowski** aus Mlinicken. Die Eltern von Johann Johswig, *1829, waren der Wirt **Friedrich Johswich** und **Catharina** geborene **Prysas** aus Barannen. Hier gibt es Unklarheiten, die aber nicht den eigentlichen Kern der Suchfrage von Frau Thielker betreffen: Es handelt sich um eventuelle Geschwister ihres Großvaters, nach denen sie forscht. Eine Schwester soll mit einem „**Recklies**“ verheiratet gewesen sein. Nun bekam Frau Thielker durch Zufall einen Zeitungsausschnitt von 1941 mit einer Anzeige in die Hand, in der **Irene** Recklies geborene **Herr** und **Horst-Werner Recklies**, Spielleiter am Reichssender Königsberg, die Geburt ihrer Tochter **Monika-Irene** verkünden. Auf der Suche im Internet fand sie diesen Namen in einem Bericht über ein 2001 von mir geleitetes Seminar über den Reichssender Königsberg im Ostheim in Bad Pyrmont, an dem Irene Recklies als Referentin teilgenommen hatte. Frau Thielker bat um Verbindung zu Frau Recklies oder ihrer Tochter Irene, aber ich musste leider erfahren, dass Irene vor einigen Jahren verstorben ist. Ihre Tochter konnte zwar bestätigen, dass ihre Großmutter eine geborene Joswig war, aber nicht, dass es sich um die Schwester von Frau Thielkers Großvater handelte. So bleibt die Frage nach den Geschwistern von Gustav Michael Joswig offen und findet vielleicht in unserem Leserkreis Resonanz, dem wir nun die Frage vorlegen: Wer ist mit der Familie Joswig aus Sokollken, Kreis Treuburg, (später Halldorf) verwandt oder kann über diese Linie etwas aussagen? (Christel Thielker, An der Holtbrügge 20 in 44795 Bochum, Telefon 0234/861760.)

Widersprüchlich waren die Angaben, die **Hermann Spannekrebs** im Jahr 1948 gegenüber dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) machte, als er seine Frau **Elisabeth** suchte. Vielleicht lag es daran, dass ihr Schicksal und das ihrer Kinder bis heute nicht geklärt werden konnten. Nun ist seine Enkelin **Anke Zschiesche** aus Berlin auf der Suche nach den vermissten Angehörigen. Dazu gehören die Kinder ihrer Stiefgroßmutter Elisabeth Spannekrebs geborene **Perkuhn**, *25. November 1903 in Klein Schrankheim. Es handelt sich um die Schwestern **Gertrud**, *28. März 1930, **Edith**, *8. März 1931, **Anneliese**, *20. Februar 1933, und **Hildegard Spannekrebs** *20. Dezember 1934 in Schakenhof, Kreis Gerdauen. Niemand weiß, wo sie geblieben sind, ob sie flüchteten, ob sie in der Heimat verblieben, ob sie dort starben oder verschleppt wurden. Auch die Enkelin des ehemaligen Besitzers des Gutes Schakenhof konnte keine Auskunft geben. Erinnert sich jemand an die bei Kriegsende 41-jährige Frau, war mit ihr und ihren Kindern irgendwo zusammen? Der selten vorkommende Name hilft vielleicht weiter. (Anke Zschiesche, Marienstraße 15 in 12459 Berlin, Telefon 030/74768246.)



Gestaltet von Isaak Riga im Jahr 1701: Der Taufengel in der Kirche von Sorquitten Bild: privat

Der Mädchenname der Frau Spannekrebs wird unseren Landsmann **Knut Walter Perkuhn** alarmiert haben, forscht er doch unentwegt nach Angehörigen dieser weit verzweigten altpreußischen Sippe. In einem Fall kommt er trotz jahrelangen Bemühens einfach nicht weiter. Es handelt sich um die Familie Perkuhn aus Skuldeinen bei Kuckerneese in der Elchniederung. Der letzte Besitzer des nur zwei Kilometer von dem großen Marktort entfernten 26-Hektar-Hofes war **Rudolf** Perkuhn, der Name seiner Frau ist unbekannt. Es fehlen auch sämtliche Angaben über Kinder oder weitere Angehörige. Aber es muss doch Landsleute geben, die diese Familie gekannt haben und etwas über ihren Verbleib sagen können. Dies ist wirklich der letzte Versuch, und vielleicht ergibt sich jetzt beim Deutschlandtreffen ein Hinweis. (Knut Walter Perkuhn, Bergstraße 25 in 29565 Wriedel-Brockhöfe, Telefon 05829/1668.)

Und damit sind wir in Erfurt. Was hier und heute geschieht, wird auch in unserer Ostpreußischen Familie seinen Widerhall finden wie nach jedem großen Ostpreußentreffen. So wie schon im Voraus viele Hinweise auf erhoffte Gespräche kamen, auf Wünsche, die persönlich vorgetragen werden. Landsleute, mit denen wir in der letzten Zeit in Verbindung standen, signalisierten: Auf Wiedersehen in Erfurt! Leider kann ich wohl diesmal nicht dabei sein, das liegt vor allem an dem Berg von Post auf meinem Schreibtisch, der kontinuierlich abgebaut werden muss, damit die „Ostpreußische Familie“ in wöchentlicher Regelmäßigkeit und im gewohnten Umfang erscheinen kann. Und auch die Erfüllung der nicht so schwerwiegenden Wünsche, die auf heimatlichen Erinnerungen beruhen, darf nicht auf die lange Bank geschoben werden, denn sie werden gerade von älteren Leserinnen und Lesern gestellt, die nicht mehr an einem Treffen teilnehmen und damit keine direkten Gespräche führen können. Wenn es manchmal auch nur ein gefundenes Gedicht ist, ein heiteres Poem wie das von dem Hering und der Pellkartoffel, das Frau **Hanna Büchele** aus Backnang suchte. Sie hat es bekommen und es entpuppte sich als „Ballade von Paul Linke“! Also kein heimatliches Poem wie vermutet. Ein solches übersandte uns Herr **Klaus Hardt** aus Berlin, es ist in ostpreußischem Platt, spielt „Ane Fischbrück“ und hat unseren Leser mit den deftigen Ausdrükken der einstmals berühmt-berüchtigten „Fischweiber“ amüsiert, wobei ihm das Schimpfwort „Klammersacksche“ besonders gefiel. Womit wir wieder beim Plachandern wären. Und damit in Erfurt.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Unsere „Ostpreußische Familie“ wird überall spürbar sein. So ist einer unser eifrigsten Mithelfer, Herr **Frank Schneidewind** aus Olpe, gerne bereit, am Info-Stand der Heimatkreisgemeinschaft Braunsberg bei Suchfragen seine Erfahrungen einzubringen. In letzter Zeit erhielt er von älteren Landsleuten erneut gerettete Gegenstände aus den Vertriebenengebieten und ist gerne bereit, sie jüngeren Interessenten zu überlassen, so zwei wunderschöne Porzellanteller der ostdeutschen Manufakturen Tiefenfurt und Königszelt. Für Herrn Dr. **Wolfgang Fiedler** aus Richtenberg ist das Treffen besonders wichtig, um Kontakt zu den ostpreußischen Kreisen zu gewinnen, in deren alten Kirchen sich Taufengel befanden oder sogar noch befinden. Wie in der evangelischen Kirche von Sorquitten, wo der barocke Taufengel mit seinen goldenen Schwingen die Taufschale in den Händen hält. Eine Stunde der Besinnung und Andacht in diesem lichten Gotteshaus in der masurischen Seelandschaft vermittelt dem Heimatsuchenden ein wunderbares Gefühl der Geborgenheit, ich habe es selbst erleben dürfen. Herr Dr. Fiedler übersandte uns das Bild als Dank für die Hilfe auf der Suche nach Taufengeln in Ostpreußen – 75 Kirchen wurden ihm aus unserem Leserkreis genannt. Und mein ganz besonderer Gruß gilt der Gruppe ehemaliger Königsberger Kinder, die sich hier treffen wollen, denen unsere Ostpreußische Familie Halt und Mut gegeben hat, die Vergangenheit aufzuarbeiten. Dazu will auch die russische Radiomoderatorin **Spesivisev Ilya** helfen, die mich um Beiträge für deutschsprachige Sendungen für den Königsberger Sender gebeten hatte. Ich habe ihr einige Aufnahmen mit Gedichten und Geschichten aus dem alten Ostpreußen – denn solche wollte sie haben – zugestellt, und sie hat sich herzlich bedankt, in deutscher Sprache und sogar in Reimen: „Vielen Dank für Rundfunkstimme. Es ist aktuell wie immer. Wünsche sehr, sie zu sehen und ein Plaudern zu drehen. Zwischen heute und gestern eine Brücke zu stellen. Darauf wartet auch die Reise, ja nach Erfurt liegen Gleise …“

Vielleicht verspüren nach diesem Einblick in unsere Familienarbeit manche Teilnehmer des Deutschlandtreffens, die bisher die *PAZ/Das Ostpreußenblatt* nicht oder nur flüchtig kannten, den Wunsch, sich auch an uns zu wenden. Dafür steht auf dem Stand der *PAZ*-Redaktion ein Briefkasten für schriftlich formulierte Anliegen bereit. Bitte immer die volle Anschrift möglichst mit Telefonnummer angeben und das Einverständnis für eine Veröffentlichung.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Für McAllister war es der »emotionale Höhepunkt«

Niedersachsens Ministerpräsident besuchte die deutsche Volksgruppe im oberschlesischen Oppeln

Erstmals hat der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister (CDU) die Woiwodschaften Großpolen (Posen) und Niederschlesien, mit denen Hannover partnerschaftliche Beziehungen pflegt, besucht. Dabei stattete er auch der deutschen Volksgruppe in Oberschlesien einen Besuch ab.

David McAllister beendete seine dreitägige Reise in die Republik Polen mit einem Besuch beim Verband deutscher Gesellschaften (VdG). Gastgeber Bernard Gaida, der dem VdG seit zwei Jahren vorsteht, hatte den Politiker letzten September nach Oppeln eingeladen, nachdem ihn dieser als frischgebackener Ministerpräsident in Hannover empfangen hatte. Bei McAllisters Gegenbesuch in Gaidas Heimat waren auch der deutschstämmige Bischof der Diözese Oppeln, Andreas Czaja, und Vizemarschall Roman Kolek anwesend.

Zwischen den Universitäten zu Oppeln und Osnabrück wurde ein wissenschaftliches Forschungsprojekt zur Zweisprachigkeit in der frühkindlichen Bildung verabredet. Der VdG reagierte damit auf die jüngsten Ergebnisse des Runden Tisches zu „Bilanz und Perspektiven des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages von 1991“. Wie die Bundesregierung attestierte, bauten die Förderinstrumente des polnischen Staates auf einen Sprachgebrauch im häuslichen Bereich auf, der jedoch im Falle der deutschen Volksgruppe stark rückläufig sei. Die vom anwesenden Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Götz, schon im vergangenen Jahr ins Rollen gebrachte Zusammenarbeit in der zweisprachigen Erwachsenenbildung wurde ebenso bekräftigt, wie ein Austauschprogramm für angehende Kindergärtnerinnen. Nach den mehrstündigen Gesprächen in Oppeln sprach McAllister sichtlich bewegt vom „emotionalen Höhepunkt“ seiner Reise.



Im Kreise polnischer Politiker: David McAllister (2. von links) Bild: Grzimek

Am Vortag hatte das Aufsichtsratsmitglied der Volkswagen AG in Posen das nach Hannover zweitgrößte Werk der Nutzfahrzeugsparte besichtigt. In der Messestadt an der Warthe produzieren die Wolfsburger die Modelle „Caddy“ und „Transporter“. Auch der Abend des 11. Mai stand ganz im Zeichen der Handelsbeziehungen. Im Garten des Breslauer Generalkonsulats eröffnete der 40-Jährige den deutsch-polnischen Wirtschafstag, der eigens um einen Monat vorverlegt wurde. Beim Stelldichein der schlesischen Wirtschaft kamen rund 700 Gäste zusammen. Neben zahlreichen Würdenträgern aus Politik und Gesellschaft begrüßte Generalkonsul Bernhard Brasack insbesondere die zahlreichen niedersächsischen Unternehmer, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten in Schlesien investiert haben. Mit einem großen, einladenden Stand war etwa die Firma Paul Schokemöhle Logistics vertreten. Die Spedition des gleichnamigen Springreiters aus Mühlen bei Steinfeld wickelt ihr Polengeschäft über Krappitz im Oppelner Land ab. Für das leibliche Wohl sorgten Spezialitäten aus niedersächsischen Landen, serviert von den Firmen Dieter Hein, Nordmilch, Nordzucker und Vogler Fleisch.

Vor Studenten der Universität Breslau erinnerte McAllister an die Aufnahme von mehr als 700 000 Schlesiern nach Flucht und Vertreibung. Die heutige Partnerschaft mit der Woiwodschaft Niederschlesien sei unmittelbar auf die seit 1950 bestehende Patenschaft über die Landsmannschaft Schlesien zurückzuführen: „Dialog und Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen sind auch für künftige Generationen nach wie vor wichtige Aufgaben.“ Daran knüpft das Land Niedersachsen mit der Verleihung des 1977 gestifteten Kulturpreises Schlesien an, der in diesem Jahr an den aus Lyck in Ostpreußen stammenden und heute in Breslau schaffenden Bildhauer Stanislaw Wysocki geht. Im Atelier des Künstlers bestaunte McAllister die Skulptur „Silesia“, mit der die Kulturpreisträger am 3. September dieses Jahres in Goslar ausgezeichnet werden. Schon am 26. und 27. Juni wird die Landeshauptstadt Hannover das Deutschlandtreffen der Schlesier ausrichten. *Oliver Grzimek*

Wir gratulieren ...

ZUM 99. GEBURTSTAG

Ludwig, Margarete, geb. **Tewes**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Frankenweg 8, 74653 Künzelsau, am 4. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Prostka, Adolf, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Ochsenkoppel 3, 24796 Bovenau, am 4. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bachmann, Milda, geb. Riske, aus St. Lorenz, Kreis Samland, jetzt Süder Gath 96, 25899 Niebüll, am 31. Mai

Bökens, Gertrud, geb. **Braun**, aus Kleinerlenrode, Kreis Elchniederung, jetzt Urdenbacher Allee 37, 40593 Düsseldorf, am 2. Juni

Fortak, Ottilie, geb. **Latza**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Hofer Straße 42, 08606 Oelsnitz, am 1. Juni

Liedtke, Eva, geb. **Tiedmann**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Blumenheckstraße 76, 75177 Pforzheim, am 31. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Birkner, Edith, geb. **Lorenz**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Van-Delden-Straße 12, 48683 Ahaus, am 2. Juni

Kock, Franz, aus Elbing, jetzt Großheidestraße 15, 22303 Hamburg, am 23. Mai

Lückert, Hildegard, geb. **Granzow**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Lutherplatz 8, 99817 Eisenach, am 5. Juni

Mischorr, Heinz, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Elsterweg 8, 75382 Althengstett, am 1. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Kühne, Gerda, geb. **Eder**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Dahldorfer Weg 19, 39397 Gröningen, am 2. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Cornelsen, Charlotte, geb. **Philipp**, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, jetzt Hamburger Straße 71, 28205 Bremen, am 5. Juni

TERMINE DER LO

Jahr 2011

28./29. Mai: Deutschlandtreffen in Erfurt
10./13. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont
16. Juli: Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein
23.–25. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
10.–16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont
15.16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen
28.–30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont
5./6. November: OLV in Bad Pyrmont
7.–11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Nowitzki, Helmut, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt Möllner Landstraße 119 C, 22177 Hamburg, am 3. Juni

Schweiger, Erich, aus Kortmedien, Kreis Wehlau, jetzt Siegener Straße 29, 56477 Rennerod, am 5. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dadzio, Helene, geb. **Ostrowski**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, jetzt OT Wittkopsbostel, Langenstraße 6, 27383 Scheeßel, am 31. Mai

Fehlhaber, Frieda, geb. **Soboll**, aus Eichensee, Kreis Lyck, jetzt Kramerstraße 2, 31547 Rehburg-Loccum, am 2. Juni

Karasch, Fritz, aus Babeck, Kreis Treuburg, und Rumeyken, Kreis Lyck, jetzt Kirchweg 8, 39638 Weteritz, am 1. Juni

Matzdorf, Charlotte, geb. **Lojewski**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Heisinger Straße 451, 45259 Essen, am 30. Mai

Mootz, Else, geb. **Salamon**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt In der Römerstadt 181 E/2, 60439 Frankfurt, am 4. Juni

Rimsa, Irene, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Tulpenweg 2, 56587 Straßenhaus, am 4. Juni

Siewert, Emma, geb. **Radzuweit**, aus Ebenrode, jetzt Walter-Schwagenscheidt-Straße, 61476 Kronberg, am 30. Mai

Stenzeleit, Erna, geb. **Schapals**, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Bruno-Hans-Bürgel-Straße 43, 16833 Fehrbellin, am 2. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Baginski, Gisela, geb. **Jedamski**, aus Neidenburg, jetzt Segebergstraße 27, 23617 Stockelsdorf, am 2. Juni

Dolenga, Kurt, aus Bobern, Kreis Lyck, jetzt Glockenbergstraße 151, 38350 Helmstedt, am 5. Juni

Golob, Hildegard, geb. **Unruh**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, jetzt Poggenbruchstraße 63, 27572 Bremerhaven, am 31. Mai

Kaminski, Erika, geb. **Lelittko**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, jetzt Königsberger Ring 3, 23617 Stockelsdorf, am 30. Mai

Karow, Käthe, geb. **Kowalewski**, aus Kutzen, Kreis Lyck, jetzt Ginsterweg 1, 47551 Bedburg-Hau, am 2. Juni

Kuhn, Hedwig, geb. **Kuhn**, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Wohnpark am Jordanbad, Jordanbad 9, App. 37, 88400 Biberach/Riß, am 3. Juni

Naguschewski, Fritz, aus Ortelsburg, jetzt Sauerlandstraße 18, 45889 Gelsenkirchen, am 1. Juni

Runck, Ursula, geb. **Arlat**, aus Ebenrode, jetzt Pater-Roth-Straße 2, 86157 Augsburg, am 5. Juni

Schirmacher, Magdalene, geb. **Lehwald**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Frithjofstraße 2, 28755 Bremen, am 2. Juni

Wilhelms, Margarete, geb. **Zint**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Flotowstraße 11, 18273 Güstrow, am 2. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Adolph, Gerda, geb. **Waschull**, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Handschuhsheimer Landstraße 74, 69121 Heidelberg, am 2. Juni

Bohnhof, Karl, aus Lyck, Soldauer Weg 11, jetzt Am Südhang 4, 58300 Wetter, am 1. Juni

Didszun, Hildegard, geb. **Herzog**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, jetzt Dwarsglupe 11, 26603 Aurich, am 30. Mai

Dienhardt, Erika, geb. **Kopiszenski**, aus Bobern, Kreis Lyck, jetzt Lilienthalstraße 39, 40474 Düsseldorf, am 30. Mai

Geisler, Maria, geb. **Sylla**, aus Gorlau, Kreis Lyck, jetzt Gimborner Weg 16, 51061 Köln, am 2. Juni

Großmann, Käte, geb. **Kieselbach**, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Dorfstraße 8, 18551 Lohme/Rügen, am 5. Juni

Janz, Arutr, aus Klein Marienwalde, Kreis Elchniederung, jetzt RR #2, Darlingford MB R0G 0L0, Canada, am 2. Juni

Kattelat, Rosemarie, geb. **Paul**, aus Wargienen, Kreis Wehlau, jetzt Rosa-Luxemburg-Straße 3, 06388 Baasdorf, am 30. Mai

Lukke, Anna Luise, aus Memel, jetzt Breslauer Straße 62, 21337 Lüneburg, am 1. Juni

Marks, Helmut, aus Treuburg, jetzt Elbestraße 1, 81677 München, am 30. Mai

May, Ursula, geb. **Stoermer**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Am Königshof 1-3, 40822 Mettmann, am 4. Juni

Mirbach, Ruth, geb. **Ziehe**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, jetzt Hugo-Gaudig-Straße 19, 26131 Oldenburg, am 31. Mai

Müller, Wolf, aus Lyck, jetzt Europaring 111, 53123 Bonn, am 31. Mai

Nützel, Ilse, geb. **Matthée**, aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt Wilhelminenstraße 8, 95444 Bayreuth, am 30. Mai

Patzer, Hedwig, geb. **Schramma**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, jetzt Langenbergstraße 40, Ernst-Louisen-Heim, 32049 Herford, am 30. Mai

Pietsch, Gertrud, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Kirchenhang 19, 21073 Hamburg, am 2. Juni

Piontek, Anna, aus Statzen, Kreis Lyck, jetzt Burgkunstadter Straße 25, 96260 Weismain, am 5. Juni

Quilitzsch, Ruth, geb. **Wagner**, aus Klaussen, Kreis Lyck, jetzt Sohler Weg 16, 56564 Neuwied, am 1. Juni

Romott, Frieda, aus Treuburg, jetzt Neutorstraße 20, 89073 Ulm, am 5. Juni

Schalk, Anneliese, geb. **Kuchenbecker**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Schubertweg 3, 52249 Eschweiler, am 2. Juni

Schüttke, Alfred, aus Richau, Kreis Wehlau, und aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, jetzt Auf dem Feuerrohr 5, 30900 Wedemark, am 3. Juni

Simmat, Kurt, aus Ebenrode, jetzt Königsberger Straße 12, 56170 Bendorf, am 4. Juni

Sreball, Charlotte, aus Aschpalten, Kreis Elchniederung, jetzt Jahnstraße 32, 48529 Nordhorn, am 5. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Böttcher-Jodeit, Gerda, geb. **Jodeit**, aus Inse, Kreis Elchniederung, jetzt Grethenweg 141, 60598 Frankfurt, am 5. Juni

Bysio, Waldemar, aus Angerburg, jetzt Suhrnkrog 7, 23701 Eutin, am 30. Mai

Dauner, Ilse, geb. **Damerau**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Oggenhauser Straße 71, 89537 Giengen, am 3. Juni

Dennig, Lieselotte, geb. **Synowzik**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Schieferkamp 12, 30455 Hannover, am 3. Juni

Dittwald, Erna, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, jetzt Flotower Straße 5, 17219 Marihn, am 2. Juni

Doktorowski, Gertrud, geb. **Gayko**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, jetzt Am Sportplatz 5, 21218 Seevetal, am 3. Juni

Driemel, Ilma, geb. **Kusch**, aus Fischhausen, Kreis Samland, jetzt Heinrich-Zille-Straße 13 A, 06114 Halle/Saale, am 31. Mai

Eichholz, Ursula, geb. **Growe**, aus Groß Ottenhagen, Kreis Königsberg, jetzt Kalverkamp 35, 46238 Bottrop, am 28. Mai

Hantscher, Helga, geb. **Sabulowski**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Am Ennenpfuhl 1, 38723 Seesen, am 5. Juni

Hartleib, Anni, geb. **Liszio**, aus Lötzen, jetzt Mittelweg 15, 38165 Lehre, am 30. Mai

Hocke, Hildegard, geb. **Heydasch**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, jetzt Emil-Nolde-Straße 30, 24937 Flensburg, am 5. Juni

Horn, Elisabeth, geb. **Moreyko**, aus Lengau, Kreis Treuburg, jetzt Allerseelenstraße 13, 51105 Köln, am 31. Mai

Irritje, Fritz, aus Stolzenau, Kreis Ebenrode, jetzt Ostpreußenring 92, 23569 Lübeck, am 30. Mai

Jaritz, Elisabeth, geb. **Böhm**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, jetzt Karlstraße 28, 37355 Rüdigershagen, am 4. Juni

Kath, Hildegard, geb. **Meschokat**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, jetzt Bahnhofstraße 14, 29468 Bergen, am 3. Juni

Klein, Ursula, geb. **Klein**, aus Richau, Kreis Wehlau, jetzt Greifenberger Straße 8, 25704 Meldorf, am 31. Mai

Krieger, Arno, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, jetzt Trakehner Weg 36, 22844 Norderstedt, am 5. Juni

Luckow, Antonie, aus Jaugehnen, Kreis Samland, jetzt Pfefferstück 12, 58097 Hagen, am 4. Juni

Maaß, Herta, geb. **Lutz**, aus Medenau, Kreis Samland, jetzt Güstrower Chaussee 5, 19406 Sternberg, am 30. Mai

Maczeyzik, Werner, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Moltkestraße 73, 59077 Hamm, am 2. Juni

Niemann, Hildegard, geb. **Bolinski**, aus Santop, Kreis Neidenburg, jetzt Auf dem Dahlacker 40, 44807 Bochum, am 5. Juni

Nötzold, Käthe, geb. **Merchel**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, jetzt Am Kucksberg 39, 44227 Dortmund, am 3. Juni

Novinski, Otto, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, jetzt Heierkoppel 13, 22952 Lütjensee, am 2. Juni

Parzianka, Irmgard, aus Steinwalde, Kreis Lötzen, jetzt Karl-Jarres-Straße 191, 47053 Duisburg, am 31. Mai

Pucknat, Waldemar, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, jetzt Auf dem Wittenberge 24, 27211 Bassum, am 1. Juni

Schmidtke, Herbert, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, jetzt Stargarder Straße 8, 23689 Pansdorf, am 1. Juni

Schulz, Eva, geb. **Schröter**, aus Neidenburg, jetzt Stöteroggestraße 55, 21339 Lüneburg, am 1. Juni

Schulz, Kurt, aus Wehlau, Memeler Straße, jetzt Dörfleser Anger 30, 96317 Kronach, am 31. Mai

Schumann, Ilse, geb. **Breitenbach**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Lassallestraße 12, 04860 Torgau, am 4. Juni

Tobien, Ursula, geb. **Grund**, aus Hubnicken, Kreis Samland, jetzt Amselweg 23, 52223 Stolberg, am 5. Juni

Weingart, Ruth, geb. **Becker**, aus Treuburg, jetzt An der Wallmei 43, 34431 Marsberg, am 3. Juni

Willutzki, Ernst-August, aus Lyck, Morgenstraße 33, jetzt Weisenauer Gasse 21, 65474 Bischofsheim, am 31. Mai

Wisniewski, Erna, geb. **Czidowski**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Hölterstraße 5, 45549 Sprockhövel, am 2. Juni

Zalenga, Gertrud, aus Neidenburg, jetzt Rudolfsplatz 4/V, 38118 Braunschweig, am 4. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Breda, Heinz, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, jetzt Coesfelder Weg 11 B, 13507 Berlin, am 3. Juni

Buy, Frans du, aus Reppenstedt, jetzt Mittelweg 6, 21391 Reppenstedt, am 31. Mai

Dobat, Rudi, aus Ebenrode, jetzt Fliederstraße 33, 44147 Dortmund, am 5. Juni

Drossel, Elfriede, geb. **Bubbat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Ahornstraße 12, 14163 Berlin, am 2. Juni

Duncker, Christa, geb. **Tiedtke**, aus Fischhausen, Kreis Samland, jetzt Timpenbarg 34, 23730 Neustadt, am 1. Juni

Ehrenfried, Horst, aus Lyck, Ludendorffstraße 12, jetzt Bunsenstraße 10, 32791 Lage, am 3. Juni

Gebhardt, Frieda, geb. **Kuzcinski**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, jetzt Glashütter Weg 63, 22844 Norderstedt, am 31. Mai

Gerden, Josef, aus Gorlau, Kreis Lyck, und Ortelsburg, jetzt Gotlandweg 181, 59494 Soest, am 3. Juni

Gritzka, Günter, aus Erlental, Kreis Treuburg, jetzt Bahnhofstraße 16, 16866 Kyritz, am 30. Mai

Heidorn, Hildegard, geb. **Sokolis**, aus Davidshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Königsberger Straße 10, 33813 Oerlinghausen, am 30. Mai

Hörl, Irmgard, geb. **Bahlo**, aus Lyck, Danziger Straße 3, jetzt Wellekamp 11, 38440 Wolfsburg, am 5. Juni

Hoffmann, Alfred, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Am Rebenring 9, 37632 Eschershausen, am 2. Juni

Kownatzki, Ilse, aus Theerwischwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Röntgenweg 13, 35260 Stadtallendorf, am 31. Mai

Meyer, Walburga, geb. **Wengorz**, aus Lyck, Hindenburgstraße 19, jetzt Morgenlandstraße 8, 28237 Bremen, am 4. Juni

Nasner, Klaus, aus Lyck, Hindenburgstraße 63, jetzt Dobbelersweg 29, bei Engel, 20537 Hamburg, am 5. Juni

Neumann, Ursula, geb. **Sodeik**, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, jetzt Drosselweg 4, 58455 Witten, am 1. Juni

Radszuweit, Ulrich, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, jetzt Bonesender Straße 24, 41751 Viersen, am 31. Mai

Richter, Gisela, geb. **Guhl**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Rosengarten 19, 36318 Schwalmtal, am 5. Juni

Rieck, Heinz, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, jetzt Höfen 7, 82284 Grafrath, am 4. Juni

Römstedt, Edeltraud, geb. **Lange**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Hermann-Löns-Ring 33, 21354 Bleckede, am 1. Juni

Romahn, Fritz, aus Rauschbach, Kreis Heiligenbeil, jetzt Brammerau 13, 24793 Brammer, am 30. Mai

Ruppenstein, Dettmar Erwin, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, jetzt RR #2 devlin, P0W 1C0 Ontario, Canada, am 3. Juni

Ruschenski, Heinz, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Ringstraße 52, 03050 Cottbus, am 4. Juni

Samulowitz, Waltraud, aus Neidenburg, jetzt Cäcilienstraße 36, 45892 Gelsenkirchen, am 4. Juni

Scheffler, Karin, geb. **Scheffler**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Nonnenstieg 50, 37075 Göttingen, am 5. Juni

Schnurpfeil, Else, geb. **Stallbaum**, aus Norgau, Kreis Samland, jetzt Heidering 1, 21218 Seevetal, am 31. Mai

Siebrandt, Klaus, aus Worienen, groß Ottenhagen, Kreis Königsberg, jetzt Am Jahnplatz 13, am 26. Mai

Stürmer, Elfriede, geb. **von Reilein**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, jetzt Dammstraße 38, 03222 Lübbenau, am 2. Juni

Wagner, Hildegard, geb. **Palloks**, aus Jägerhöh, Kreis Elchniederung, jetzt Ringstraße 15, 67731 Otterbach, am 2. Juni

Windt, Kurt, aus Barten, Kreis Rastenburg, jetzt Birkenweg 4, 57610 Altenkirchen / Westerwald, am 1. Juni

Wittko, Fritz, aus Wiskiauten, Kreis Samland, jetzt Dieffenbachstraße 39, 10967 Berlin, am 1. Juni



Liedtke, Erich, aus Gabditten, Kreis Heiligenbeil, und Frau Helga, geb. **Bohm**, aus Naseband, Kreis Neustettin, Pommern, jetzt Vahlenkamp 3, 27729 Hambergen, am 26. Mai

Trakehnerverband

Erweitertes Prüfungsangebot beim Trakehner Bundesturnier: Zum siebten Mal findet das Trakehner Bundesturnier im Reiterstadion von Hannover statt: 2011 wird das Top-Ereignis vom 21. bis 24. Juli veranstaltet. Die Athleten messen sich in Dressur, Springen, Vielseitigkeit und Fahren. In den einzelnen Disziplinen werden darüber hinaus die Trakehner Champions gekürt und die Zuchtleitung nominiert die drei- und vierjährigen Kandidaten. Das Prüfungsangebot wurde 2011 einmal mehr erweitert. Fester Bestandteil des Turniers ist die Fohlen-Auktion. Der Eintritt zum Trakehner Bundesturnier ist an allen Tagen frei – ein Besuch bei dem Top-Event lohnt sich immer!

Mehr Informationen und die Ausschreibung im Internet: http://www.trakehner-verband.de

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Lahr – Donnerstag, 9. Juni, 18 Uhr, Gaststätte „Zum Zarko", Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Schwäbisch-Hall – Mittwoch, 1. Juni, 14.30 Uhr, Hotel Sölch, Hauffstraße 14: Heimatnachmittag der Kreisgruppe der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen sowie Pommern. In Änderung des Programms werden „Ostpreußische Volksweisen" präsentiert. – Mittwoch, 15. Juni, 9 Uhr, Schulzentrum West in Schwäbisch Hall: Tagesfahrt zum „Kloster in Hohenlohe". Besichtigt wird das Kloster Schöntal mit Führung. Nach dem Genuss der wunderschönen Landschaft erwartet die Teilnehmer die mächtige Anlage mit der Vielfalt ihrer großartig angelegten Gebäude. Auf der Rückfahrt wird bei einer Führung das Gemälde der „Madonna" von Grünwald in Stuppach erläutert. Telefonische Anmeldung erbeten unter (0791) 51782. Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen.

Weinheim – Mittwoch, 8. Juni, 14.30 Uhr, Café Wolf: Die Gruppe trifft sich zu einem heimatlichen Nachmittag mit Gedichten von Gottfried Herder, E.T.A. Hoffmann, Max von Schenkendorf, Johannes Bobrowski, Marie-Luise Koschnitz und Fritz Kudnig.

Stuttgart – Mittwoch, 8. Juni, 15 Uhr, Haus der Heimat, großer Saal: Monatstreffen der Kreisgruppe. „Die Kurische Nehrung einmal anders". Impressionen mittels Beamer, musikalisch untermalt von Peter Hohler, Klavier, und vorgetragen von Peter Juréwitz.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bad Wörishofen – Zum zehnten Mal trafen sich die getreuen Königsberger Ostpreußen mit ihren preußisch gesinnten treuen Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern in Bad Wörishofen, wo das heimatliche Café Schwermer Marzipan aus Königsberg, einst am schönen Schlossteich gelegen, wieder auferstanden ist. Ein besserer Königsberger Treffpunkt als hier bei Schwermer Marzipan wird sich kaum finden. Von Freitag, 6. Mai bis Sonntag, 8. Mai waren 32 Getreue in wahrer, herzlicher Gemeinschaft zusammen gekommen. Die alten und kranken Königsberger waren in Gedanken bei der Gruppe. Zuvor gab es telefonischen Kontakt. Am Freitag kam die Gruppe um 12.30 Uhr im Jagdhäusle an und nach einem Mittagessen besuchte Dietrich Stiel, der Enkel von Henry Schwermer, die Gruppe. Es war wieder ein herzliches ostpreußisches Miteinander mit Schabbern und Marzipangrüßchen. Immer stand die schöne Kindheit und Jugend daheim in Königsberg, der Schlossteich, die weißen Brötchen und der viel befahrene Pregel vor den Augen der Teilnehmer sowie ihre Liebe zur Heimat Ostpreußen im Herzen. Zum Abendessen gab es Weißwürstchen und Brezel. Die Gruppe verbrachte den Abend mit einer Filmvorführung und ostpreußischen Geschichten, dazu gab es Bärenfang. Heimatlieder erklangen. Nach dem gemeinsamen Frühstück am Sonnabend, dem 7. Mai, gab es ein Zusammensein mit Glaubensliedern und Glaubensbekenntnis, so wie es in Ostpreußen einst selbstverständlich war. Wie jedes Jahr gedachten die Teilnehmer auch der verstorbenen Landsleute, ihrer Ahnen, Mütter und Kinder in heimatlicher Erde, allen, die auf der Flucht und durch Terror umgekommen sind. Auch die tapferen deutschen Soldaten wurden nicht vergessen, die bis zuletzt gekämpft haben, damit noch viele vor der grausamen sowjetischen Armee und ihren aufgehetzten Soldaten bewahrt blieben. Am Nachmittag gab es Obstkuchen und Kaffee im Haus am Bach bei Städeles, wo die Gruppe wohnte. Der Sonnabend wurde mit einem festlichen Abendessen beendet. Der ostpreußische Abend stand unter dem Motto „Ostpreußen – die Kornkammer Deutschlands". Ein Land, wo Milch und Honig flossen und die weiten, großen, reifenden Felder, die großen Obstgärten und die vielen guten Fische aus Haff, See und Seen. An diesem Abend lag den Teilnehmern am Herzen, sich daran zu erinnern, was Ostpreußen ist, was Ostpreußen war und was es dem einstigen Deutschen Reich gab. So, wie es bis Herbst 1944 war. Ostpreußen, das ist Gastfreundschaft, Treue und christlicher Glaube, Muttchen, Vatchen, Tantchen, Lorbass und Marjellchen. Drei heimatliche Lieder ließ die Gruppe im Jagdhäusle erklingen. Gerhard Thal hatte gemeinsam mit seiner Tochter in Jedelshausen und Ulm vieles liebevoll vorbereitet. So hatte die Tochter eine neue Strophe zu „Heimat, wohlgeborgen, zwischen Strand und Strom, blühe heut und morgen, unterm Friedensdom" gefunden. Am Sonntag, 8. Mai fand nach einem guten Frühstück die Morgenandacht statt, in der der lieben, nie müde werdenden Müttern gedacht wurde. Die Teilnehmer nahmen sich auch die Zeit, sich die Erlebnisse von den Herzen zu reden, von der geliebten Heimat, vom Samland, von Georgenwalde, von Königsberg, von Ostpreußen. Es ist schon gut, wenn im heimatlichen Kreise, in der eine herzliche Gemeinschaft herrscht, diese traurigen Erlebnisse ausgesprochen werden können. Man fühlt sich verstanden und spürt Mitgefühl. Schön, dass dies in zehn Heimattreffen mit Königsbergern, Ostpreußen und Ehepartnern von Mal zu Mal vertrauensvoll gewachsen ist und die Atmosphäre herzlich geworden ist. Zum Abschied spielte wie immer Herr Städele, der betreuende Gastwirt, das passende Liedchen „Muss i denn zum Städele hinaus …" Gegen Mittag erfolgte die herzliche Verabschiedung und die Rückfahrt per Pkw und Zug. Telefonisch bleiben die Teilnehmer weiterhin in Verbindung, denn alle tragen der Heimat Ostpreußen Herz und Gesicht, und die ostpreußische Sprache. Wer so eine ostpreußische Gemeinschaft sucht, melde sich gerne bei dem älter, gläubiger und dankbarer gewordenen Lorbass aus Königsberg (Pr.) vom Fischmarkt, Beydritterweg und Juditten, der in Treue dankbar und fest seiner bleibenden Heimat verbunden ist: Gerhard Thal, Stifterweg 38, 89075 Ulm, Telefon (0731) 9508330.

Bamberg – Mittwoch, 15. Juni, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi, Promenade: Veranstaltung „Die Deutschen im Korridor 1919 bis 1939".

Landshut – Dienstag, 7. Juni, 12 Uhr, Minigolfplatz am Mitterwöhr: Treffen der Radfahrer, 14 Uhr: Treffen aller zusammen dort im Gasthaus zur Unterhaltung bei Kaffee und Kuchen.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 9. Juni, 14.30 Uhr, Café Häberle (mit Linie 7 bis Neu-Ulm, Schützenstraße): Treffen der Frauengruppe.



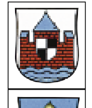
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

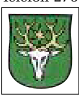
KREISGRUPPE



Lyck – Sonnabend, 4. Juni, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengl, Telefon (030) 5245479.



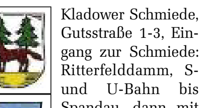
Tilsit-Ragnit/Tilsit-Stadt – Sonnabend, 4. Juni, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Ratshaus, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen für Tilsit-Ragnit bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881, für Tilsit-Stadt bei Heinz-Günther Meyer, Telefon 2751825.

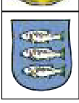


Wehlau – Sonntag, 5. Juni, 15 Uhr, „Lindengarten", Alt-Buckow 15a, 12349 Berlin, Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 7712354.



Gumbinnen / Johannisburg / Lötzen / Sensburg – Donnerstag, 9. Juni, 14 Uhr, Kladower Schmiede, Gutsstraße 1-3, Eingang zur Schmiede: Ritterfelddamm, S- und U-Bahn bis Spandau, dann mit dem Bus 135 zur Gutsstraße: Grill-Nachmittag. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Kirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.







Bartenstein – Sonnabend, 25. Juni, 14.30 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1-3, S-Bahnhof Zehlendorf, Sitzungssaal C 21: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

FRAUENGRUPPE



Mittwoch, 8. Juni, 13.30 Uhr, „Die Wille", Wilhelmstraße 115, 10962 Berlin: Referat über Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

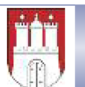
BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Mittwoch, 8. Juni, 15 Uhr: Die Gruppe trifft sich zur Besichtigung des Schulmuseums in Bremen, Auf der Hohwisch. Der Rundgang eröffnet einen Einblick in das Bildungswesen ab 1850. Anschließend bekommen alle Teilnehmer ein historisches Schulfrühstück mit Schmalzbrot, Sirupbrot und Muckefuck. Für Eintritt, Führung und Frühstück sind pro Person 8 Euro zu zahlen. Das Schulmuseum ist zu erreichen mit den BSAG-Linien 3 (Haltestelle „Auf der Hohwisch") und 10, 2 (Haltestelle „Ludwig-Quidde-Straße"). Weitergehende Informationen erteilt Heinrich Lohmann, Parkstraße 4 in 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 28. Mai, 18.15 Uhr, RBB: Unterwegs in Thüringen.
SONNABEND, 28. Mai, 19.15 Uhr, BR Alpha: Die Ostfront (1/3).
SONNTAG, Sonntag, 29. Mai, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
SONNTAG, 29. Mai, 17.30 Uhr, BR: Nachbarn: Pommern.
SONNTAG, 29. Mai, Der Krieg (1/6). Doku über den „Überfall auf Polen".
MONTAG, 30. Mai, 20.15 Uhr, Phoenix: Hitlers Stellvertreter. Aufstieg und Fall des Rudolf Heß.
MONTAG, 30. Mai, 21 Uhr, ARD: Kleider machen Deutsche. Von der Trümmerzeit in die wilden Sechziger.
DIENSTAG, 31. Mai, 20.15 Uhr, RBB: Starfighter. „Mit Hightech in den Tod".
DIENSTAG, 31. Mai, 22.05 Uhr, MDR: Der Krieg (2/6): Frankreichs Niederlage.
MITTWOCH, 1. Juni, 16 Uhr, HR: Budapest – Gesichter einer Stadt.
MITTWOCH, 1. Juni, arte: Der Spion vom Pariser Platz. „Wie die Amerikaner von Hitlers Giftgas erfuhren".
DONNERSTAG, 2. Juni, 16.50 Uhr, RBB: Sommer in Masuren.
DONNERSTAG, 2. Juni, 19.30 Uhr, 3sat: Spreewald – Labyrinth des Wassermanns.
DONNERSTAG, 2. Juni, 20.15 Uhr, NDR: mareTV: Die Danziger Bucht, 21 Uhr: Baltikum.
DONNERSTAG, 2. Juni, 23.35 Uhr, ZDF Kultur: 100 Jahre Adolf Hitler – Die letzten Stunden im Führerbunker.
FREITAG, 3. Juni, 15.30 Uhr, MDR: Eisenbahn-Romantik: Feldbahnschätze.
FREITAG, 3. Juni, 22.15 Uhr, N24: Ägypten – Die Wiege der Architektur.



HAMBURG

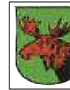
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat außer Juli und August im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahnstation Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 30. Mai, 15 Uhr, Gasthaus „Waldquelle", Meckelfeld, Höpenstraße 88 (erreichbar mit Bus 443 bis Waldquelle): Die Gruppe trifft sich zum Heimatnachmittag.

KREISGRUPPE



Elchniederung – Mittwoch, 29. Juni, 15 Uhr, Bundesstraße/Ecke Hohe Weide, Eimsbüttel (U-Bahn Christuskirche): Sommertreff. Nach dem Kaffee wird in gemütlicher Runde mit Vorträgen und frohen Liedern der Sommer empfangen. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt beträgt 2 Euro.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Landesgruppe – Dienstag, 7. Juni, 14.30 Uhr, Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg: Ab 15 Uhr berichtet Herr Joachim Ziemer, Kassel, über Aufgaben, Tätigkeiten und Begegnungen bei der Bahnhofsmission Kassel.

Kassel – „Die Rolle der westlichen Alliierten bei der Flucht und Vertreibung" hatte Herr Frank-Rainer Seelert aus Bassum das Thema seines Vortrags vor der Kreisgruppe genannt, dem fast 50 Mitglieder und Gäste gebannt lauschten. Bei „Vertreibung" denkt wohl jeder Ostdeutsche zuerst an Sowjets und Polen, die er meist unmittelbar in dieser Eigenschaft erlebt hat. Der Vortra-

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

gende wies aber darauf hin, wie viele Völkerverschiebungen, Umsiedlungen, Vertreibungen, Massenwanderungen in Europa im vorigen Jahrhundert stattfanden, wobei Vertreiber und Opfer oft wechselten. Bezogen auf die Vertreibung der Deutschen lieferte Churchill, der sich der polnischen Exilregierung in seinem Land verpflichtet fühlte, die ergiebigsten Methoden, deren Nutznießer die UdSSR, Polen, Tschechen waren. Mit vielen Details zeigte der Vortragende die Entwicklung auf, die u.a. durch die „Atlantik-Charta" im Februar 1944 veranlasst wurde. Darin wurde auf territoriale Veränderungen durch die Westmächte verzichtet, was sich aber als Theorie erwies. Gegen die von Churchill vorgeschlagene Westverschiebung Polens zu Lasten Deutschlands protestierten die USA, die nur der Abtrennung Ostpreußens, Danzigs und Oberschlesiens zustimmten. Über die Curzon-Linie als polnisch-russische Grenze wurde diskutiert, später über die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze, die die USA ablehnten. Stalin sah die Entscheidung gelassen, da seine Armee durch den raschen Vormarsch sowieso schon in Gebieten stand, aus denen die meisten Deutschen geflohen waren. Angst bereitete den Flüchtlingen jetzt die sowjetische Propaganda. Die „Potsdamer Konferenz" im Juli 1945 betonte, dass „die Überführung der Deutschen aus ihren Heimatgebieten ordnungsgemäß und human" zu erfolgen habe. Zu dieser Zeit war aber die „wilde" Vertreibung schon in vollem Gange (vollgestopfte Güterzüge, die von Polen ausgeplündert wurden). Furchtbare Verbrechen haben sich bei Flucht und Vertreibung abgespielt, die heute keiner mehr erwähnt. Die USA haben wohl versucht, verschiedentlich zur Mäßigung zu mahnen, die treibende Kraft war Großbritannien, dem ein wirtschaftlich starkes Deutschland schon lange ein Dorn im Auge war. Die in dem Vortrag aufgedeckte Entwicklung wirkte erschütternd und bedrückend. Lebhafte Diskussionen hielten die Zuhörer noch lange beieinander. Der Wunsch nach schriftlicher Darlegung der Zusammenhänge zur Weitergabe an die nächste Generation wurde erneut geäußert. Herrn Seelert ist für diesen Vortrag sehr zu danken.

Wiesbaden – 60 Jahre LOW in Hessen. Glanzvolle Feier im Nassauischen Stadtschloss. Unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des hessischen Landtages, Norbert Kartmann, gedachte die Landesgruppe Hessen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen (LOW) ihrer Gründung vor 60 Jahren. Im mit den Fahnen Ost- und Westpreußens geschmückten Musiksaal des Wiesbadener Stadtschlosses begingen rund 200 Gäste aus ganz Hessen das Jubiläum. Der von 1816 bis 39 auf Schloss Biebrich residierende Herzog Wilhelm I. ließ sich 1837 bis 41 das Stadtschloss in Wiesbaden erbauen, das im Wesentlichen bis heute original erhalten ist. Seit 1946 dienen die Räume dem Landtag. Zunächst konnten die Teilnehmer den in einer Rotunde neuerbauten Sitzungssaal unter fachkundiger Führung besichtigen. Landesvorsitzender Dietmar Strauß hieß die Ehrengäste und seine Landsleute herzlich willkommen. Nach einem Klaviervorspiel sang man gemeinsam stehen das Ostpreußenlied. Landtagspräsident Kartmann würdigte in seinem Grußwort die Bedeutung der Flüchtlinge und Vertriebenen beim Weideraufbau Hessens, ihren Zusammenhalt und ihre geglückte Integration. Auch die anderen Redner, unter ihnen der Landesvorsitzende des BdV, Alfred Herold, und der Vertreter des Wiesbadener Oberbürgermeisters, würdigten die Arbeit der LOW und beglückwünschte sie. Der Frauenchor der Kreisgruppe Wiesbaden sang das Masurenlied und das von Simon Dach gedichtete Lied „Ännchen von Tharau". Anschließend hielt Dr. Wolfgang Thüne„ Mitglied des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen und Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz, seinen ausgezeichneten Festvortrag, in dem er auf die Geschichte und das Wirken der LOW einging. Die Trachtentanzgruppe der Ost-, Westpreußen und Danziger aus Bad Vilbel zeigte ihre Kunst in den Tänzen Natanger, Gumbinner und Catch a failing star. Gemeinsam wurde das Westpreußenlied gesungen. Der geschliffene Vortrag der stellvertretenden Landesvorsitzenden Waltraud von Schaewen-Scheffler, in dem sie sich auch selbst karikierte, löste Heiterkeit aus und erhielt lang anhaltenden Beifall. Nach einer furiosen Klavierimprovisation sang man gemeinsam die Nationalhymne und der Vorsitzende Strauß dankte allen Teilnehmern herzlich für ihre Beiträge und den gelungenen Nachmittag.



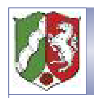
NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 9. Juni, 15 Uhr in der Begegnungsstätte Schützenwall 4: Die Gruppe versammelt sich zu ihrem Monatstreffen.

Osnabrück – Dienstag, 7. Juni, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Gruppe zum Kegeln.

Rinteln – Donnerstag, 9. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, in Rinteln. Der Vorsitzende Ralf-Peter Wunderlich gibt einen Bericht vom „Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt – eine Bilanz". Außerdem erfolgt aus Anlass der Gründung der Rintelner Landsmannschaft vor 60 Jahren ein kurzer geschichtlicher Rückblick. Neben den Mitgliedern sind auch Freunde und interessierte Gäste – aus nah und fern – herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei. Informationen zu den regelmäßig stattfindenden Treffen und zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386. – **Vom 20. bis 26. Oktober ist eine siebentägige Busreise** „Begegnung mit Königsberg / Kaliningrad (und Kurische Nehrung)" mit Professor Heinz Schürmann, Bielefeld, und Joachim Rebuschat, Rinteln, geplant. Vorgesehen sind kultur-, literatur- und architekturhistorische Spurensuche mit Erkundungen und Entdeckungen zwischen Vergangenheit und Gegenwart, Besichtigungen von Museen und Kirchen in und um Königsberg, eine Schiffstour auf dem Pregel sowie ein Ausflug auf die Kurische Nehrung. Bei Bedarf gibt es Raum zur Muße und die Gelegenheit zu eigenen Unternehmungen; Übernachtungen auf Hin- beziehungsweise Rückfahrt in Stolpmünde und Kolberg sowie in Königsberg in einem renovierten deutschen Haus. Informationen bei Joachim Rebuschat, j.rebuschat@web.de oder Telefon (05751) 5386.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Mittwoch, 15. Juni, 17.30 Uhr, Stadthalle, Bad Godesberg: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Bielefeld – Montag, 6. Juni, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 9. Juni, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt.

Düsseldorf – Dienstag, 7. Juni, 19.30 Uhr, GHH/Konferenzraum: Film und Diskussion mit Katharina Schubert und Helmut Braun „Der Traum lebt mein Leben zu Ende. Das Leben der Dichterin Rose Ausländer. – Mittwoch, 8 Juni, 19.15 Uhr, GHH: Ausstellungseröffnung „Berühmte Schlesier auf Postwertzeichen und Stempel. Ein Briefmarken-Salon". – Mittwoch, 8. Juni, GHH/Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knakstädt. – Donnerstag, 9. Juni, 19.15 Uhr: Vortrag von Prof. Dr. Frank-Lothar Kroll, TU Chemnitz „Zum 70. Todestag Wilhelms II." – Freitag, 10. Juni, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch.

Essen – Donnerstag, 18. Juni, 14 Uhr, St.-Anna-Kapelle, Essen-Rellinghausen: 23. Ortstreffen mit einer Dankmesse, die Pfarrer Norbert Klobusch hält. Danach gibt es um 15 Uhr in der Gaststätte Blücherturm, Oberstraße 34, Essen, ein gemütliches Beisammensein. Anmeldungen erbeten bis zum 8. Juni bei Paula Bujna, geborene Behlau, Telefon (0201) 718602.

Gütersloh – jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Haltern – Donnerstag, 9. Juni, 15 Uhr, Gaststätte Kolpingtreff: Monatsversammlung der Gruppe.

Köln – Dienstag, 7. Juni, Kolpinghaus International, Helenenstraße 32: Heimatnachmittag. Letzte Gruppenstunde im Kolpinghaus vor der Renovierung. Programm: Rückblick auf das Bundestreffen, Vorbereitung Landestreffen Schloss Burg, „Abschied ohne Wiederkehr", gestaltet vom Vorstand. Die Gruppe gibt Berichte und wählt nach und nach.

Neuss – Große Ostpreußenreise der Landsmannschaft Ostpreußen Neuss vom 26. Juli bis 4. August 2011. Die Leistungen sind: Reise im Fernreise-Luxusbus inklusive 9 Übernachtungen in guten polnischen Mittelklasse-Hotels. Frühstücksbüffet, Halbpension. Deutschsprachige Reiseleitung von Stettin bis Posen. Begrüßungsgetränk in jedem Hotel. Stadtführungen in Stettin, Dreistadt Danzig, Allenstein. Thorn und Posen. Eintritt Dom Oliwia mit Orgelkonzert. Schiffahrt von Kahlberg nach Frauenburg. Eintritt und Führung Dom zu Frauenburg. Eintritt und Führung Marienburg. Schiffahrt auf dem Oberland-Kanal. Stakerfahrt inklusive Mittagessen in Kruttinnen. Schifffahrt von Rudczanny-Nieden nach Nikolaiken. Überraschungsabend. Eintritt Wolfsschanze. Abschiedsabend mit Musik, Essen und Trinken. Interessenten für diese hervorragende Reise melden sich bitte an bei: Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon. (02131) 38 54 400. Das gesamte ausführliche Programm wird dann zugeschickt. Es gibt auch Zusteigemöglichkeiten an Raststätten entlang der A 2 vom Kamener Kreuz bis Berlin. Der Reisepreis beträgt 1030 Euro pro Person im DZ, EZ-Zuschlag 170 Euro.

Wuppertal – Sonnabend, 11. Juni, 15 Uhr, Neumarkt 2 (Ergo-Haus), Wuppertal-Elberfeld: Vortrag „Eine Wanderung durch die Geschichte – die Jahre 1760 bis 1810". – Das Maifest am 14. Mai im Saal der „Alten Färberei", in dem Gebäude, wo die Gruppe zusammen mit allen anderen Landsmannschaften jahrelang ihr Domizil hatte, war sehr gut besucht.

Der 1. Vorsitzende Hartmut Pfecht begrüßte alle Gäste und Ehrengäste, besonders die Bürgermeisterin der Stadt Wuppertal, Frau Schulz, und den Vorsitzenden der LOW-Landesgruppe Wuppertal, Jürgen Zauner. In kurzen Ansprachen überbrachten beide Grußworte der Stadt beziehungsweise der Landesgruppe. Die Tanzgruppe unter der Leitung von Ursula Knocke begeisterte mit gut einstudierten Tänzen, auch der Chor Harmonie, Leitung Nelly Illinich, sang Frühlingslieder und andere schwungvolle Melodien, die zum Schmunzeln animierten. Dazwischen trugen Mitglieder lustige „Vertellchen" und Frühlingsgedichte vor. Jochen Vater, der Hausmusiker, spielte zum Tanz auf. Jürgen Zauner verlieh Verdienstabzeichen an Helga Nolde und Erhard Kruschinski. Marga-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

rete Caspar, die langjährige Aussiedlerbetreuerin, ehemalige LO-Vorsitzende und BdV-Vorsitzende, erhielt das Ehrenzeichen der Bundesgruppe.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 4. Juni, 14.30 Uhr, Heimatstube, Lutzerstraße 20: Treffen der Kreisgruppe.

Mainz – Donnerstag, 16. Juni, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Kaffeestunde der Damen. – Jeden Freitag, ab 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.

Neustadt a.d. Weinstraße – Sonnabend, 25. Juni, 10 Uhr, Bahnhofsvorplatz: Jahresausflug zur Ponyfarm in Haßloch. Abfahrt ist um 10.30 Uhr. Herr Tettenborn wird seine schönen Pferde vorführen. Anschließend geht es zum gemütlichen Restaurant, das im Vogelpark liegt. Um verbindliche Anmeldung bis zum 7. Juni wird gebeten bei Manfred Schusziara, Telefon (06321) 13368.

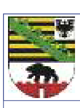


SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Sonnabend, 4. Juni, 10.30 Uhr, „Platner Hof", Platnerstraße 34, 09119 Chemnitz: Veranstaltung zum Thema „Ostpreußische Volkskunst". Referentin Uta Lüttich, Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise. Das Thema „Wie sprach man damals in Ostpreußen?" werden Mundartsprecher zu Gehör bringen. Alle Interessenten sind herzlich eingeladen.

Hoyerswerda – Zeitzeugen von „Lager Elsterhorst" gesucht! Im Jahr 2001 berichtete der BdV-Stadtverband Hoyerswerda über das „Lager Elsterhorst". Ab 1939 war es Kriegsgefangenen-, Quarantäne- und Vertriebenenlager. Viele Heimatvertriebene mussten ihren Weg in eine ungewisse Zukunft antreten und im Lager Elsterhorst mehrere Wochen unter schwierigsten Umständen zubringen. Am 17. September 2011 soll in einer Baracke der Landesfeuerwehrschule Nardt am authentischen Ort die Geschichte des Lagers lebendig werden. Viele fanden dort den Tod. Um nicht alles in Vergessenheit geraten zu lassen, sucht das Museum der Stadt Hoyerswerda Zeitzeugen, die über ihre Erlebnisse dieser Zeit berichten können. „Mit Ihrem Wissen, Ihren Erinnerungen und Ihren Objekten tragen Sie dazu bei, dieses dunkle Kapitel deutscher und auch regionaler Geschichte weiter aufzuarbeiten und emotional ansprechend zu präsentieren", so lautet der Artikel in der Lausitzer Rundschau. Weiter heißt es: „Welche Erinnerungen haben Sie an diese Zeit? Wären Sie bereit, dies mündlich oder schriftlich zu formulieren und uns mitzuteilen? Gibt es noch gegenständliche Zeugen der Flucht und der Zeit im Lager – Dokumente, Fotos, Rucksack, Besteck, Essgeschirr, Spielzeug, die Sie uns als Schenkung oder als Dauerleihgabe zur Verfügung stellen könnten?" Einige hatten damals bereits an das Museum oder an die Kreisgruppe geschrieben. Kontakt: Stadtmuseum Hoyerswerda, Schlossplatz 1, 02977 Hoyerswerda, Telefon (03571) 457931. E-Mail: info@museum-hy.de



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Magdeburg – Dienstag, 7. Juni, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Bericht vom Kulturnachmittag am 8. Juni: Mit dem Lied „Der Mai ist gekommen" wurden die Teilnehmer auf den Nachmittag eingestimmt. Ulrich Klemens ergänzte seinen Bericht über den Verbleib seiner Familie nach Flucht und Vertreibung mit einer Schilderung über das Verschwinden seines kleinen Bruders. Dann wurde über verlorengegangene Kinder gesprochen. Elfriede Storjohann berichtete über den Verbleib ihrer Familienangehörigen. Erst war sie mit ihrer Mutter in der Nähe von Weimar gelandet. dann in Bienenbüttel/Niedersachsen, dann in Nahe/ Kreis Segeberg. Ein Verwandter wechselte von Ueterssen nach Oberhausen, da die Vertriebenen aus Schleswig-Holstein auf andere Bundesländer verteilt wurden, Frau Strojohann betonte, wie hervorragend der Suchdienst des Roten Kreuzes gearbeitet habe. Fast alle ihre Angehörigen wurden gefunden. Ihre Familie war von Cuxhaven bis Moosbach am Nekkar über das gesamte Bundesgebiet verteilt. Es schlossen sich Gespräche an über die Jahre nach der Flucht, knappe Lebensmittel und Heizmaterial, Wohnungsnot und Arbeitssuche. Georg Baltrusch hat für den 6. Juli eine Eiderkreuzfahrt mit einem Reise-Unternehmen organisiert.

Neumünster – Donnerstag, 9. Juni, 10.30 Uhr, Bahnhof hinter dem Finanzamt: Treffpunkt zum Jahresausflug nach Glückstadt. Rückkehr in Neumünster zirka 18.30 Uhr. „Matjes hat immer Saison – frischer Matjes duftet nach Meer – mehr!" Anmeldungen und Näheres unter (04321) 82314 bitte bis zum 4. Juni. – Die Kreisgruppe Neumünster traf sich am 11. Mai. Das heitere Thema: „Lachende Heimat – Quiddern und Grienen und Zatzkes" – ein bunter Nachmittag stand auf dem Programm. Die 1. Vorsitzende Brigitte Profé begrüßte die vielen Teilnehmer schon mit einem kleinen Witz. Nach der Kaffeepause wurde so mancher Lachmuskel tätig. Konnte doch Hildegard Henning die Zuhörer mit ihren Beiträgen in ostpreußischer Mundart hellauf begeistern. Der Dialekt ist ihr wohl in die Wiege gelegt. Am Telefon lösten die vorgetragenen „nächtlichen Gespräche" große Heiterkeit aus. Auch Nora Kawlath, Traute Weber und Brigitte Profé trugen humorvolle Gedichte und Geschichten vor. Nora Kawlath begleitete die Frühlingslieder wieder auf dem Akkordeon. So manche Witzkiste wurde durchstöbert und Heiteres zum Besten gegeben. Humor ist die Harmonie des Herzens, hat Marion Lindt einmal geschrieben. Der ostpreußische Humor ist geradeheraus, breit und behäbig, manchmal auch recht derb. Er nimmt Kleinigkeiten des Alltags ebenso aufs Korn wie er Persönlichkeiten in Rang und Würden von ihrer menschlichen Seite sieht. So mancher Sturm ist über unser Land gezogen – aber den Humor haben wir nicht verloren.

Schönwalde – Donnerstag, 9. Juni, 14.30 Uhr, Jugendherberge: Ostpreußennachmittag.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



MOHRUNGEN

Kreisvertreter: Wolfgang Warnat, Silcherstraße 5, 35415 Pohlheim, Telefon (06403) 6099009, Fax (06403) 6099007, E-Mail: wwarnat39@web.de. Geschäftsführer: Lothar Gräf, Dr-Siekermann-Weg 28, 58256 Ennepetal, Telefon (02333) 5766, (02333) 5570, E-Mail: Lothar.Graef@live.de. MHN-Änderungen: Marlene Wölk, Nachtigallenweg 3, 38820 Halberstadt. Stellvertretende Kreisvertreterin: Gisela Harder, Telefon und Fax (040) 7373220; Ingrid Tkacz, Telefon und Fax (04122) 55079.

Heimatkreistreffen 2011 in Mohrungen/Sangerhausen im Südharz: Freitag, 2. September, 10 Uhr: Sitzung des Kreisausschusses, 16 Uhr: Sitzung des Kreistages. Sonnabend, 3. und Sonntag, 4. September: Heimatkreistreffen. Harzhaus am Eulenberg, Eulenberg 7, 06528 Grillenberg, Telefon (034775) 21083, Fax 21029, E-Mail: uns@uns-ev.de. Preise: 13 Euro Übernachtung, 17 Euro Übernachtung mit Frühstück. Bei Hotelbuchungen bitte angeben: Jahrestreffen Mohrungen und Lutz Krause. Weitere Übernachtungsmöglichkeiten: Hotel / Pension am Rosarium, Sangerhausen, Telefon (03464) 57273, DZ 68 Euro mit Frühstück. Hotel West, Sangerhausen, Telefon (03464) 544690, DZ 50 Euro mit Frühstück. Hotel Katharina, Sangerhausen, Telefon (03464) 24290. Rosenhotel, Sangerhausen, Telefon (03464) 544644, DZ 57,40 Euro mit Frühstück. Hotel zum Löwen, Oberröblingen, Telefon (03464) 54500, DZ 75 Euro mit Frühstück. Hotel Kaiserhof, Kelbra, Telefon (034651) 456850, DZ 80 Euro mit Frühstück. A.L. Hotel Fünf Linden, Südharz, OT Wikkerode, Telefon (034651) 350, DZ ab 82 Euro mit Frühstück, EZ 55 Euro.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: d.chilla@kreis-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Telefon (0209) 357391, E-Mail: h.napierski@kreis-ortelsburg.de. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Viertes Ortelsburger Heimatseminar: ein Erfolg. Zum vierten Mal trafen sich in diesem Frühjahr fast 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Ortelsburger Heimatseminar im Bad Pyrmonter Ostheim. Die inhaltliche Vorbereitung und Leitung der von Freitagabend bis Sonntagmittag dauernden Veranstaltung lag in den Händen des Kreisvertreters Dieter Chilla, für die Organisation zeichnete Geschäftsführer Hans Napierski verantwortlich. Im Laufe der Jahre hat sich durch die Heimatseminare ein fester Stamm von Mitgliedern gebildet, der zuverlässig Aufgaben in der Kreisgemeinschaft übernimmt und ihre Entwicklung spürbar vorantreibt. Im Mittelpunkt des diesjährigen Arbeitstreffens stand die Frage: Wie kann der Übergang von der Erlebnis- zur Bekenntnisgeneration kontinuierlich und effektiv vollzogen werden? Deutliche Impulse setzte in seinem Eingangsreferat Stephan Grigat, neuer Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, der ebenfalls der Bekenntnisgeneration angehört. Irmgard Irro und Dr. Burkhard Wittek haben Vorfahren im Kreis Ortelsburg. Beide haben ihre Rollen und ihre Konflikte als Nachgeborene literarisch aufgearbeitet und in Lesungen und Diskussionen dem Ortelsburger Publikum in Pyrmont vorgestellt. Irmgard Irro, die sich vor kurzer Zeit einige Wochen lang in dem masurischen Heimatdorf ihrer Mutter aufhielt, stellte vor allem Familienerinnerungen vor, die über bloß Chronologisches hinausreichen: Alltagsgeschichte, religiöse Eigenheiten der Masuren, aber auch Pretiosen aus dem Volksliedgut Südostpreußens wurden präsentiert. Deutlich anders gestaltet sich der Zugang Burkhard Witteks zur Geschichte seiner Vorfahren. Er näherte ihr sich essayistisch in einer Mischung aus Reisebeschreibung, Familienerinnerungen und geisteswissenschaftlichen Panoramen näherte, die er in seinem Buch „Masuren. Kein Ort. Nirgends" (Wiesenburg Verlag) verarbeitet hat. Sprachlich anspruchsvoll, gedanklich differenziert, unter konsequentem Verzicht auf vereinfachende Plakatierungen beschäftigte er sich in unterschiedlichen Nuancierungen mit der Frage: Wie konnte es passieren, dass die NS-Ideologie auch in Südostpreußen einbrach und zur Zerstörung seiner historischen Kontinuität und vieler seiner Menschen führte, auch in den Seelen der Nachgeborenen Verletzungen hinterließ, die kaum heilen? In vier Arbeitsgruppen wurden Entwicklungsperspektiven für die Zukunft erarbeitet. Neue Akzente setzte vor allem die erstmals tagende Gruppe der Spätaussiedler unter der Leitung von Erwin Gonsowski, die über Reihe von Kompetenzen in die Arbeit der Kreisgemeinschaft einbringen kann: Sprachkompetenz, Kenntnisse in beiden Kulturen, Brückenbauer zwischen Menschen beider Länder und so weiter. Die aus Masuren angereisten Vertreter der Deutschen Minderheit arbeiteten unter der Leitung von Herbert John, dem stellvertretenden Kreisvertreter. Sie bedauern die fehlende Präsenz in der polnischen Presse sowie die mangelnde Würdigung durch die politischen Vertreter. Sie hoffen, dass ihre Identität durch die anstehende Volkszählung gestärkt wird. Die Arbeitsgruppe „Öffentlichkeitsarbeit" wurde vom Schriftleiter Alfred Denda koordiniert. Insgesamt kann sich die Kreisgemeinschaft durch die weite Verbreitung des Heimatboten (Auflage über 8000!) sowie durch die zahlreichen Informationen auf der Homepage (www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de) über eine gute öffentliche Resonanz freuen. Problematisch ist die Situation in der Bundesrepublik selbst, wo große Teile der Presse die Existenz und die Aktivitäten der Kreisgemeinschaft zum Teil schlichtweg ignoriert. Hier werden weiterhin Adressaten gesucht: Schulen, Volkshochschulen, Foren für Leseabende. Die Arbeitsgruppe „Erlebnisgeneration" stand unter der Ägide von Mark Plessa. Sie setzte die Schwerpunkte Gedächtnis, Vermittlung, Teilhabe und will diese in konkreten Projekten umsetzen. Wolfgang Kudla erarbeitet ein Konzept, das auch Sprachkurse integrieren wird. Die Resonanz am Ende der Tagung war ausgesprochen positiv: Der Wunsch, auf den neuen Wegen weiterzugehen und Folgeseminare anzubieten, wurde vielfach und nachhaltig geäußert.

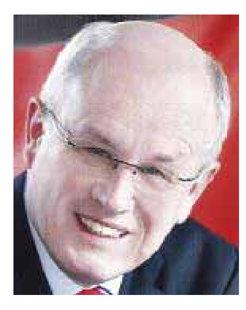
Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Grußworte zum Deutschlandtreffen

Langer, beschwerlicher Weg

Wie viele Angehörige meiner Generation, die unter Ihnen anwesend sind, bin ich schon auf dem Boden des heutigen Deutschlands geboren worden. Doch meine Eltern hatten ihre Heimat noch im Südosten Europas, im ehemaligen Jugoslawien. Wie viele der Älteren unter Ihnen kamen sie nach dem Krieg, nach unsäglichem Leid und dem Verlust von Heimat und Eigentum mit buchstäblich Nichts ins heutige Deutschland. Sie teilten das Schicksal von rund 14 Millionen Landsleuten. Die Erinnerung an das Leid, das den deutschen Heimatvertriebenen widerfahren ist, ist nicht blind gegenüber der Geschichte. Natürlich sehen wir, dass der Zweite Weltkrieg vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselt wurde und dass er von den Deutschen als rassischer Vernichtungskrieg geführt wurde. Und natürlich sehen wir, dass kein Verweis auf deutsche Opfer das Monströse und Singuläre des rassistischen Furors der Nationalsozialisten relativieren kann. Aufrechnen ist nicht nur unhistorisch, sondern vor allem auch unmoralisch.

Unmoralisch ist aber auch das erzwungene Vergessen. Es hat in Deutschland lange gedauert, bis wir begonnen haben, die Geschichte von Flucht und Vertreibung in ihrem gesamten Umfang – und das heißt eben auch aus der Perspektive der Vertriebenen – zu erzählen. Von den ersten Bemühungen um eine gesamtgesellschaftliche Aufarbeitung bis hin zur Gründung der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ war es ein langer und beschwerlicher Weg. Maßgeblich für den Erfolg



dieses Projektes waren die beharrliche Anstrengung des Bundes der Vertriebenen und der persönliche Einsatz von Erika Steinbach, die heute unter Ihnen ist und der ich an dieser Stelle nachdrücklich für Ihr unermüdliches Engagement in dieser Sache danken möchte.

Wir leben in Traditionen. Und natürlich erinnern wir uns. Daher spricht vieles dafür, dies auch im Rahmen eines nationalen Gedenktages für die Opfer von Vertreibung zu tun, wie ihn die Bundestagsfraktion der Union in einem Antrag angeregt hat, mit dem wir vor wenigen Monaten im Deutschen Bundestag den 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Charta der Heimatvertriebenen gewürdigt haben. Entscheidend ist aber die zukunftsgestaltende Kraft, die auch von Ihrem Treffen ausgeht. Ihre Landsmannschaft bringt das durch den Leitsatz zum Ausdruck, unter den sie es gestellt hat: „Erbe und Verpflichtung“.

Wenn Vertriebene zu Recht an ihr Schicksal erinnern, so dient dies allen Menschen als Mahnung, dass Vertreibung in der Welt keinen Platz mehr haben darf. Zugleich geht es um Versöhnung mit all denen, die als konkrete Personen Unrecht, Willkür und Vertreibung erlitten haben. Es geht aber auch um ein nachhaltiges Miteinander zwischen den Völkern Europas – vor allem mit unseren osteuropäischen Nachbarn in Frieden und Freiheit. Verständigung und Versöhnung setzen die Dialogfähigkeit und Dialogwilligkeit bei allen voraus. In diesem Sinne wünsche ich Ihrem Treffen einen guten Verlauf. **Volker Kauder**

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, MdB

»Im Geiste der Versöhnung«

Zum diesjährigen Deutschlandtreffen der Ostpreußen übermittle ich Ihnen die herzlichen Grüße der Niedersächsischen Landesregierung.

„Ostpreußen – Erbe und Verpflichtung“ ist der Titel Ihres diesjährigen Deutschlandtreffens. An diesen beiden Tagen erwarten Sie in Erfurt 10000 Besucher. Ich bin überzeugt, dass Sie als Landsmannschaft Ostpreußen wieder in sehr würdiger Form an das Unrecht der Vertreibung erinnern und gleichzeitig im Geiste der Versöhnung und Völkerverständigung nach vorne sehen werden.

Ostpreußen ist ein Land mit 700-jähriger deutscher Geschichte. Mehr als 20 Generationen haben dieses Land bis zu Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges geprägt und sind von diesem Land geprägt worden.

Niedersachsen hat viele der Ostpreußen, die eine tragische Flucht in den Flüchtlingstrecks hinter sich hatten, aufgenommen. Sie haben bei uns ein neues Zuhause und deren Nachkommen eine neue Heimat gefunden. Die Ostpreußen haben einen wertvollen Beitrag zum Aufbau unseres Landes geleistet. Sie finden überall im Land die Spuren von Menschen, die Haus und Hof in ihrer alten Heimat verlassen mussten. So hat in Niedersachsen jede zweite Familie einen Vertriebenenhintergrund.

Meine Mutter stammt aus Pommern. Teile ihrer Familie waren selbst von Flucht und Vertreibung betroffen, insofern kenne ich die Geschichten und die Erlebnisse der Vertriebenen auch von zu Hause.

Niedersachsen, vor allem die Stadt Lüneburg, ist im Laufe der Jahre zum Mittelpunkt ostdeutscher Forschungs- und Kulturarbeit geworden. Das Ostpreußi-



sche Landesmuseum, das Bund und Land fördern, dokumentiert die Geschichte, Kunst und Kultur der historischen Region Ostpreußen in anschaulicher Form. Es ist ein wichtiges niedersächsisches Museum im Bereich der Erinnerungskultur. Hier wird dank einer reichen Sammlung die Natur- und Kulturlandschaft in Ostpreußen präsentiert.

Nach langen Jahren in eher beengten Verhältnissen ist die Erweiterung des Museums nun absehbar. Der Bund, das Land Niedersachsen, die deutsch-baltische Kulturstiftung, die Stiftung Niedersachsen und die Klosterkammer Hannover ermöglichen gemeinsam die Finanzierung der baulichen Erweiterung. Inhaltlich wird zukünftig eine deutsch-baltische Abteilung das museale Angebot bereichern. Auch wird die bestehende Dauerausstellung den heutigen Anforderungen angepasst und kann seinen Platz in der Museumslandschaft erfolgreich behaupten.

Das Nordost Institut bezieht bei seiner Wissenschaft- und Forschungstätigkeit Polen, Russland und Litauen mit ein und die Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk unterstützt mit ihrem Stiftungskapital kulturelle Einrichtungen und Vorhaben.

Nur wer seine Vergangenheit kennt, kann Zukunft gestalten. Die Heimatvertriebenen haben auch durch ihre persönlichen Kontakte in die alte Heimat dazu beigetragen, dass das kulturelle Erbe bewahrt wird und fruchtbare Partnerschaften entstanden sind. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen haben die Heimatvertriebenen den heute in Ostpreußen lebenden Menschen durch umfangreiche humanitäre Hilfsmaßnahmen geholfen, neue Lebensperspektiven zu finden. Dafür möchte ich Ihnen danken.

Ihrem diesjährigen Deutschlandtreffen wünsche ich einen erfolgreichen Verlauf.

David McAllister
Niedersächsischer Ministerpräsident

Vertriebene schlagen Brücken

Meine herzlichen Grüße den Teilnehmern des Deutschlandtreffens der Landsmannschaft Ostpreußen in der Thüringer Landeshauptstadt Erfurt.

Mit dem Ende des DDR-Regimes, mit der friedlichen Revolution hat für die Heimatvertriebenen in den jungen Ländern eine neue Zeit begonnen. Sie durften sich nach der Wiedervereinigung zum ersten Mal öffentlich zu ihrem Schicksal bekennen, erstmals öffentlich als Landsmannschaft zusammenkommen, um ihr Brauchtum zu pflegen.

Nach Krieg und Vertreibung haben sich die Vertriebenen in der Fremde eingelebt, haben sich trotz aller Härten in die Gesellschaft integriert und beim Wiederaufbau angepackt – und so auch ihre Liebe zur neuen Heimat unter Beweis gestellt. Gerade deshalb haben sie auch ein Anrecht auf die Liebe zu Ihrer alten Heimat. Diese Heimatliebe ist kein Revanchismus, das haben Sie vielfach unter Beweis gestellt. Die Geschichte lehrt:

Nur wenn ein offener Dialog geführt wird, wenn Probleme offen besprochen werden, dann können auch Lösungen gefunden werden, dann kann die Aussöhnung fortschreiten.

Der ehemalige tschechische Präsident Vaclav Havel hat be-



reits vor Jahren von seinen Landsleuten gefordert: „Schauen wir endlich aufrecht, ruhig und entspannt uns selbst ins Gesicht unserer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ... Es gibt keine volle Freiheit, wo nicht der vollen Wahrheit freie Bahn gegeben wird.“ Die Bereitschaft, der Wahrheit ins Auge zu sehen, muss selbstverständlich für alle Beteiligten gelten.

Den Heimatvertriebenen ist mit der Wiedervereinigung eine neue Aufgabe zugefallen: die Aufgabe, Brücken zu schlagen im Rahmen der europäischen Integration – auf dem Weg in ein gemeinsames Haus Europa. Diese Brücken sind umso tragfähiger, je intensiver auch der Austausch zwischen den alten und neuen Nachbarn ist.

Der Bund der Vertriebenen ist bereit, am Bau des europäischen Hauses mitzuwirken. Das hat er auch mit der Stuttgarter Charta deutlich zum Ausdruck gebracht.

Dafür gilt Ihnen meine Anerkennung und mein Dank. Ich wünsche Ihrem Deutschlandtreffen 2011 unter dem Motto „Ostpreußen – Erbe und Verpflichtung“ einen guten Verlauf!

Christine Lieberknecht
Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen

Dankbarkeit und Mitgefühl

Mein herzlicher Gruß geht aus Bayern nach Erfurt an die Teilnehmer des Deutschlandtreffens der Landsmannschaft Ostpreußen.

Bayern hat sich den Vertriebenen immer in besonderer Weise verbunden gefühlt. Das beruht einerseits auf unserer Dankbarkeit gegenüber den Leistungen dieser Bevölkerungsgruppe beim Wiederaufbau unseres Landes nach dem Krieg. Das beruht aber auch auf dem Mitgefühl und der Solidarität mit den Deutschen, die 1945 ihre Heimat verlassen mussten. Ihr schweres Schicksal darf nicht vergessen werden. Das Unrecht, das sie erfahren haben, soll uns und aller Welt eine Mahnung zum Frieden und zur Achtung der Menschenwürde sein.

Ich freue mich, dass die Landsmannschaft Ostpreußen mit großem Engagement Kontakte in die alte Heimat aufbaut, das kulturelle Erbe vor Ort pflegt und die dort verbliebenen Deutschen unterstützt. Sie arbeitet damit – ganz im Geist der Charta der Heimatvertriebenen von 1950 – an einem Europa in Frieden,



Freiheit und Wohlstand. Ich freue mich aber auch, dass in Polen und Litauen in den letzten Jahren die Bereitschaft gestiegen ist, sich mit der Geschichte der Deutschen und ihrer Vertreibung zu befassen. Gerade die Jugend geht an dieses Thema mit mehr Offenheit heran. Die Anerkennung der historischen Wahrheit ist eine wichtige Voraussetzung für eine gelingende Versöhnung. Insofern dürfen die Vertriebenen in den nächsten Jahren noch viel von der Entwicklung erwarten.

In Deutschland kommt es jetzt vor allem darauf an, die Erinnerung an die alte Heimat, an ihren Dialekt, ihre Kultur und ihre Traditionen an die nachgeborenen Generationen weiterzugeben. Ostpreußen darf in den Herzen nicht sterben! Auch hierbei kann sich die Landsmannschaft Ostpreußen auf die Sympathie und Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung verlassen. Die Patenschaft, die 1978 von uns übernommen wurde, soll weiterhin mit Leben erfüllt bleiben.

Der Landsmannschaft Ostpreußen wünsche ich einen gelungenen und harmonischen Verlauf des Deutschlandtreffens in Erfurt.

Horst Seehofer
Bayerischer Ministerpräsident

Brücken statt Mauern

Die Erfahrung der Vertreibung, die viele von Ihnen in Ihren Familien selbst erlebt haben, prägt Sie ganz persönlich, aber auch die Bundesrepublik Deutschland.

Es gilt, dieses schreckliche Erleben nicht zu vergessen und gleichzeitig dieses Bewusstsein zu nutzen, um heute und zukünftig gegen massive Menschenrechtsverletzungen einzutreten. Denn nach wie vor sehen wir täglich Bilder von Vertreibungen in der Welt.

In Europa ist der Friede mittlerweile eine Selbstverständlichkeit. Dies ist möglich, da schmerzhafte Erfahrungen auf allen Seiten nicht missbraucht



wurden, um unüberwindbare Mauern aufzubauen, sondern genutzt wurden, um verbindende Brücken zu schaffen.

Gedenken schließt den positiven Blick in die Zukunft und ein Arbeiten für ein Miteinander nicht aus.

Dies zeigen viele von Ihnen durch Ihr individuelles Engagement.

Für das Deutschlandtreffen wünsche ich Ihnen gutes Gelingen, spannende Gespräche und interessante Diskussionen.

Rainer Brüderle
FDP-Vorsitzender im Deutschen Bundestag

Europa schafft Einigung

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg grüßt die Teilnehmer des Deutschlandtreffens der Landsmannschaft Ostpreußen.

Eine der wichtigen Lehren unserer jüngeren Geschichte ist, dass nur die Europäische Einigung langfristig Frieden und Demokratie sichert.

Die Europäische Union ist deshalb ein großer Fortschritt.

Gerade Sie können – aufgrund Ihrer Biografien und der Geschichte Ihrer Familien – in



ganz besonderer Weise als Botschafter und Brückenbauer zwischen den Nationen wirken.

Denn Verständigung und Versöhnung sind der Weg zu einem geeinten Europa und einem friedlichen Miteinander.

Ich wünsche Ihnen viele anregende Begegnungen beim diesjährigen Deutschlandtreffen der Landsmannschaft in Erfurt. **Olaf Scholz**

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

»Die Zukunft in den Blick nehmen«

Sehr geehrte Damen und Herren, gern übermittle ich Ihnen Grüße der SPD-Bundestagsfraktion zum diesjährigen, dem 21. Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Erfurt.

Auf zwei Themen möchte ich hinweisen, die uns als SPD-Bundestagsfraktion bezogen auf die Arbeit und das Wirken der Landsmannschaft Ostpreußen sehr wichtig sind.

Das ist zum Einen Ihre vielfältige und engagierte Arbeit zur Förderung und Bewahrung der kulturellen Traditionen in der ehemals deutschen Kulturlandschaft Ostpreußen und vor allem der Begegnung mit den Menschen, die heute im ehemaligen Ostpreußen leben. Ich halte es für sehr wichtig, die Kultur und Geschichte der Deutschen in diesen historischen deutschen Siedlungsgebieten im politischen und historischen Bewusstsein zu erhalten und zu unterstützen. Die Landsmannschaft Ostpreußen übernimmt dabei eine ganz zentrale und wichtige Funktion.

Die heutige Region des ehemaligen Ostpreußens ist geprägt von unterschiedlichen Nationalitäten, aber auch einer unterschiedlichen Verbundenheit zum Europa des Ostens und des Westens. Beispielhaft dafür steht Kaliningrad, welches nunmehr umgeben von Mitgliedsstaaten der Europä-



ischen Union zu Russland gehört. In dieser kulturellen Vielschichtigkeit liegt für das Wirken der Landsmannschaft Ostpreußen eine ungeheure Chance. Das Interesse vor allem junger Menschen in diesen ehemals deutschen Kulturlandschaften an deutscher Sprache, Kultur und Geschichte ist ungemein groß. Das eröffnet die Möglichkeit, durch Jugendaustausch, durch Denkmalschutz und durch die Vermittlung von Wissen über die verschiedenen Einrichtungen und Projekte der Landsmannschaft Ostpreußen eine langfristige Perspektive für das Wirken der Landsmannschaft Ostpreußen zu entwickeln. Der Bund fördert daher völlig zu Recht im Rahmen des § 96 BVFG diese kulturelle Breitenarbeit sowie das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg und das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. Auf diese Weise wird die Landsmannschaft Ostpreußen auch zukünftig eine wichtige Mittlerrolle zwischen den Menschen, die heute im ehemaligen Ostpreußen leben und den von ihr vertretenen Menschen einnehmen, die sich dem ehemaligen Ostpreußen und seinem kulturellen Erbe verbunden fühlen.

Zum Zweiten nimmt das Thema „Flucht und Vertreibung" eine zentrale Rolle in unserer Arbeit ein. Der Direktor der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung", Prof. Kittel, wird Ihnen die Arbeit der Stiftung im Rahmen des Programms des Deutschlandtreffens erläutern. Als SPD haben wir diese Stiftung und damit das Thema „Flucht und Vertreibung" gemeinsam mit der Union in der Großen Koalition auf den Weg gebracht. Wir halten daran fest und erwarten, dass die Stiftung gemäß ihrem Auftrag eine differenzierte und ausgewogene historische Darstellung der Ursache und Wirkung von Flucht und Vertreibung vornimmt und dabei die Perspektiven unserer europäischen Nachbarn mit einbezieht. Auf dieser Grundlage halten wir einen offenen und ehrlichen Dialog über das Thema Vertreibungen und Zwangsmigration, verbunden mit ethnischen Säuberungen und Deportationen, welches für viele Menschen großes Leid und Unrecht brachte und bis heute die Beziehungen zwischen Nationalstaaten beeinflusst, für möglich und erforderlich.

Ich wünsche Ihnen ein erfolgreiches Deutschlandtreffen, gute, intensive Begegnungen und Gespräche und freue mich darauf, die Zusammenarbeit mit der Landsmannschaft Ostpreußen fortzusetzen.

Siegmund Ehrmann, MdB
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion

Respekt für die Heimatvertriebenen

Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen Grüße und gute Wünsche der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag zu übermitteln. Es freut mich sehr, dass Ihre Landsmannschaft Erfurt als Tagungsort für Ihr Deutschlandtreffen gewählt hat. Unser Fraktionskollege Egon Primas, der stellvertretende Vorsitzende des BdV und der OMV, wird an Ihrer Veranstaltung teilnehmen. Sie haben Ihre Zusammenkunft unter die Devise „Erbe und Verpflichtung" gestellt. Ihr Erbe sind rund 800 Jahre deutscher Geschichte in Ostpreußen. Die Verpflichtung, dieses Erbe zu bewahren, ist ein zentrales Anliegen Ihrer Landsmannschaft. Dieses Erbe wird damit auch den Menschen erschlossen, die heute in Ihrer Heimat leben. Ich möchte Sie ausdrücklich in diesem Handeln bestärken. Sie leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag für die Völkerverständigung und die europäische Einigung in Frieden und Freiheit. Auch Thüringen war in und nach den Wirren des Zweiten Weltkrieges Ziel tausender aus ihrer Heimat geflohener oder vertriebener Ostpreußen. Der Wiederaufbau des zerstörten Landes wäre ohne das Wissen und Können und die Leistungsbereitschaft der zahlreichen Heimatvertriebenen undenkbar gewesen. Heimatvertriebene waren dabei, als die Bürgerinnen und Bürger in der DDR dem SED-Regime die Stirn boten. Für all das gebührt dieser Generation ausdrücklich unser aller Respekt. Flucht und Vertreibung liegen nun bald 70 Jahre zurück. Im gleichen Maße, wie die zeitliche Distanz wächst, nimmt die Zahl derjenigen ab, die unmittelbar davon erzählen können.



Es wird zunehmend schwierig, den nachwachsenden Generationen dieses Kapitel der deutschen Geschichte authentisch näher zu bringen. Jedes Jahr lösen sich Gemeinschaften von Vertriebenen auf. Sie haben rechtzeitig Maßnahmen eingeleitet, um ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern. So verfügen Sie über junge und gut aufgestellte Kreisgemeinschaften, deren Bestand und Unabhängigkeit für die kommenden Jahre gewährleistet ist. Sie haben im letzten Jahr eine junge Führungsmannschaft gewählt. Damit sind die entscheidenden Weichen gestellt, um die Ziele der Landsmannschaft zu erreichen und die Hinterlassenschaft der Vorfahren zu pflegen und zu bewahren. Die Vertriebenenorganisationen und die CDU-Fraktion verbinden seit jeher vertrauensvolle Beziehungen. Wir haben den Neuaufbau der Vertriebenenorganisationen seit 1989/90 mit Sympathie begleitet. Mit Egon Primas, dem Beauftragten für Vertriebenenpolitik der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, haben w:ir einen wichtigen Fürsprecher Ihrer Anliegen in unseren Reihen. Ich wünsche Ihnen ein erlebnisreiches Wochenende in unserer Landeshauptstadt Erfurt, an das Sie gerne zurückdenken, und freue mich auf eine Fortsetzung unserer guten Zusammenarbeit.

Mike Mohring
Vorsitzender der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag

Freude und Ehre

Liebe Landsleute, liebe Heimatvertriebene, nach der politischen Wende 1989/90 wurde auch uns Heimatvertriebenen in Mitteldeutschland die Möglichkeit gegeben, offen über unsere Heimat Ostpreußen zu sprechen, bis dahin war uns das nicht vergönnt.

Mit Unterstützung unserer Landsleute aus den alten Bundesländern und hier vorrangig mit der Landsmannschaft Ostpreußen, konnten wir mit eigenen Gruppen an die Öffentlichkeit gehen. Unsere Arbeit in der Landesgruppe Thüringen begann förmlich bei Null. Wir mussten vieles lernen, was in den alten Bundesländern schon über Jahre möglich war und praktiziert wurde.

Unsere Aufgabe und heimatliche Verpflichtung ist es, unser ostpreußisches Brauchtum, die Geschichte, die Kultur und die Traditionen unserer Heimat zu pflegen und zu erhalten sowie an unsere junge Generation weiter zu geben.

Heute das Gestern für Morgen bewahren – ist unsere Aufgabe und das Ziel, dass unsere Nachkommen in einem friedlichen Europa leben können, ohne Kriege und ohne diese Schicksale, die wir als Heimatvertriebene erleben mussten.

Es ist die europäische Einigung, die den Weg in die Zukunft weist.

Liebe Landsleute, nach über 20 Jahren „Deutsche Wiedervereinigung" sind Ostpreußentreffen für uns immer ein besonderes Erlebnis und ganz besonders in diesem Jahr, denn das Deutschlandtreffen der Ostpreußen findet zu unserer großen Freude und Ehre in Thüringen statt, genauer gesagt, in unserer Landeshauptstadt Erfurt.

Am letzten Maiwochenende 2011 treffen sich ostpreußische Landsleute sowie Heimatvertriebene aus der gesamten Bundesrepublik und dem Ausland in Erfurt.

Mit den Veranstaltungen, die an diesen beiden Tagen stattfinden, wollen wir unser ostpreußisches Erbe wach halten.

Liebe Landsleute, ich grüße Sie ganz herzlich zum Deutschlandtreffen 2011, besonders auch unsere Gäste von der Deutschen Minderheit, dem Bund Junges Ostpreußen sowie eine Delegation aus dem Memelland.

Bei netten Gesprächen mit Landsleuten, wünsche ich Ihnen allen einen angenehmen Aufenthalt in Thüringen. Bleiben Sie gesund und unserer ostpreußischen Heimat treu verbunden.

Der Veranstaltung wünsche ich einen guten Verlauf.

In heimatlicher Verbundenheit, herzlichst, Ihre

Edeltraut Dietel
Landesvorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen Landesgruppe Thüringen

Die große Berichterstattung zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen – mit den gesammelten Fotos, den verschiedenen Laudationes und vielen Fotos – findet in der Ausgabe 22 der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* auf den Heimat-Seiten statt.



Leben unter Menschen

In den großen Einkaufstempeln und Passagen geht es beileibe nicht nur darum, Geld auszugeben

In den großen Städten haben sich Einkaufszentren zu besonderen Treffpunkten entwickelt. Jung und Alt haben den Reiz der überdachten Einkaufstempel für sich entdeckt, doch nicht nur zum „Shoppen“, wie es neudeutsch heißt.

Es ist warm, es ist klimatisiert, es ist sauber; Cafés laden zum Verweilen ein, Springbrunnen plätschern, ein Pianist macht Musik, schöne Blumen erfreuen das Auge. Worum geht es? Um ein Einkaufszentrum, wie man diese Orte früher phantasielos nannte!

Heute werden sie zu Zentren des Lebens, das Einkaufen rückt in den Hintergrund. Sie heißen „Passage“ oder „Boulevard“ und werden zu einer Art Lebensmittelpunkt vieler Menschen. Wer

Schon am Morgen sind die Plätze in den Cafés besetzt

sich darüber wundert, warum die Plätze in den Cafés schon am Morgen gut besetzt sind, findet schnell eine Antwort. Die wenigsten haben Einkaufstüten dabei und viele wollen anscheinend auch gar nicht einkaufen. Sie wollen einfach unter Menschen sein. „Warum soll ich zu Hause bleiben und vor dem Fernseher sitzen? Ich mache lieber einen Spaziergang und treffe hier viele Bekannte. Hier bin ich nicht einsam“, bringt eine Rentnerin dies auf eine Formel. Sie verbringe jeden Tag einige Stunden im Bochumer Ruhrpark-Einkaufszentrum und wohne nicht weit entfernt.

Aber es sind beileibe nicht nur Rentner oder Arbeitslose, die hier ihre Freizeit verbringen, sondern Menschen aller Altersgruppen. Mütter mit Kindern sitzen im großen Eiscafé oder trinken nur einen Cappuccino, der hier nicht teurer ist als anderswo. Hier könne man Obst und Gemüse an Marktständen einkaufen, wozu also noch auf den windigen Wochenmarkt gehen? Auf mehreren Ebenen und breiten Galerien schlendern Menschen umher. „Manchmal verirre ich mich in den vielen Gängen, aber man findet ja doch immer wieder heraus“, sagt eine Mutter, die mit ihren Kindern einfach „nur zum Gucken“ gekommen ist. Andere Besucher entspannen auf den Massagesesseln, um nebenbei ihre schmerzenden Nacken- oder Rückenmuskeln kneten zu lassen.

Für ganz andere Zwecke hat eine Studentin aus Südkorea die neuen Einkaufsboulevards entdeckt. In der „Hamburger Meile“ missioniert die Christin einer Pfingstgemeinde aus dem fernen asiatischen Land mit der Bibel in der Hand. „Wir machen das in unserer Heimat schon lange so“, sagt die Studentin, „und haben großen Erfolg damit.“ Heute würden in Südkorea schon 30 Prozent der Bevölkerung am Sonntag in die Kirche gehen. „Jesus hat gesagt, wir sollen dorthin gehen, wo die Menschen sind. Und hier sind tausende Menschen, die Zeit haben.“ So spricht sie meistens junge Mädchen ihrer Altersgruppe an und fragt sie, ob sie ein paar Minuten Zeit hätten, um sich über den christlichen Glauben informieren zu lassen. Sie erzählt dann, wie sie selbst Christ geworden ist und welche Freude sie dabei erfahren hat.

Wenn Zuhörerinnen mehr erfahren wollen, dann schlägt sie ihre Bibel auf und erklärt die „Basics“, die elementaren Grundlagen des christlichen Glaubens. Sie habe als Missionarin immer gut zu tun, gibt sie gutgelaunt zum Besten und ist meist von mehreren Mädchen umringt.



Das Ruhrpark-Einkaufszentrum in Bochum: In entspannter Atmosphäre genießen — Bild: Heineberg

Die Hamburger ECE, ein Ableger des Otto-Konzerns und Europas größter Betreiber von Einkaufszentren, setzt ganz auf dieses neue Konzept. Mit einem Millionenaufwand werden alte Shopping-Center in neue „Erlebnisräume“ umgebaut.

Oft verdoppeln die Architekten und Konsumplaner die Flächen der alten Center. Aus einem langen und öden Gang, an den sich bisher mehrere Geschäfte aneinanderreihten, wird nun ein quadratischer Grundriss, wo es zahlreiche Ecken und Plätze gibt. Besonders zu den Festzeiten, an Ostern und Weihnachten, sparen die Center-Manager nicht mit Dekorationen. Gewaltige Blumen-Arrangements, Legionen von Osterhasen, glitzernde Weihnachtsbäume vermitteln eine Atmosphäre, die fast an Disney-Land erinnert. Die Menschen in Deutschland scheinen das auch immer mehr zu mögen.

Die amerikanische Anmutung der neuen Center von ECE ist kein Zufall. Alexander Otto, der jüngste Sohn des Konzerngründers des „Otto-Versands“, hat an der Eliteuniversität Harvard Ökonomie studiert und betonte in einem Interview mit der „Welt“, wie nahe er dem amerikanischen Lebensstil und Optimismus steht. Er habe sich von der positiven Grundeinstellung der Amerikaner viel abgeschaut.

Heiratskapellen und andere „schrille Ideen“, so Otto, seien hierzulande aber nicht umzusetzen. Auch Kinos würden in Deutschland nicht so gut funktionieren wie in den USA. Aber viele Trends würden von Amerika nach Europa herüberschwappen.

Das Erfolgskonzept der Hamburger ECE breitet sich in Deutschland und Europa immer mehr aus. Gezielt fragen inzwischen Städte wie Bielefeld, Minden oder Duisburg bei der ECE an, ob die Manager Einkaufszentren alten Stils in neue Einkaufs-Boulevards umgestalten wollen.

Die Bürgermeister der betreffenden Städte hoffen, dass sich auf diese Weise die innerstädtischen Schandflecke wieder zu attraktiven Orten entwickeln können. Das liegt auch im Interesse der Einzelhändler der Innenstädte, die auf eine Wiederbelebung ihrer Geschäfte hoffen. Denn letztlich darf eines bei den neuen „Shopping-Welten“ nicht zu kurz kommen: Dass die Besucher dann doch das eine oder andere Schöne sehen – und mit einer Einkaufstüte nach Hause kommen.

Hinrich E. Bues

In Kürze

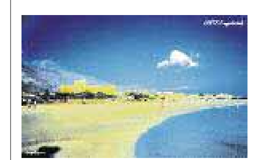
Wenn Künstler protestieren

Die Ausstellung „Phantasie an die Macht“ im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe zeigt 180 Arbeiten von rund 90 international renommierten Künstlern aus den vergangenen 60 Jahren und eröffnet dem Betrachter einen neuen und umfassenden Blick auf die Protest- und Oppositionsbewegungen. Zugleich zeichnet sie das Spannungsfeld zwischen Utopie, dem Wunsch nach Mitbestimmung und politischer Geschichte nach – angesichts der zurzeit wieder erstarkenden Protestbewegungen ein höchst aktuelles Thema. „Phantasie an die Macht“ mit diesem Aufruf unterstützte der französische Künstler Pierre



Soulages den Aufstand der Pariser Studenten im Mai 1968. Der Kampf für Frieden, die Freiheit, die Verschmutzung der Umwelt, Diskriminierung und Ausgrenzung von Minderheiten, die Globalisierung – all das waren und sind Themen, die Künstler zu Plakaten anregten. Der Kurator der Ausstellung, Jürgen Döring, hat einen Katalog zusammengestellt, erschienen im Hirmer Verlag, München, 168 Seiten, 180 Abbildungen, gebunden, 25 Euro. Die Ausstellung im Museum für Kunst und Gewerbe, Steintorplatz, Hamburg, ist bis zum 13. Juni dienstags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr zu sehen, Eintritt 8/5 Euro. PAZ

Grüße aus nah und fern



Postkarte aus Kreta — Bild: privat

Eine neue Ausstellung gibt Einblick in die Facetten der Ansichtskartensammlung des Museums für Kommunikation Berlin. Mallorca, Malediven, Mecklenburg-Vorpommern – Grüße aus nah und fern hängen auch in Zeiten von SMS, E-Mail und Skype wie selbstverständlich an Kühlschränken, prangen an Pinnwänden oder klemmen hinter Spiegeln. Worin liegt der Reiz, auch heute noch Postkarten zu schreiben und zu verschicken? Und warum bewahren wir manche Karten sorgsam auf, während andere in den Papierkorb wandern? Unter dem Titel „Grüße aus ... – Facetten einer Ansichtskartensammlung“ widmet sich die Ausstellung im Museum für Kommunikation Berlin bis zum 14. August dem privaten Schreiben und Sammeln von Ansichtskarten. Von der Geburtsanzeige über humorvolle Karten bis hin zur Kondolenzkarte – anhand ausgewählter Beispiele rückt das von Studenten des Instituts für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin realisierte Projekt neben den Bildmotiven auch die Rückseiten, das Geschriebene, in den Blickpunkt.

PAZ

»Trautes Heim – Glück allein«

Eine Ausstellung in Baden-Baden zeigt die Entwicklung der bürgerlichen Familie und ihr Wohnumfeld

Zuhause – ein Wort, das mit Behaglichkeit und Geborgenheit verbunden ist. Gab es das Zuhause, so wie man es heute kennt, auch schon früher? Das Museum für Kunst und Technik in Baden-Baden geht dieser Frage nach und stellt die Erfindung der bürgerlichen Familie im 19. Jahrhundert vor.

Der Gang durch die Ausstellung führt die Besucher durch verschiedene Zeit-Räume. So geht man zunächst durch ein großbürgerliches Entrée und gelangt schließlich zu einem großen Webstuhl, der einen daran erinnert,

Toilette und Bad mit neuem Stellenwert

dass Heimarbeit durchaus nicht romantisch war. Die unterschiedlichen Zimmer und häuslichen Lebensbereiche zeigen die rasante Entwicklung im 19. Jahrhundert: die Küche, einst ein soziales Zentrum mit offener Feuerstelle, später hell und lichtdurchflutet mit einem emaillierten Herd, der auf die neuen Möglichkeiten der Massenproduktion hinweist. Toilette und Bad erhielten im 19. Jahrhundert, einer Zeit der medizinischen und hygienischen Entdeckungen, einen neuen Stellenwert. Auch das Kinderzimmer wurde als neue Notwendigkeit erachtet, da man erst im 19. Jahrhundert begann, Kindheit und Jugend als eigene Entwicklungsphasen zu betrachten. Natürlich dürfen auch das gründerzeitliche Herrenzimmer und die Dienstmädchenkammer nicht fehlen. Ein Blick auf eine Wand mit Uhren macht deutlich, dass die technischen Errungenschaften in vielen Haushalten den Heiligenkalender und den landwirtschaftlichen Jahresrhythmus abgelöst haben. Neue Gegenstände im Haushalt wie Glasflaschen aus industrieller Produktion und Gaslampen zeigen die technische Entwicklung, die auch in die Privatsphäre eingreift.

Der Rundgang führt schließlich in ein Kabinett mit hochkarätiger Interieurmalerei, Werken von Martin Drolling, Eduard Gaertner, Kaspar Benedikt Beckenkamp, Franz von Defregger, Albert von Kelle und weiteren Meistern. In der Gegenüberstellung von historischen Alltagsgegenständen mit Gemälden fragt die Ausstellung: Wie interpretierten die Ingenieure, wie die bildenden Künstler den tief greifenden Wandel des häuslichen Lebens?

Die wachsende Industrialisierung und die Ausrüstung des Haushalts mit technischen Geräten – so man sie sich denn leisten konnte – verbesserten die Situation des Hausfrau nicht, stellt Haushaltsexpertin Silvia Frank in



Bild: Münchner Stadtmuseum

Modernes Leben anno dazumal: Anzeige für einen praktischen Stahl-Panzerteppich

ihrem Katalogbeitrag fest: „War die Frau zuvor als Bäuerin oder mitarbeitende Handwerkerfrau auch Produzentin und in die Wirtschaftsordnung integriert, wurde ihr Tätigkeitsfeld nun als bürgerliche Hausfrau auf das Haus und das Hauswesen reduziert. Es begann die Zeit der drei großen K: Kinder, Küche und Kirche! Die Frau sollte ein trautes Heim als Ausgleich zur industrialisierten Arbeitswelt schaffen. ,Schmücke dein Heim‘ war schon damals ein beliebtes Schlagwort. Das Zuhause sollte sich nach außen arbeitsfrei zeigen. In den bürgerlichen Haushalten des Biedermeiers und auch noch Jahre später wurde die Hausarbeit im Verborgenen ausgeübt. In Kreisen mit wachsendem Standesdünkel war körperliche Arbeit der Hausfrau plötzlich verpönt. Sie sollte nur ,das Gesinde gehörig beaufsichtigen und zur Arbeit anhalten‘.“

Trotz Dienstmädchen war die Haushaltsführung mühsam. Frank: „Durch den wachsenden bürgerlichen Repräsentationszwang, der die finanziellen Mittel oft überstieg, war es Aufgabe der Frauen,

Improvisation und eisernes Sparen

dies durch Geschick, Improvisation, diskretes Arbeiten und eisernes Sparen zu überbrücken.“ Es sollte Jahrzehnte dauern, bis der Beruf der Hausfrau die nötige Anerkennung fand. *pm/os*

Die Ausstellung „Schöner Wohnen“ im Museum für Kunst und Technik des 19. Jahrhunderts (LA8), Lichtentaler Allee 8, Baden-Baden, ist bis 28. August dienstags bis sonntags sowie an allen Feiertagen von 11 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 7/5 Euro. Es ist ein Katalog mit umfangreichen Essays erschienen.



Revolte inszeniert

Die Folgen der ’68er

Autor Peter Horvath war in seinen jungen 1980er Jahren orthodoxer Kommunist, ab 1986 radikaler Antikommunist. Im vorliegenden Buch „Die inszenierte Revolte – Hinter den Kulissen von ’68“ geht es um den Mummenschanz, den die einen als Urknall westdeutscher Demokratie glorifizieren, andere als Einbruch von Drogenmissbrauch, sexueller Libertinage und Sprachvergröberung verdammen. Den zahlreichen Mythen zu „’68“ fügt Horvath den einer „inszenierten Revolte“ hinzu. Inszeniert von wem? Von „deutschen Kommunisten“, von der SED, nach einem „Masterplan aus dem Osten“, „dessen Fäden bis in die Führungsspitze der UdSSR reichten“. Wo sind die Beweise? Im Mai 2009 wurde der Berliner Ex-Polizist Karl-Heinz Kurras als Stasi-Agent enttarnt, der am 2. Juni 1967 den Studenten Benno Ohnesorg erschoss. Diese Tötung „war der Beginn einer politischen Linksentwicklung, die die Geschichte der Bundesrepublik nachhaltig verändert hat“, schreibt Horvath, der Kurras’ Entlarvung als Bestätigung seiner „These vom maßgeblichen Einfluss der in der DDR herrschenden SED auf Entstehung und Weiterentwicklung der 68er-Revolte“ begrüßt. Solche Behauptungen füllen die ersten 20 Seiten des Buchs, die restlichen 250 dienen ihrer Untermauerung. Dahinter steckt immenser archivalischer Fleiß, wie sich vor allem bei Personendossiers (Kurras, Dutschke) zeigt, aber zu wenig Beweiskraft, um eine vollständig von außen gelenkte Revolte zu belegen.

„68er“ waren nicht ausschließlich, wie Horvaths Titelbild suggeriert, Krakeeler an fremden Marionettenfäden, sondern vor allem ein wild gemixter „politisch-psychedelischer Porno-Pop“, bei dem Lautstärke und Wirkungsmacht umgekehrt proportional waren. Übrig blieben ein, zwei Dutzend „K-Gruppen“, „Bünde“, „Revolutionäre Clubs“, die längst verschieden sind, deren einstige oft linksextremistische Protagonisten aber oft auf Personallisten der Parlamente, Regierungen, Vorstandsetagen überlebt haben und das Land dann doch in die von ihnen gewünschte Richtung mit formten.

Wolf Oschlies

***Peter Horvath: „Die inszenierte Revolte – Hinter den Kulissen von ’68“**, Herbig-Verlag, München 2010, 271 Seiten, gebunden, 19,95 Euro*



Im Dienste Preußens

Den Historiker Hans-Joachim Schoeps in neuer Monographie gewürdigt

Frank-Lothar Kroll, einer der profiliertesten und fachkundigsten Historiker des deutschen Konservativismus, widmet sich dem den Nachkriegskonservatismus par excellence repräsentierenden Hans-Joachim Schoeps (1909–1980). Diese schillernde Persönlichkeit findet in Kroll, führender Kopf der preußischen Gegenwartsforschung, einen glänzenden Laudator, der die in Schoeps geradezu kulminierende deutsch- beziehungsweise preußisch-jüdische Symbiose in dem vorliegenden Band „Geschichtswissenschaft in politischer Absicht“ pointiert und klar strukturiert herausarbeitet. Neben dem imposanten Quellen- und Literaturverzeichnis sowie den geistesgeschichtlich höchst erkenntnis- und detailreichen Ausführungen im Anmerkungsapparat wartet der Band außerdem mit teilweise bislang unveröffentlichten Texten und Briefen auf.

Krolls Monographie integriert kultur-, ideen- und wissenschaftsgeschichtliche Ansätze kenntnisreich und quellengesättigt in die biographischen Stationen von Schoeps, wobei die im Untertitel anklingende, erkenntnisleitende Fragestellung nach „Hans-Joachim Schoeps und Preußen“ den Bezugspunkt aller Kapitel und Abschnitte darstellt. Nach einleitenden Worten über den historiographischen sowie politischen Umgang mit dem „Streitfall Preußen“ (Kap. I) im bundesrepublikanischen Deutschland nach 1945 wendet sich der Autor in Kapitel II Schoeps „biographischen Verortungen“ zu: die Verbindung von Preußentum und Judentum „als die für seine gesamte Lebensgeschichte konstitutiven Bestimmungsfaktoren“ wird vor dem sozio-kulturellen Hintergrund einer royalistisch gesinnten, staatsloyalen und zutiefst „schwarz-weiß“ denkenden Familie ausgebildet, um in Schoeps den „Typus des konservativen preußischen Juden“ zu verorten.

Schoeps als Typus des konservativen preußischen Juden

Schoeps verfasste zahlreiche biographische und monographische Studien, „die der wissenschaftlichen Rekonstruktion dieses Typs gewidmet waren“ und ihren Ausdruck beispielsweise in Abhandlungen über Friedrich-Julius Stahl (1802–1855), Salomon Ludwig Steinheim (1789–1866), Gabriel Riesser (1806–1863) oder zu jüdischen Mitgliedern der „Konservativen Partei“ in Preußen fanden. Intention dieser Studien war stets der Existenznachweis eines genuin konservativ geprägten und gesinnten preußischen Judentums, womit Knoll implizit und Schoeps „explizit einer Sichtweise [widersprach], die im Blick auf die Geschichte des deutschen Judentums ausschließlich dessen progressive, emanzipatorisch-liberale und linksintellektuelle Ausrichtung betonte“.

Den Willen zur Erneuerung und Revitalisierung der preußischen Idee, des preußischen Stils auf Grundlage „bewahrenswerte[r] Aktivposten der Geschichte Preußens“ stellte Schoeps – trotz durchaus vorhandener Komplementärelemente wie Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Beamtentum – bewusst in Gegensatz zu den in der Bundesrepublik hofierten Grundsätzen der „westlichen“ Massendemokratie, der das elitebezogene Ordnungsmodell eines autoritären, hierarchisch gegliederten und anti-individualistischen Staates in Zeiten von „Amerikanisierung“ und „Verwestlichung“ zutiefst widerstrebte.

Dies gilt ebenso für die zeitlebens aufrechterhaltene Forderung nach einer Restauration der monarchischen Staatsform, wobei Schoeps „die Implantierung der Monarchie ins politische System Deutschlands mittels einer Verfassungsrevision“ auf parlamentarischer Grundlage und in Form einer rein repräsentativen Staatsspitze mit moralischer Autorität verfocht.

Eine weitere politische Zielvorgabe Schoeps manifestierte sich in dem Wunsch, eine Wiedererrichtung Preußens, genauer die Wiederkehr des preußischen Staates und der monarchischen Staatsform zu realisieren. Als Grundvoraussetzung hierfür galt Schoeps die gesamtdeutsche Wiedervereinigung, auf deren Basis die Restrukturierung und Begründung eines „Kleinst“-Preußen erfolgen sollte.

Die hier vorliegende Würdigung eines der bedeutendsten Historiographen Preußens verdient selbst eine Würdigung. Frank-Lothar Kroll vereint biographische und wissenschaftliche Lebensstationen mit politischen und publizistischen Wegmarken zu einer ideengeschichtlichen Symbiose par excellence und setzt mit diesem Band Hans-Joachim Schoeps ein bleibendes Denkmal.

Sebastian Pella

***Frank-Lothar Kroll: „Geschichtswissenschaft in politischer Absicht – Hans-Joachim Schoeps und Preußen“**. Duncker & Humblot, Berlin 2010, 144 Seiten, 24 Euro*

Protestanten in Preußen

Facettenreiches Spektrum einer leidvollen Zeit

Geschichte erschließt sich für viele Leser eher aus biographischen denn aus summarischen, überblicksartigen Schilderungen ganzer Epochen. Spannend und lebendig wird die Historie besonders dann, wenn auch gewisse parallele Entwicklungen zur Gegenwart aufgezeigt werden können. Das ist leider in dem vorliegenden Band über den Protestantismus in der einstigen preußischen Landeskirche nicht der Fall.

Die „Geschichte der Evangelischen Kirche der Union“ gilt nach dem Erscheinen des gleichnamigen, dreibändigen Werkes in den 90er Jahren als gut erforscht. Nun folgen insgesamt fünf Einzelbände mit wichtigen kirchlichen Persönlichkeiten, hier der vierte Band. Die 13 Autoren, allesamt kirchenhistorisch und wissenschaftlich bewandert, beschreiben ebenso viele kirchliche Persönlichkeiten, die in der Zeit von 1918 bis 1945 gewirkt haben.

Nachdem die „Ehe von Thron und Altar“ 1919 geschieden wurde und der bisher vom preußischen Staat protektionierte Protestantismus nun in mehr oder minder freier Wildbahn überleben musste, geriet er in einen tiefen Umbruch.

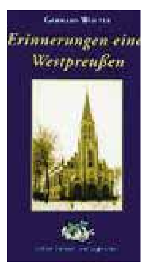
Zwar konnte in die Verfassung der Weimarer Republik das Konzept der „Volkskirche“ noch gerettet werden, aber schon in der Hitlerzeit begann in der Gestalt des Reichsbischofs Müller und der „Deutschen Christen“ ein systematischer Angriff auf alle wesentlichen Grundlagen der christlichen Kirchen. Die damals begonnene Umwälzung bei den evangelischen Landeskirchen wirkt im Grunde bis heute fort und erklärt den kolossalen Niedergang des landeskirchlichen Protestantismus, der von 1950 bis heute rund 18 Millionen seiner Mitglieder verlor. Die politisch-theologische Gegensätzlichkeit der Biographien des preußisch geprägten Protestantismus macht den Reiz dieses Bandes aus. Der „Reichsbischof“ Ludwig Müller steht hier neben dem konservativen Reformer und späteren Berliner Bischof Otto Dibelius; der fromme Verleger und Geschäftsführer des Gütersloher Verlagshauses Heinrich Mohn neben Dietrich Bonhoeffer, dem Vorkämpfer und Märtyrer der „Bekennenden Kirche“.

Die nur etwa 20 Seiten pro Persönlichkeit fordern insbesondere bei Bonhoeffer ihren Tribut, weil der theologisch vorgebildete Leser hier kaum noch Neues über den Mann findet, der im Angesicht der eigenen Hinrichtung das berühmte Gedicht „Von guten Mächten wunderbar und still geborgen“ schrieb. Interessant ist aber, dass der für ein „areligiöses Christentum“ plädierende Theologe seinen lutherisch-pietistischen Einfluss einer Hausangestellten mit „Herrnhuter Prägung“ zu verdanken hat, wie die Autorin schreibt.

Lebensbilder von weniger bekannten Personen wie dem Präses und Parlamentarier Karl Koch oder dem westfälischen Generalsuperintendenten Wilhelm Zoellner runden das Bild ebenso ab wie die Biographie von Friedrich von Bodelschwingh, dem Sohn des Bethel-Gründers. Diese Lebensbilder vermitteln dem Leser ein facettenreiches Spektrum einer leidvollen Zeit, an deren Ende 1944/45 die altpreußische Kirche „doppelt zerrieben“ wurde.

Hinrich E. Bues

***Jürgen Kampmann (Hrsg.): „Protestantismus in Preußen – Vom ersten Weltkrieg bis zur deutschen Teilung“**, Hansisches Druck- und Verlagshaus, Frankfurt am Main 2011, gebunden, 296 Seiten, 28 Euro*



Notwendig

Ein deutsches Schicksal

Gerhard Wolter veröffentlicht seine „Erinnerungen eines Westpreußen“ Ende 2010. Er schreibt: „Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges mussten die Eltern ihren Hof und alles, was sie in dem Ort Wengrow in Masowien besaßen, verkaufen; denn die deutschstämmige Bevölkerung in diesem damals russischen Gebiet wurde, nach Männern und Frauen / Kindern getrennt, in Konzentrationslager auf die in der Karasee zwischen dem 71. und 77. Breitengrad gelegene Insel Novaja Semlja gebracht. Für die Verpflegung während des Transports dorthin mussten die Betroffenen selbst Sorge tragen.“

Nach Ende des Krieges durfte dieser Personenkreis zurückkehren. Die Familie Wolter ließ sich bei Schönsee in Westpreußen nieder.

Persönliche Erlebnisse und christliche Werte

Nun beginnt die Lebensgeschichte des Autors. Nach dem Versailler Friedensvertrag wurde Westpreußen Polen zugeschlagen. Deutsch durfte offiziell nicht mehr gesprochen werden, damit alle einzuschulenden deutschen Kinder recht schnell die polnische Sprache erlernten, wenn sie in der Schule mitkommen wollten. Dennoch verlief das bäuerliche Landleben zwischen Polen und Deutschen recht harmonisch, bis unter Rydz-Smigly, dem ab 1935 amtierenden Regierungschef Polens, eine wahre Deutschenhetze einsetzte.

Noch bevor es zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs kam, fiel die polnische Kavallerie immer wieder in Ostpreußen ein, um dort einzelne Dörfer oder Gehöfte anzugreifen, niederzubrennen und die Bewohner zu ermorden. Auch wird berichtet, dass bereits vor dem 1. September 1939 für die polnische Armee die Generalmobilmachung ausgerufen wurde, obwohl diese Armee schlecht ausgerüstet war.

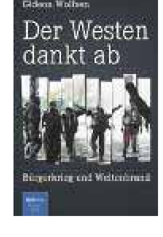
Weitere Stationen in Wolters Schilderung sind: der Ausbruch des Krieges, die Kriegsjahre, Kriegsgefangenschaft, Bericht über die Flüchtlingstrecks, die von Rotarmisten auf ihrem Weg gen Westen beschossen wurden, Verlusterfahrung, Neubeginn nach Ende des Krieges und Einsetzen der Wirtschaftswunderjahre. 1976 findet der erste Heimatbesuch statt. Auch hier bietet Gerhard Wolters sehr persönliche, jedoch repräsentative Schilderungen.

Die politisch motivierte Ablehnung der Deutschen seit 1920 wird vom Autor mit einer versöhnlichen Grundhaltung referiert. Er schweigt aber nicht darüber, dass Polen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs soviel Land besitzt wie nie zuvor.

Entstanden ist ein notwendiges Buch, reich an Schilderungen persönlicher Erfahrungen. Es tradiert christliche Werte und weckt das Bedürfnis danach, wieder so zu leben, denn diese Werte gingen während der Wirtschaftswunderjahre weitgehend verloren. Daher auch und nicht zuletzt in besonderem Maße an authentischer Geschichtsschilderung interessierten Jugendlichen zu empfehlen.

Ilona Dubalski-Westhof

***Wolter, Gerhard: „Erinnerungen eines Westpreußen“**, Edition Heimat- und Jägerleben, Verlag J. Neumann AG, Melsungen 2011, 477 Seiten, broschiert, 19,95 Euro*





Bürgerkriege drohen

Streitschrift gegen Islamisierung und Werteverfall des Christentums

Es ist fünf vor zwölf. Jedenfalls in den Augen Gideon Wolfsens, Verfasser des Buches „Der Westen dankt ab – Bürgerkrieg und Weltenbrand“. Die zentrale Kritik dieser Ende 2010 unter Pseudonym erschienenen Streitschrift liegt abseits der üblichen Diskurse: Wolfsen sieht vor allem in dem durch Abtreibungen verursachten massiven Geburtenausfall das Kernproblem. Denn dieser verweise auf eine Zerstörung der abendländischen Werteordnung. Diese begann, so Wolfsen, mit dem Ersten Weltkrieg und dessen Folgen. Damals sei ein moralisches Vakuum entstanden, das „Chaosmächte und -ideen“ gefüllt hätten, allen voran die Oktoberrevolution und das Sowjetsystem mit seinem Traum vom Neuen Menschen. Immerhin kämpfe die Russische Föderation heutzutage um Anschluss an das geistige und religiöse Erbe des Landes, während Deutschland und andere „dekadente“ westliche Länder keinen sichtbaren Willen zum Neuanfang offenbarten. Im Ergebnis stehe dort der missionarisch-kämpferischen und kinderreichen muslimischen (Noch-)Minderheit eine sterbende säkularisierte (Noch-) Mehrheit gegenüber. Der einzige denkbare Rettungsanker ist laut Wolfsen in einer großangelegten Rechristianisierung und Werteerneuerung zu sehen, andernfalls drohten ethno-kulturelle Bürgerkriege. Doch statt eines selbstbewussten und vitalen Christentums gebe es überall Gleichmacherei und Materialismus.

Der Autor unterhält aus seiner Zeit als Dozent an einem sicherheitspolitisch ausgerichteten Bildungszentrum in Süddeutschland Kontakte zu Angehörigen verschiedener Nachrichtendienste. Aus Rücksicht auf deren Berufsstellung fehlen bedauerlicherweise zitierfähige Quellenhinweise. Die Ausführungen lassen es an Deutlichkeit aber nicht fehlen: „Für die Mehrzahl der Bevölkerung ist erkennbar, dass nach dem Kollaps der kommunistischen Systeme der Islam als machtbewusste Weltanschauung uns nicht am Hindukusch bedroht, sondern im eigenen Vaterland. Er bedroht uns jedoch weniger wegen seiner Existenz, als vielmehr wegen unserer Selbstaufgabe und Selbstzerstörung …“

Martin Schmidt

***Gideon Wolfsen: „Der Westen dankt ab – Bürgerkrieg und Weltenbrand“**, mm Verlag, Aachen 2010, gebunden, 262 Seiten, 20 Euro*

Ostpreußen-Provinz-Polohemd



Klassisches Polohemd
aus 100% Baumwolle mit dem gestickten Provinzwappen Ostpreußens auf der linken Brust, Farbe dunkelblau
Größe M: Best.-Nr.: 7101
Größe L: Best.-Nr.: 7102
Größe XL: Best.-Nr.: 7103
Größe XXL: Best.-Nr.: 7104

je € 24,95





Elchschaufel-Schirmmütze
Best.-Nr.: 6969

Mützen in verstellbarer Einheitsgröße mit gesticktem Wappen

Mützen je € 14,95



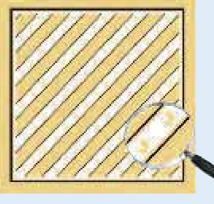
Schlesien-Schirmmütze
Best.-Nr.: 7106

Ostpreußen-Provinz-Schirmmütze
Best.-Nr.: 7105

Edle Ostpreußen-Accessoires – nur begrenzte Stückzahl



Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

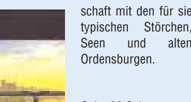


Damen-Ostpreußen-Seidentuch
Edles Seidentuch, Maße: 70x70 cm
Farben: Beige, schwarz, weiß, mit der Elchschaufel auf den weißen Streifen
Best.-Nr.: 7092

Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau- weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094

je € 29,95

Luise Wolfram
Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen
Streifzüge durch Ostpreußen
Eine Bilderreise durch Ostpreußen.



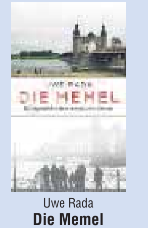
Ostpreußen ist Luise Wolfram ans Herz gewachsen. Nach längeren Aufenthalten in Königsberg/ Kaliningrad und vielen Reisen in die Region kennt sie die schönsten Schauplätze dieser unvergleichlichen Landschaft, die heute zu Polen, Russland und Litauen gehört. Und sie kennt die Fragen, die angesichts der wechselvollen Geschichte des Landes gestellt werden.
Erstklassige Naturaufnahmen und die teilweise von Luise Wolfram selbst verfassten Texte vermitteln das eindrucksvolle Bild einer faszinierenden Landschaft mit den für sie typischen Störchen, Seen und alten Ordensburgen.

Geb., 32 Seiten, mit zahlr. Farbfotos
Format: 16 x 15 cm
Best.-Nr.: 6626

statt € 7,95 nur noch € 4,95



Alfred de Zayas
Völkermord als Staatsgeheimnis
Geb., 208 Seiten
Best.-Nr.: 7082, € 26,90

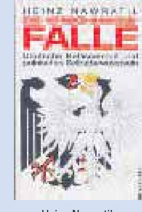


Uwe Rada
Die Memel
Kulturgeschichte eines europäischen Stromes
Geb., 366 Seiten mit SW-Fotos im Text, 8 farb. Fototafeln
Best.-Nr.: 7077, € 19,95



NEU

Uschtrin, Günter (Hrsg.)
Wo liegt Coadjuthen?
Die Geschichte eines ostpreußischen Kirchspiels
Kart., mit Schutzumschlag, 531 Seiten
Best.-Nr.: 7100, € 39,00



Heinz Nawratil
Die Versöhnungsfalle
Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewusstsein
Geb., 263 Seiten
Best.-Nr.: 7097, € 19,95



Michael Grandt, Gerhard Spannbauer, Udo Ulfkotte
Europa vor dem Crash
Gebunden, 336 Seiten
Best.-Nr. 7081, € 19,95

---

hörensWERT!
Die CD-Empfehlung des Preußischen Mediendienstes!



NEU

Gesamtlaufzeit: 40 Minuten
Best.-Nr.: 7110

Die neue CD von BernStein zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen 2011 in Erfurt
1. Fliege mit mir in die Heimat
2. Osteroder Heimatlied
3. Kein schöner Land
4. Die deutschen Eichen
5. In Angerburg bin ich geboren
6. Vor meinem Vaterhaus..
7. Pillauer Lied
8. Karo und Ammie
9. Lasst uns all nach Hause gehen
10. Mein schönes altes Insterburg
11. Ostpreußenwind
12. Es wird in hundert Jahren..

CD

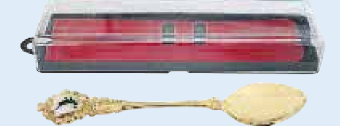
€ 14,95



Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel
Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff-Etui
Best.-Nr.: 6926

nur € 12,95







statt € 7,40 nur noch € 3,95

Eva Pultke-Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968

Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95

Wolfgang Budde
Die gescheiterten Kommandounternehmen
Deutsche Fallschirmpioniere
Kart., 191 Seiten
Best.-Nr.: 3800,
statt € 9,90 nur noch € 3,95

Ostpreußen-Schlüsselanhänger



Ostpreußen-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6765, € 4,95

Ostpreußen-Wappen-Schlüsselanhänger



Schlüsselanhänger
mit dem Ostpreußenadler.
Emaillierte Oberfläche.
Best.-Nr.: 6800, € 4,95



CD **„HEIMAT, du Land meiner Sehnsucht…“**
Die schönsten ostpreußischen Lieder und Gedichte von Hildegard Rauschenbach, Agathe Lams und Greta Strauss.
Originalaufnahme aus dem Jahre 1979

Hildegard Rauschenbach singt:
- Land der dunklen Wälder • Es dunkelt schon in der Heide
- Sie sagen all, du bist nicht schön
- Zogen einst fünf wilde Schwäne
- Wild flutet der See • Ännchen von Tharau

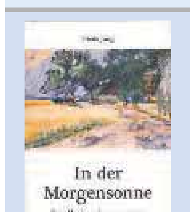
Gesamtspielzeit: 71:29 Min
Best.-Nr.: 7050

€ 13,95

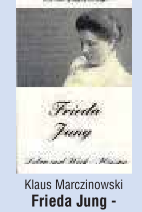


NEU DVD

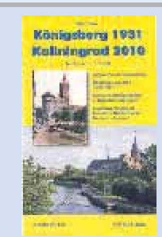
Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter
Ein Film von Wolfang Woiki, Laufzeit 60 Min.
Best.-Nr.: 7108, € 19,95



Frieda Jung
In der Morgensonne-Kindheitserinnerungen
Kart., 167 Seiten
Best.-Nr.: 7088, € 7,95



Klaus Marczinowski
Frieda Jung - Leben und Werk
Freud und Leid im Leben einer ostpreußischen Dichterin
Kart., 156 Seiten mit zahlreichen Abbildungen
Best.-Nr.: 6655, € 7,95



Stadtplan Königsberg 1931 / Kaliningrad 2010
Maßstab 1 : 10.000,
Karte 75 x 50 cm, gefalzt, 15 x 25 cm
Best.-Nr.: 7067, € 5,95

C. Hinkelmann/ H.M.F. Syskowski (Hrsg.)
Von Rositten bis Rominten
Ostpreußische Landschaften im Spiegel historischer Farbfotos



Ostpreußens Magie zieht den Betrachter damals wie heute in ihren Bann. Es ist jedoch äußerst selten, dass das Leben zwischen 1920 und 1945 in Farbfotos festgehalten wurde. Dr. C. Hinkelmann vom Ostpreußischen Landesmuseum und Fachjournalist H.M.F. Syskowski, ist es gelungen, alte Farbfotografien aus den privaten Archiven von namhaften Fotografen Ostpreußens wiederzuentdecken. Dieses ansprechende Buch mit über 100 Farbfotos ist ein einzigartiges Zeugnis längst vergangener Tage.
Geb., 128 Seiten, Aufn. v. Otto Steinfatt, Ernst Schütz u. a., m. über 100 Farbfotos
Best.-Nr.: 7109

€ 19,95



Gunter Nitsch
Eine lange Flucht aus Ostpreußen
Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7084, € 19,95

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

Mit dem Ostpreußenlied



CD

Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergesslichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen. Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte. Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95

Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler



CD

1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

€ 13,90



Christel Wels
Wir hatten immer Angst…
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust in Ostpreußen 1945-1948, Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.:7099, € 12,90





Franz Kadell
Katyn- Das zweifache Trauma der Polen
Geb., 1. Auflage 2011, 256 Seiten, mit Abb.
Best.-Nr.: 7107, € 19,99

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 21/11
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Aufforderung zum Untertauchen

Berlin – Nur 14,8 Prozent der ausreisepflichtigen Ausländer haben 2010 Deutschland auch tatsächlich verlassen. Dies ergab die Untersuchung einer Arbeitsgruppe von Bund und Ländern. Grund: Die schriftlichen Aufforderungen der Behörden kämen „Aufforderungen zum Untertauchen“ gleich, heißt es. Bürgermeister und Landräte gäben zudem häufig dem Druck von Lobbygruppen und Medien nach. *H. H.*

Islamischer Staat bevorzugt

Kairo – Zwei Monate nach dem Umsturz in Ägypten spricht sich bei einer von der Tageszeitung „Al-Ahram“ in Auftrag gegebenen Umfrage mehr als die Hälfte der Ägypter für einen islamisch geprägten Staat aus: 60 Prozent sind für die Etablierung eines islamischen Staates mit demokratischen Werten, 24 Prozent befürworten einen demokratischen Staat ohne explizite Erwähnung der Religion und nur vier Prozent sprechen sich für ein rein säkulares System aus. *N.H.*

ZUR PERSON

»Auch Männer benachteiligt«

Gewalt, die von Frauen ausgeht, wo Männer Opfer sind? So etwas sollte in Goslar auf keinen Fall thematisiert werden, wenn es nach SPD, Grünen und Linkspartei geht. Der Streit darüber kostete die Gleichstellungsbeauftragte der Harz-Stadt ihren Posten. Auf Beschluss der Mehrheit der drei genannten Parteien im Stadtrat und unter Zustimmung der drei weiblichen CDU-Stadträte wurde **Monika Ebeling** von ihrer Aufgabe entbunden.

Stein des Anstoßes war eine Aktion gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder. Dazu sollten zur Kinderschutzwoche Brötchentüten mit dem Spruch bedruckt werden: „Gewalt gegen Frauen und Kinder kommt nicht in die Tüte.“

Ebeling weigerte sich, die Aktion zu unterstützen. Häusliche Gewalt gehe auch von Frauen aus, die Pauschalisierung „Männer gleich Täter“ und „Frauen gleich Opfer“ sei sachlich nicht zu begründen und widerspreche dem Gleichstellungsgrundsatz. Tatsächlich haben Studien ergeben, dass bei „moderater“ häuslicher Gewalt Frauen in etwa ebenso oft Täter sind wie Männer. Nur bei den (sehr wenigen) Fällen extremer Gewalt dominieren männliche Täter.



Damit hatte die 51-Jährige ihr Schicksal besiegelt. Am Ende stand ihre Entlassung.

Viele ihrer Kolleginnen (unter 800 Gleichstellungsbeauftragten seien nur zwei Männer) stünden noch immer in der Tradition eines überlebten Feminismus, kritisierte Ebeling daraufhin im Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“. Dabei würden auch Männer längst vielerorts benachteiligt. Schon in der Schule würden Jungen bei gleicher Leistung schlechter benotet als Mädchen. Und niemand fordere eine Frauenquote für bei Frauen unbeliebte Berufe wie dem Müllmann, den weiter allein Männer machen sollten. *H.H.*



Zeichnung: Mohr

Spätbremische Dekadenz

Warum sie an der Weser so ausgelassen feiern, warum den Süddeutschen gar nicht zum Jubeln ist, und was CDU-Mitglieder so erleben / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Ist der Staat erst ruiniert, wählt sich's gänzlich ungeniert. Sie haben die höchste Arbeitslosenrate in Westdeutschland und eine höhere gar als Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Sie schleppen die gewaltigste Pro-Kopf-Staatsverschuldung mit sich herum, weisen die schlechtesten Pisa-Resultate auf und ein „geradezu obszönes Ausmaß an Kinderarmut“ („Frankfurter Allgemeine“).

Wen kümmert's: Laut Umfragen haben 80 Prozent der Bremer an der Amtsführung ihres Bürgermeisters Jens Böhrnsen nichts auszusetzen und finden, dass dessen SPD besser zu ihrem Stadtstaat passt als jede andere Partei. Der Böhrnsen, hört man, sei halt so ein gepflegter, sympathischer Mann mit guten Manieren, hanseatisch eben. So einen kann man gar nicht abwählen.

Und die Schulden, die Arbeitslosigkeit, Pisa und, und, und? Ach, nun werden wir mal nicht pampig. Bremen hat auch schöne und starke Seiten, lächelte der gute Böhrnsen bei jeder Gelegenheit in die Kameras. Recht hat er. Eine der schönsten ist der stilvoll gemütliche Defätismus, der aus solchen Umfragen spricht. Er erinnert einen an die leicht kafkaeske Stimmung, die uns durch unzählige Romane über die Endzeit großer und kleiner Reiche überliefert ist.

Warum jetzt noch nervös werden? Sich gar bei aussichtslosen Rettungsversuchen aufreiben? Die Sache ist sowieso längst verloren, hier kann schon morgen alles zusammenbrechen, also: hoch die Tassen, Freunde! Lassen wir's noch einmal krachen!

Haben Sie die Grünen und die SPD an der Weser feiern gesehen? Da war was los! Böhrnsen strahlte übers ganze Gesicht. Auch die andere, wie hieß sie noch, die kam aus dem Lachen gar nicht mehr raus. Ja, wie hieß die noch? Sieht aus wie eine Kreuzung aus Angela Merkel und der EU-Außenkommissarin Catherine Ashton. Richtig, ja: Karoline Linnert, die grüne Finanzsenatorin. Sympathische Frau.

Die Stimmung war auch deshalb so ausgelassen, weil der spätbremischen Dekadenz die bittere Zutat fehlt, welche der dröhnenden Fröhlichkeit in anderen Staaten am Abgrund eine stockfinstere Note beifügt: diese panische Angst vor dem, was mit dem Zusammenbruch über einen hereinbrechen würde. Im alten Rom spülten sie sich bei ihren letzten Orgien die schreckliche Angst vor den „Barbaren“ hinunter. Diese Art von Furcht kann durchaus noch einmal erhebliche Kräfte mobilisieren, wie der bewundernswerte, jahrhundertelange Todeskampf der Byzantiner vorgeführt hat. Deren letzter Kaiser starb mit dem Schwert in der Hand den Heldentod an den Mauern von Konstantinopel.

Diese Furcht brauchen die Bremer nicht zu teilen, das Kräftemobilisieren können sie sich sparen. Und Herr Böhrnsen: Pension und Talkshow-Auftritte („Wie ich Bremen in meiner Zeit vorangebracht habe“) warten auf ihn am Ende, nicht Schwert und Heldentod. Denn an Bremens Mauern lauern weder beutelustige Germanen noch eroberungsgierige Sultane. Dort erscheinen vielmehr schlecht gelaunte Süddeutsche, um ihren jährlichen Tribut abzuliefern, „Länderfinanzausgleich“ genannt.

> Die CDU-Kandidatin hat den Bremern von der Schlusslichtrolle erzählt. Wer will das denn hören?

Warum die das machen? Das hat was mit sozialer Gerechtigkeit zu tun. Die da unten haben nämlich nur deshalb mehr Geld, weil sie „sozial bessergestellt“ sind. Jawohl, „bessergestellt“! In einem Land, welches mit allen Fasern der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet ist, kommt das einer gepfefferten Anklage gleich.

Woher die „Besserstellung“ rührt, wissen wir im Norden nicht so recht. Und es interessiert uns ehrlich gesagt auch nicht. Vermutlich rauschen die Moneten mit der Schneeschmelze von Schwarzwald, Taunus und Alpen hinab ins Tal, wo sie die Leute nur aufzusammeln brauchen. Da ist es doch recht und billig, dass sie uns schuldlos gebirgsfreien Plattdeutschen etwas abgeben von der knisternden Ernte.

Ganz Bremen hat gefeiert. Ganz Bremen? Nein, nicht ganz: Irgendwo am äußersten Rand der hanseatischen Gemeinde kauert ein pittoreskes Häufchen und wirkt wie erstarrt. Die Christdemokraten glauben nicht, was sie am Wahlabend zu sehen bekamen.

Dabei sind sie selber schuld an ihrem Debakel: Die CDU-Spitzenkandidatin Rita Mohr-Lüllmann soll den Bremern die Geschichte von ihrer Schlusslichtrolle erzählt haben, während Böhrnsen ihnen so viel Honig ums Maul schmierte, dass hinter den angelockten Fliegen alle Probleme verschwanden. Logisch, wem da die Herzen zuflogen.

Und die Liberalen? Hat die einer gesehen? Sachdienliche Hinweise, die zum Auffinden des letzten Bremer FDP-Wählers führen, sind der Redaktion unverzüglich weiterzuleiten.

Ritas düstere Erzählungen aus dem Gruselland der Realität reichen den bundesweit erschrockenen CDUlern aber nicht aus als Erklärung für ihren Schiffbruch an der Weser.

Parteiinterne wie -externe Kritiker geben Merkel eine erhebliche Mitschuld am Niedergang der Union, beileibe nicht bloß in Bremen oder neulich in Baden-Württemberg und Hamburg. Um die CDU-Chefin herum würden alle auf geheimnisvolle Weise kleiner, wird in Berlin getuschelt. Sie verdampfe gleichsam sämtliche Persönlichkeiten in ihrer Umgebung, die sich ihr nicht vollkommen unterwerfen wollten. Die, die übrig blieben, seien dann eben diese blassen Typen, zweite Wahl. Deshalb besetze Deutschland auch auf internationaler Bühne immer weniger hohe Posten, IWF-Chef wird wieder ein Franzose, eine Französin, um genau zu sein.

Könnte was dran sein: Die „innere Führungsriege der CDU“ macht tatsächlich den Eindruck, als handele es sich bei ihr um den Skatklub der Fahrbereitschaft des Kanzleramts.

Und nicht allein die Berliner Spitzenriege und Deutschlands Einfluss in der Welt erodieren in diesem Klima. Auch die CDU schrumpft zusehends. Was schade ist: Die Leute wissen ja gar nicht, was ihnen entgeht.

CDU-Mitglied zu sein ist eine echte Herausforderung, nur was für ganze Kerle und starke Frauen. Da haben sie jahrzehntelang die Wehrpflicht als „Kernmarke“ verteidigt gegen 68er-Studenten, 81er-Friedensmarschierer und wen nicht alles, und dann müssen sie ihre sämtlichen Argumente in einer einzigen Nacht verspeisen. Wobei sie nicht einmal grimmig rülpsen dürfen, weil es schließlich gilt, „auch in dieser Frage Geschlossenheit zu beweisen“. Bei der Atomfrage ging es ähnlich sportlich zu. „Geschlossenheit“ ist sehr wichtig in der CDU, das war sie immer. Nur diese vorbildliche Geschlossenheit macht es der Führung nämlich erst möglich, jeden Haken zu schlagen, der ihr gerade opportun erscheint.

In Bremens kühl befreundeter Schwesterstadt Hamburg ist die CDU dermaßen geschlossen, dass man sie ob ihrer sagenhaft ruhigen Haltung kaum noch ausmachen kann. Manchmal gibt es jedoch Lebenszeichen: Derzeit ringt die Alster-Union für das „Bleiberecht“ einer illegalen Bauwagensiedlung, die regierende SPD will den Platz nämlich räumen.

Die Union möchte unter Punks und Anarchos offenbar neue Wählerschichten anlocken. Die benötigt sie auch: Wenige hundert Meter von dem Bauwagenlager entfernt mussten nämlich Dutzende Laubenpieper zusehen, wie ihre Häuschen für eine vom alten CDU-Senat beschlossene Gartenbauausstellung plattgemacht wurden. Die wählen, das Gelächter der Bauwagenleute im Ohr, so schnell nicht mehr CDU.

Die Hamburger Schwarzen nennen ihre Politik übrigens „CDU pur“. Das muss es also sein, was sich Volker Kauder unter der „Großstadtkompetenz der CDU“ vorstellt. Was sich die dergestalt umworbenen Wähler vorstellen, wird unterdessen immer rätselhafter. In Bremen stellte sich jeder zweite überhaupt nichts mehr vor und blieb den Urnen fern. CDU gewählt hat, auf alle gerechnet, also noch jeder Zehnte, der FDP die Stimme gegeben hat noch jeder ... ach, hätte ich in Mathe doch besser aufgepasst!

MEINUNGEN

*Ein **prominenter Banker**, der nicht namentlich genannt werden will, gab „Stern“-Autor **Hans-Ulrich Jörges** abseits aller Schönrederei einen **deprimierenden** Einblick in seine **Prognose für den Euro**. Im „Stern“ vom 19. Mai zitiert ihn Jörges:*

„Der Euro wird uns früher oder später um die Ohren fliegen, eher früher als später ... Die Märkte erzählen uns, dass die (Euro-) Peripherie-Staaten bankrotter sind als Lehman (Brothers) drei Tage vor der Pleite (im September 2008, Auslöser der Finanzkrise) ... Es ist nicht möglich, dass Griechenland seine Schulden zurückzahlt ... Wir werden sehr ruppige Zeiten erleben ... Was schiefgehen kann, wird auch schiefgehen.“

***Christoph Schwennicke** überlegt im „Spiegel“ (23. Mai), welche Folgen der besondere und viel diskutierte **Politikstil von Angela Merkel** für unser Land haben dürfte:*

„Sie hat eingelullt und Politik in weiten Teilen entkernt. Sie hat ein Vakuum geschaffen, in dem sie mit ihrer ... sauerstofffreien Politik am besten überleben kann. Merkel ist die Mikrobe der Politik. Sie lebt geradezu auf unter Sauerstoffentzug, während um sie herum alles abstirbt. Das ist – nebenbei bemerkt – ein Schaden, den sie der politischen Kultur zugefügt hat, der weit über ihre Amtszeit hinaus wirken wird.“

Herbes Frühlingserwachen

Vom „arabischen Erwachen“
schreibt und spricht man heute gern,
denn am liebsten hört man's krachen,
wenn man sicher ist und fern.

Auch von „Frühling“ ist zu lesen,
doch erweist sich wie so oft,
dass es gar nicht das gewesen,
was im Vorhinein erhofft.

Es begann ja schon im Winter,
und man fragt sich mehr und mehr:
Wer steckt wirklich wo dahinter
und was folgt dann hinterher?

Wo wird's Krieg, wo Frieden
bringen?
Ach, wie weltfremd jedenfalls
„Frühling“ und „Erwachen“
klingen –
Schrott von anno dunnemals!

Denn so manches geht daneben,
und nicht jedes Herze lacht,
wenn der Demos oder eben
schlicht gesagt das Volk erwacht.

Und die Demos, merk' ich hämisch,
weiten obendrein sich aus,
werden gleichsam epidemisch,
stehn auch anderswo ins Haus:

Schaut, wie sie Tahrir-Platz spielen
in Madrid und in Athen –
trotz der Herrscher, der zivilen,
die sich sozialistisch sehn!

Aber wird die Zukunft heller,
wenn mal wer die Karten mischt?
Wird nicht bloß auf anderm Teller
alter Fraß neu aufgetischt?

Die globalen Spieler nämlich
wissen, wie ihr Handwerk klappt –
nur der Bürger ist so dämlich,
dass er stets in Fallen tappt!

Ja, er stimmt zur eignen Schande
noch den Strippenziehern zu –
drum bleibt weiter hierzulande
das Erwachen streng tabu ...

Pannonicus